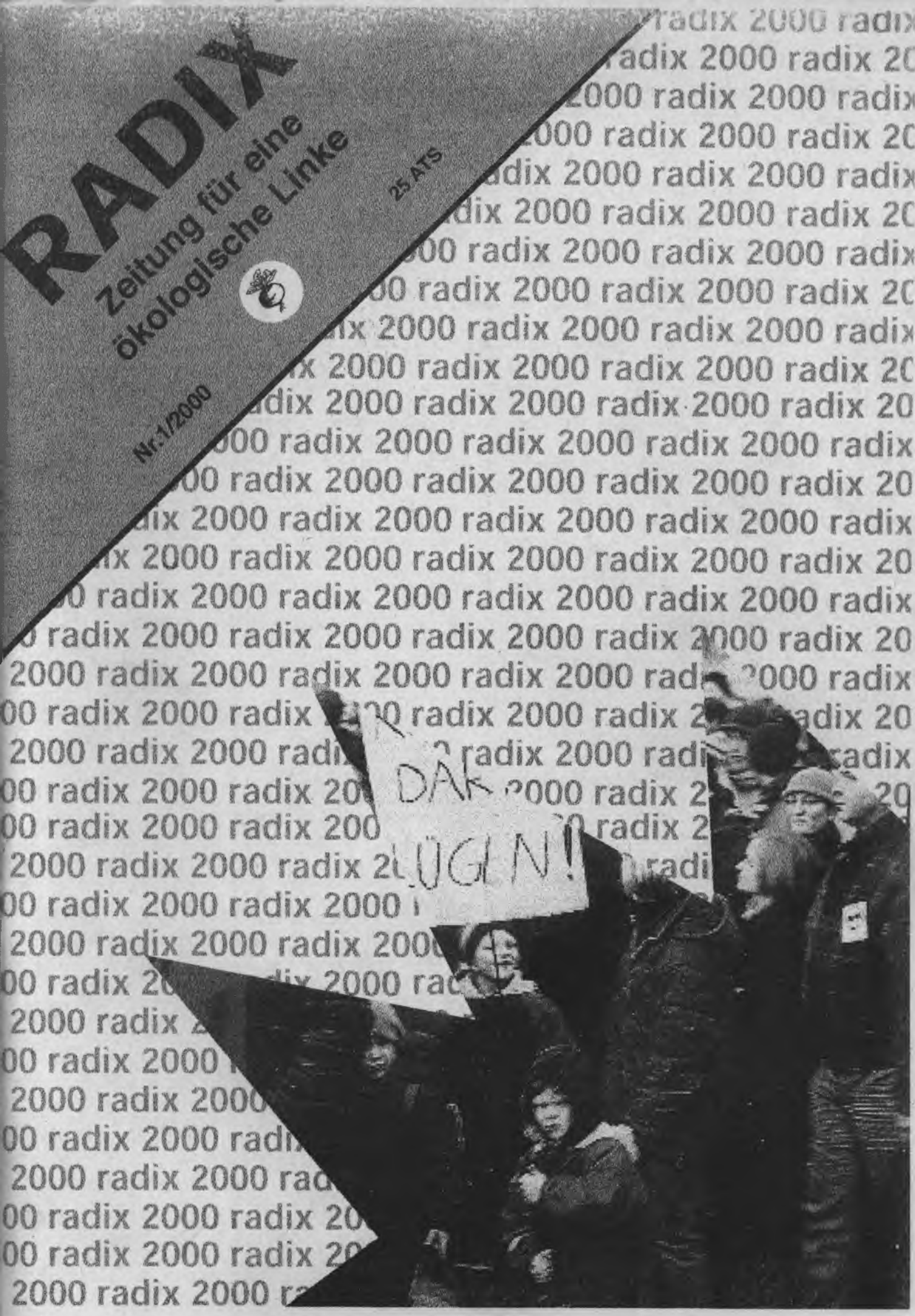
RADIX

Zeitung für eine ökologische Linke

25 ATS

Nr. 1/2000



Editorial

Schon wieder ist ein halbes Jahr vergangen seit wir die letzte radiX produziert haben, ein halbes Jahr in dem viel passiert ist. Mittlerweile ist die FPÖ zweitstärkste Partei in diesem Lande geworden. Eine Welle des Rassismus - mit der wir bereits nach dem Tod von Marcus Omofuma konfrontiert waren, ist von einer Welle immer offener werdenden Antisemitismus ergänzt worden. Und unabhängig davon, ob es die FPÖ nun schon schafft in die Regierung zu kommen oder nicht, sind wir mit einer Bevölkerung konfrontiert, die eine rassistische, nationalistische und antisemitische Politik mehrheitlich befürwortet. Umso wichtiger ist unser Schwerpunkt dieser radiX, den wir bereits im Sommer auf das Thema "Nation - Nationalismus" festgelegt haben.
Auch das Thema Jugoslawien ist für uns noch nicht gestorben. Ein Interview mit einem linken Antinationalisten aus Belgrad und ein Artikel über die ökologischen Zerstörungen in Jugoslawien soll darauf aufmerksam machen.

Für linksradikale Zeitschriften wie unsere ist es mittlerweile sehr schwer geworden noch legal erscheinen zu können. Mit der Gründung der "Schutzgemeinschaft Freiheitlicher Wähler" die sich das Einklagen von FP-feindlichen Artikeln zum Ziel gesetzt hat, ist wohl eine Klageflut gegen kleine Zeitschriften zu erwarten. Selbst wenn diese den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen, die FPÖ wäre "rassistisch", "antisemitisch" oder "faschistisch" erbringen können, sind deren finanzielle Resourcen bereits nach wenigen Prozeßtagen erschöpft Viele antifaschistische Zeitschriften lassen deshalb mittlerweile ihren gesamten Inhalt vor der Publikation rechtlich prüfen, etwas was wir uns weder leisten können, noch tun wollen. Wenn wir der Meinung sind, daß die FPÖ rassistisch ist, dann soll dies auch gesagt werden - unabhängig davon ob damit der finanzielle Ruin unserer Gruppierung oder unserer Redakteure droht. Dadurch ist es aber auch nie sicher ob wir in einer weiteren Ausgabe erscheinen können. Dies hängt mittlerweile von der weiteren politischen Entwicklung in Österreich ab.

Politische Frustration und damit verbundene persönliche Depressionen haben mittlerweile viele von uns - und damit ist nicht nur die ÖKOLI gemeint - erfaßt. Wenn aufgrund der Ablehnung die seit dem "Stoppt die Überfremdung" - Wahlkampf Menschen aus arabischen, afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern entgegenschlägt sich manche Menschen die seit Jahrzehnten in Österreich leben plötzlich kaum mehr aus dem Haus wagen, dann ist es Zeit sich zu überlegen wie es noch weitergehen soll. Wenn eine junge Frau iranischer Herkunft am Würstelstand nicht mehr bedient wird, wenn die Leute in der U-Bahn von einer ägyptischen Frau wegsitzen, wenn einem orthodoxen Juden in der Wiener Innenstadt einfach der Hut vom Kopf gerissen wird... spätestens dann ist es Zeit sich dieser "Volksgemeinschaft" mit aller Entschiedenheit in den Weg zu stellen.

Gerade auch deshalb wollen wir euch - unsere LeserInnen - dazu aufrufen Widerstand zu leisten. Widerstand gegen diesen extremen Rechtsruck, der nicht nur droht, sondern in dem wir uns bereits befinden.

Eure radiX-Redaktion

Inhalt

Editorial, Inhalt 2

Schwerpunkt Nation:

Die Nation 3-7
Von nationaler Logik 7-9
Vernichtungskrieg im Kaukasus 9-13
Blinklichter gegen Rassismus 13-14
Protestiert auch weiterhin 14-16

MultikulturalistInnen: moderne FaschistInnen . .17
Der Mythos der nationalen Befreiung 18
Struktureller Antisemitismus
und verkürzte Kapitalismuskritik 19-21
Krieg: Zerstörung von Lebensgrundlagen . . .22-25
Die Folgen der Bomben 26-27
Kritik am Nahostfriedensprozeß 28-36
Der zweite Untergang Nubiens 37-38
Mexiko: Unistreiks 39
Guatemala 40-41
Tierrechtsdebatte 42-43
Bauernbewegungen in Indien 44-48
Critical Mass, Abo-Bestellschein 48
Kurzmeldungen 49-50
Gewaltlosigkeit oder Legalismus 50-51

Was ist die Ökoli?, Impressum 52

Die Nation - zur Entstehung eines folgenreiches Konstruktes

"Nation" ist - entgegen dem Mythos der VertreterInnen dieses Konzeptes selbst - keine "natürliche" oder "immer schon da gewesene" Einheit, sondern ein relativ junges Konzept einer "vorgestellten Gemeinschaft", das im Zusammenhang mit der Entwicklung kapitalistischer Binnenmärkte im 18. und 19. Jahrhundert seinen historischen Durchbruch erreichte.

"Es ist der Nationalismus, der die Nationen hervorbringt, nicht umgekehrt."
Die "Erfindung der Nation" ist relativ jungen Datums und zudem eine Europäische Erfindung, die zwar durch Kolonialismus, Imperialismus und den Widerstand dagegen in alle Welt exportiert wurde, deren Ursprung aber in der Europäischen Neuzeit, in der Entstehung des Kapitalismus,.. zu suchen ist.

Nationalismus ist für Ernest Gellner, der mit "Nationalismus und Moderne" eine der wichtigsten Arbeiten zu diesem Thema geschrieben hat, "eine Theorie der politischen Legitimität, der zufolge sich die ethnischen Grenzen nicht mit den politischen überschneiden dürfen; insbesondere dürfen innerhalb eines Staates keine ethnischen Grenzen die Machthaber von den Beherrschten trennen - eine Möglichkeit, die bereits formal durch die allgemeine Fromulierung des Prinzips ausgeschlossen ist."
M. Rainer Lepsius sieht in der Nation "zunächst eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als Einheit bestimmt."

Die Erfindung der Nation

"Nation" ist damit nichts existierendes, sondern etwas gemachtes, erfundenes. Die "Nation" ist, wie jede Gemeinschaft ,die größer ist als eine Gemeinschaft unmittelbarer Kontakte in der quasi JedeR JedeN kennt, eine vorgestellte Gemeinschaft. Aufgrund bestimmter historischer Etnwicklungen und bestimmter ökonomischer und politischer Interessen werden in Europa seit dem 17. Jahrhundert, in den meisten Staaten Asiens und Afrikas seit dem 20. Jahrundert "Nationen" als solche "vorgestellte Gemeinschaften" konstruiert und schrittweise in das Massenbewußtsein der Bevölkerung übertragen.

Welche historischen Bedingungen sind dies aber nun, die in Europa erstmals das Konzept einer Nation entstehen ließen?
Der bereits erwähnte Sozialanthropologe Ernest Gellner bringt die Entstehung des Nationsgedankens primär mit der Ausbreitung der"Hochkultur", der Fähigkeit des Lesens und Schreibens und des Buchdruckes in Verbindung. Während er die Mehrheitsbevölkerung des Mittelalters als in einer Agrargesellschaft lebend erkennt deren "kleine Bauerngemeinden [...] ein nach innen gerichtetes Leben, ortsgebunden durch wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn nicht durch politischen Zwang" führen, steht dieser Masse schriftunkundiger Bauern eine elitäre Minderheit gegenüber, die in einer ganz anderen Sprache - nämlich Latein - ihre Schriften verfaßt und liest.
Diese Elite ist damit von der in eine Vielzahl von Dialekten und Lokalsprechen zerfallenden bäuerlichen Lokalgesellschaft verschiedener wie unter sich. Während eine Elite in Latein über alle späteren nationalen Grenzen hinweg kommuniziert, sprechen die BäuerInnen ihre unverschrifteten Dialekte in ihren Dörfern und Regionen. Die Kultur der Elite ist somit wesentlich großräumiger als die späteren Nationen, die Kultur der BäuerInnen un Bauern wesentlich lokaler als diese. Die Unterschiede zwischen Menschen beziehen sich primär auf unterschiedliche Standeszugehörigkeit, keinesfalls jedoch auf eine andere Landessprache oder gar einen Gedanken an Nation.

Mit der Ausbreitung des Buchdruckes und der Alphabetisierung immer neuer Gesellschaftsgruppen entsteht auch zunehmend das Bedürfnis neben lateinischen Druckwerken auch solche in den Landessprachen herauszugeben. Bis dahin nicht standardisierte Dialekte werden zu Litaratursprachen zusammengefaßt, einige davon zu Amtssprachen erhoben.
Diese Amtssprachen wiederum erlangten "größere Macht und höheren Status - ein Prozeß, der zumindest zu Anfang eher ungeplant vonstatten ging. So vertrieb Englisch das Gälische aus großen Teilen Irlands, Französisch drängte das Bretonische an die Wand, und Kastillanisch stieß Katalanisch in die Versenkung." Während kleinere Sprachgruppen so oft weitgehend protestlos und oft sogar ohne irgend einen eigenen Nationalismus zu entwickeln untergingen, waren die Folgen dieser Einführung von Landessprachen als Amtssprache in einer Reihe anderer alter, dynastischer Staaten politisch sehr folgenreich. Als Extrembeispiel führt Anderson dabei die Habsburgermonarchie an. "In diesem riesigen Herrschaftsgebiet, vom Alter geschwächt, vielsprachig ,doch zunehmend

alphabetisiert, versprach die Ablösung des Lateinischen durch irgendeine Landessprache denjenigen Untertanen, die diese Schriftsprache bereits benutzen, enorme Vorteile und erschien den anderen dementsprechend als Bedrohung."
Die Einführung des Deutschen als Nationalsprache verursachte damit auch die anderen Nationalismen der Habsburgermonarchie mit.

Nation und Kapitalismus

Gehen wir aber noch einmal zurück zu den Ursprüngen des Nationalismus am Beginn der Moderne. Die Entstehung des Nationalismus kann nicht nur mit dem Buchdruck und der Alphabetisierung zusammenhängen. Dies als einzige Ursache für die Umwandlung feudaler und dynastischer Staaten in Nationalstaaten zu sehen wäre eine Ausblendung politischer und ökonomischer Aspekte.

Zuerst muß einmal gesagt werden, daß der Nationalstaat die politische Ausformung des Binnenmarktes darstellt. Während feudale Klein-staaten und dynastische Gebilde mit unzähligen Zollbeschränkungen, Gebühren und anderen Handelshemmnissen arbeiten, bietet der Nationalstaat mit seinem Binnenmarkt jenen Markt den die Industrialisierung und der Kaptialismus benötigen. Die zeitliche Parallelität der Entstehung des Nationalismus und der Herausbildung der Industriegesellschaft und des Kapitalismus als Wirtschaftssystem ist damit kein Zufall. Beide Phänomene sind eng miteinander verknüpft.
"Mit der Industriegesellschaft ist eine Gesellschaft entstanden, die sich auf eine hochentwickelte Technologie und die Erfahrung anhaltenden Wachstums gründet, die sowohl die mobile Arbeitsteilung als auch eine ständige, häufige und präzise Kommunikation zwischen Fremden erfordert; dazu gehört die allgemeine Vorherrschaft expliziter Begriffe, die einem Standardidiom und wenn erforderlich, schriftlich übermittelt werden."
Die Weitergabe dieses Wissens um explizite Begriffe, Standardidiom und die weitverbreitete Schriftkundigkeit kann nicht mehr wie im Mittelalter in der Familie erfolgen. Während in einer Nichtindustrialisierten Gesellschaft das Wissen ‚das ein Bauer, Tischler,... benötigt, von einer Generation einfach auf die nächste weitergegeben werden kann und die soziale Mobilität so gering ist, daß für jedes Subjekt der Agrargesellschaft bereits bei Geburt sein zukünftiger Beruf feststeht, bedarf die höhere soziale Mobilität der Industriegesellschaft eine allgemeine Ausbildung ‚die nicht mehr in der Familie erfolgen kann.
"Die Tatsache, daß Untereinheiten der Gesellschaft nicht länger zur Selbstreproduktion fähig sind, daß zentralisierte Exo-Ausbildung zur obligatorischen Norm geworden ist, daß solche Erziehung die lokalisierte Akkulturation ergänzt (wenn auch nicht völlig ersetzt), ist von höchster Bedeutung für die politische Soziologie der modernen Welt" und führt so letztlich zur Erziehung von Staatsbürgern, von Nationsangehörigen durch jahrelange Erziehung in der Schule.

Ein militaristischer Männerbund

Eine ähnliche Funktion übt daneben die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus, die für alle männlichen Staatsbürger wiederum eine letzte prägende Schule der Nation darstellt die im Idealfall die Männer der Nation X im Kampfe gegen die Männer der Nation Y zusammenschweißt und so erst das Nationalgefühl vollenden kann.
Die Nation ist damit auch Männerbund. Obwohl die Idee der Nation von einer gewissen Gleichheit der Mitglieder der Nation ausgeht, verwirklicht sich die angestrebte Konformität der Nation erst zwischen Männern auf dem Schlachtfeld. Und dieses Schlachtfeld ist nicht mehr das Schlachtfeld der professionellen Söldnerheere oder der marodierenden Banden der Kreuzritter, sondern das Schlachtfeld durchorganisierter geschlossener Heere, die neben den konkreten Soldaten auch die ganze "Nation" im Hinterland mobilisieren. Erst wenn auch ein deutscher Kaiser keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kennt, hat sich das Konzept der Nation voll verwirklicht. Und dazu bedarf es des Krieges.

Die Austauschbarkeit des Einzelnen

In Anlehnung an eine alte Parole der Linken könnten wir sagen, daß im Mittelalter für jeden klar war, daß die Grenzen zwischen oben und unten verliefen, während das Konzept des Nationalismus diese Grenzen zwischen "den Völkern" verlaufen läßt.
Die Identifikation eines Zeitgenossen des Mittelalters war wesentlich mehr mit fest umrissenen und unentrinnbaren Ständen verbunden. Mit dem Aufkommen des Nationalismus wurde diese identifikation auf "die Nation" umgelegt, eine Nation, die dem Individuum genauso anzuhaften scheint wie im Mittelalter der Stand. Die Zugehörigkeit zu einer Nation wird als Eigenschaft gedacht ‚die jedeR haben muß und der er/sie nicht entrinnen kann.
Während im Mittelalter kleine und oft streng strukturierte Sektoren der Gesellschaft miteinander interagierten und Menschen kaum aus ihren vorgegebenen Ständen und Berufen ausbrechen konnten, wird die Gesellschaft im Zeitalter des Kapitalismus und der Industrialisierung dynamischer. Für ein rein wettbe-

werbsorientiertes System ist es effizienter anonyme, austauschbarere Individuen zu haben, die zwar alles andere als gleich sind, aber deren Lebensweg nicht so strikt festgelegt ist wie in einem mittelalterlichen Feudalsystem. Eine größere Durchläßigkeit bringt eine grundsätzlich größere Gleichheit. Selbst wenn ProletarierInnen des 19.Jahrhunderts materiell schlechter gestellt gewesen sein mögen als BäuerInnen im Mittelalter, so sind sie doch von der Idee her nicht grundstätzlich anderer Art als ihre UnternehmerInnen
Diese größere Gleichheit nach Innen ist notwendig ein "Nationalbewußtsein" überhaupt erst hervorzubringen. Das Bürgertum als neue Klasse wird zu dem Träger des Nationalgedankens. Größere Gleichheit nach Innen wird dabei direkt verbunden mit größerer Abgenzung nach Außen, denn für die Nation gilt wie für jede gedachte Gemeinschaft, daß die Abgenzung nach Außen, daß Feind- oder Gegenbild immer die Basis für die Konstitution der Wir-Gruppe wird.

Das Konzept der Nation fand durch seine implizite Gleichermachung innerhalb dieser "Nation" auch problemlos in Staaten des "realexistierenden Sozialismus" seine Anwendung. Die Idee der Gleichheit kann mit Nationalismus wunderbar kompartibel sein, solange es sich um einen "Sozialialismus in einem Land" handelt.

Diese relative Gleichheit der Mitglieder einer Nation ist schleißlich auch der Grund für die Verbindung von "Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit" mit der ersten erfolgreichen Nationsbildung in Europa. Mit der französischen Revolution und dem Sturz der Monarchie setzte sich in Frankreich jenes Nationskonzept durch, das die Identifikation der FranzösInnen nicht mehr mit dem Herrscherhaus, sondern eben mit ihrer Nation festschrieb. In der französischen Revolution manifestierte sich "die von der Aufklärung entwickelte Denkfigur der Nation als Gemeinschaft aller gleichberechtigten Staatsbürger"

Typen der Nation

Was nun grundsätzlich über die Entstehung, Erfindung und den Charakter der Nation gesagt wurde wird von Rainer Lepsius genauer differenziert. Er unterscheidet zwischen 4 verschiedenen "Typen von Nationen".
Als "Volksnation" betrachtet er eine Nation, die "sich über die ethnische Abstammung einer Kollektivität von Menschen " konstituiert. "Damit müssen die Eigenschaften des Volkes bestimmt werden, damit das Volk von anderen ethnischen Gebilden unterschieden werden kann und die Volksangehörigen untereinander in eine Beziehung der Gleichheit treten können."
Während Lepsius damit sehrwohl die Nation als konstruiert begreift, wird die Kategorie "Volk" nicht hinterfragt, sondern offensichtlich als gegeben akzeptiert. Daß auch "Volk" eine gedachte Gemeinschaft ist ,die nicht einfach existiert, der das Individuum nicht einfach angehört, sondern ein genauso interessensgeleitetes zeitbedingtes Konstrukt, das unter ganz bestimmten historischen Bedingungen erfunden wird, geht für Lepsius offensichtlich zu weit.
Immerhin erkennt Lepsius aber, daß "ethnische Einheiten auch über kulturelle Eigenschaften, Sprache, Religion oder durch noch undeutlichere Kriterien wie die einer Historischen Schicksalsgemeinschaft bestimmt" werden. "Die ethnische Homogenität einer "Nation" ist daher nichts "Naturwüchsiges", sondern weitgehend das Produkt einer kulturell behaupteten Identität und einer politisch durchgesetzten Gleichheit, auch wenn sich der Geltungsanspruch der "Volksnation" naturrechtlich und vorpolitisch legitimiert."

Während für "Einwanderungsgesellschaften wie die Vereinigten Staaten [...] die Idee der "Volksnation" für die Nationalstaatsbildung gar nicht erst in Anspruch genommen werden" kann, fordert der Gedanke der Volksnation in Mittel- und Osteuropa ethnisch homogene Nationalstaaten. Da jedoch gerade in Mittel- und Osteuropa, also dort wo der Gedanke der "Volksnation" sich am stärksten durchsetzen konnte, überall ethnische Minderheiten lebten oder immer noch leben, kommen diese Minderheiten immer in Konflikt mit den neuen Nationalstaaten. Zwangsassimilationen und "ethnische Säuberungen ergeben sich damit als letzte Konsequenz dieses Gedankens einer ethnisch reinen Volksnation. Sie sind die konsequente Umsetzung dieses Zieles. Oder mit anderen Worten: Die Errichtung einer "Volksnation" funktioniert nur dann ,wenn "ethnisch Gesäubert", massakriert oder zwangsassimiliert wird!

Die "Volksnation" kann auch problemlos ohne individuelle Bürgerrechte als Nation existieren, da es lediglich um die "Nation" als "Volk" geht. Im Extremfall gilt die Nation alles, der Einzelne nichts!
Dies gilt jedoch nicht für eine weitere Nationsform ,die Lepsius in den Gegensatz zur "Volksnation" stellt, die "Staatsbürgernation" für die er die Vereinigten Staaten als Prototyp beschreibt, deren Übergang zur "Staatsbürgernation" "durch die Erklärung der Menschenrechte un die Verfassungsgebung" erklärt wird. Die Nationenbildung der USA ist daher für Lepsius "in der Tat die "first new nation"."

Die Identifikation mit dieser Staatsbürgernation erfolgt für ihn nicht über die Zugehörigkeit zu einem "Volk", also nicht über eine als vorpolitisch gedachte Gemeinschaft, sondern direkt über die politischen

Institutionen, die Verfassung, die durch diese Verfassung garantierten Bürger- und Menschenrechte.

"Die "Staatsbürgernation" konstituiert sich über die individuellen staatsbürgerlichen Gleichheitsrechte und die Verfahren der demokratischen Legitimation der Herrschaft durch die Staatsbürger."

Neben der Volks- und Staatsbürgernation sieht Lepsius noch die "Klassennation" der DDR und die "Kulturnation" die "sich über die kulturelle Gleichheit von Menschen" konstituiert.
"Angesichts der Realerfahrung der politischen Fragmentierung ,der durch die deutsche Sprache gestifteten Kulturgemeinschaft entwickelte sich die Vorstellung von einer deutschen "Kulturnation" zunächst als Substitut für das in selbstständige Territorialstaaten zerfallende Deutsche Reich des 18. Jahrhunderts:"
Obwohl Lepsius diese Form der Nation von der der Volksnation trennt, erscheint mit diese Trennung nicht wirklich aufrechterhaltbar. Natürlich ist es theoretisch denkbar, daß "die Idee der "Kulturnation" transpolitischen Charakter" behält und sich daraus "keine Folgen für die Binnenordnungen der deutschen Staaten und für die Anerkennung ihrer Außengrenzen" ergeben. De facto bildeten die Ideen der Kulturnation aber den Vorläufer der Idee der "Volksnation". Solange die "Volksnation" nicht verwiklicht werden konnte, wurde Deutschland als "Kulturnation" betrachtet und selbst bis zum neuen Parteiprogramm der FPÖ stand in deren Programm der Begriff der "deutschen Kulturnation" als Substitut für eine im Jahre 1945 gescheiterte "Volksnation".
Selbst die "Kulturnation" der arabischen Staaten mündete immer wieder in den zumindest verbalen Bekundungen dieser "Kulturnation" eine gemeinsame Staatlichkeit zu geben und sie damit wiederum zu einer "Volksnation" umzuformen.

Wenn damit auch Differenzierungen zwischen Staatsbürgernationen und Volksnationen - die sich schließlich auch im unterschiedlichen Staats-bürgerschaftsrecht etwa von Deutschland und der USA zeigen - nützlich sein können , so müssen zwischen all den unterschiedlichen Nationskonzepten, insbesondere zwischen Kultur- und Volksnation die Verbindungen gesehen werden.

Die Globalisierung des Nationalismus

In der jüngeren Geschichte ist,was die Vorstellung der Nation betrifft v.a. auch interessant wie sich dieses Konzept über den Erdball ausgebreitet hat. Im Zuge der Kolonialismus und des Widerstandes gegen ihn wurde das Europäische Konzept der Nation in Weltgegenden getragen, die ein solches Konzept nie kannten.

Einerseits schafften die kreolischen Eliten in Lateinamerika schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eigene Nationalstaaten, die die spansiche Sprache weiterhin als Nationalsprache verwendeten. Die Befreiungskriege eines Simon Bolivar waren wohl eher ein Aufstand der Eliten und brachten der eigentlich kolonialisierten Bevölkerung kaum Verbesserungen. Ja teilweise waren diese Aufstände sogar gegen Verbesserungen für indigene und schwarzafrikansiche Bevölkerungsteile gerichtet, da die Krone in Spanien weniger repressiv gegen die einheimische Bevölkerung vorging, als die spanischsprachigen Kreolen.

Im zwanzigsten Jahrhundert entwickelten sich in den Protektoraten und Kolonien Asiens, Afrikas und der Arabischen Welt eigenständige Nationalismen. Nur wenige davon beriefen sich in ihrem Widerstand gegen den Kolonialismus wirklich auf vorkoloniale Traditionen. Lediglich in Bevölkerungen,die auf eine lange eigenständige Schriftkultur zurückblicken konnten (AraberInnen, ChinesInnen, Khmer,..) entwickelten sich erfolgreiche Nationalismen mit den eigenständigen Sprachen als Fundament. Die meisten Staaten Afrikas hingegen benutzten auch nach der Entkolonialisierung weitgehend die alten Kolonialsprachen weiter. Der nigerianische Nationalismus bediente sich des Englischen, der angolansiche des Portugiesischen, der senegalesische des Fanzösischen. Nur selten konnten sich die neuen Staaten auf eigenständige historische Traditionen berufen. Lediglich die Somalis stellten ein Beispiel dafür dar, "daß die alte Stammesstruktur, die sich auf eine soziale Struktur gründet, mit dem neuen, anonymen Nationalismus verschmolzen wird, der auf einer gemeinsamen Kultur basiert."
Wie wir in den letzten Jahren erfahren haben, ist aber auch dieser Versuch der Verschmelzung vorerst gescheitert. Statt eines somalischen Nationalstaates existieren zur Zeit am Horn von Afrika rivalisierende Kleinststaaten und Clans, die in ständigem Krieg miteinander liegen.
Fast überall haben sich die neuen Nationalismen den kolonialen Grenzen angepaßt und damit eindrücklich vor Augen geführt wie willkürlich und interessengeleitet "Nationen" konstituiert werden. Selbst die Sowjetunion ist in jenen Grenzen zerfallen, die in der Ära des Stalinismus den neuen Sowjetrepubliken gegeben wurden. Die wenigen Nationalismen, die sich im Trikont unabhängig von kolonialen Grenzen zu Massenbewegungen entwickelt haben sind allesamt gescheitert, was das jüngste und wohl bekannteste

Besipiel der PKK in Kurdistan eindrucksvoll belegt.
Auch die neuen Nationalismen die im Rahmen der Entkolonialisierung Afrikas, Asiens oder in den 90er Jahren der ehemaligen Sowjetunion entstanden sind, sind somit weitgehend jenen Konzepten gefolgt, die für die Eliten dieser neuen staatlichen Gebilde bereits zuvor existierten.Trotz dieser willkürlichen Kreation von Nationen und Staaten ist es jenen, die an der Macht sind oder diese zukünftig ausüben möchten immer wieder gelungen die Bevölkerung von der Wichtigkeit der eigenen Nation zu überzeugen. Für kein Konzept haben sich so schon mehr Menschen aufgeopfert, sind aber auch schon mehr Menschen ermordet worden als für das Konzept der Nation. "Der Tod für das eigene Land, das man sich in der Regel nicht erwählt, ist von einer moralischen Erhabenheit gekrönt, an die das Sterben für die Labour Party, für die American Medical Association und auch für Amnesty International nicht im geringsten heranreicht, da man diesen Vereinigungen leicht beitreten und sie wieder verlassen kann."

Emanzipatorisch wäre es nun hingegen nicht immer neue Nationalismen zu schaffen und die Nationalismen der Kleinen gegen die Nationalismen der Großen zu verteidigen, sondern das Konstrukt der Nation selbst zum Einsturz zu bringen.

Thomas Schmidinger
Bibliographie:

ANDERSON, Benedict: Die Erfindung der Nation, Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/Main, New York, 1996

BRUCKMÜLLER, Ernst: Nationsbildung als gesellschaftlicher Prozeß
in:Bruckmüller, Ernst / LINHART; Sepp / MÄHRDEL, Christian: Nationalismus, Wege der Staatenbildung in der außereuropäischen Welt, S 17-50
Wien, 1994

GELLNER, Ernest: Nationalismus und Moderne:
Hamburg, 1991

LEPSIUS, Rainer M.: Nation und Nationalismus in Deutschland
in: JEISMANN, Michael / HENNING, Ritter (Hg.): Grenzfälle, Über neuen und alten Nationalismus;T
Leipzig

Von der nationalen Logik zu den "ethnischen Säuberungen"

Der Zerfall oder die Zerschlagung Jugoslawiens machte einmal mehr deutlich welch mörderische Konsequenzen nationalistische und völkische Logiken auch heute noch haben können.

Jugoslawien bildete dabei nach dem zweiten Weltkrieg in seinem Nationenkonzept einen Sonderfall, der neben der Föderation mehrerer Republiken - also "Staatsbürgernationen" - auch den Charakter eines Zusammenschlußes mehrerer "Volksnationen" annahm. Der Staat wurde nicht nur von den territorialen Republiken getragen, sondern von "five constitutive Nations that originally joined together in the common state" (PESIC, 1996)

Jugoslawien unter Tito

KroatInnen, MazedonierInnen, MontenegrinerInnen, SerbInnen und SlowenInnen - sowie ab 1971 "ethnische MuslimInnen" - bildeten die Staatsnationen, alle anderen Bevölkerungsgruppen wurden lediglich als "national Miniorities" angesehen. Dabei wurden z.B. KroatInnen aus Bosnien als KroatInnen betrachtet oder SerbInnen aus Kroatien als SerbInnen. Die "Nationalität" von Personen wurde damit nach einem völkischen Nationenkonzept bestimmt und nicht nach dem Konzept einer territorialen Staatsbürgernation.
Bereits im gemeinsamen Jugoslawien wurde das Serbokroatische in zwei klar definierten Formen geschrieben: einem Kroatischen und Serbischen Idiom.
In der slowenischen und kroatischen Teilrepublik herrschten bereits unter Tito eher föderalistische bis sezessionistische Tendenzen vor, während die serbische Teilrepublik eher auf einen Zentralstaat setzte, den sie unter serbischen Einfluß bringen wollte.
Insbesondere für die Konstitution der kroatischen, bosnisch-muslimischen und serbischen "Nation" spielten dabei die unterschiedlichen Religionen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Nationalismus und Zerfall

Nach dem Tode Titos und dem Niedergang einer verbindenden sozialistischen Ideologie verstärkten sich die zentrifugalen und nationalistischen Tendenzen. Eine wichtige Rolle spielten dabei ökonomische Unterschiede zwischen den reichen, industrialisierten

Republiken Slowenien und Kroatien auf der einen Seite und den ärmeren, agrarischeren Republiken Serbien, Montenegro und Mazedonien. Die reichen Republiken des Nordens waren bereits in den Achzigerjahren nicht mehr willens den ärmeren Süden mitzufinanzieren

Soziale Probleme, die aus der Schuldenkrise Jugoslawiens und den IWF-Auflagen resultierten führten zu Massenprotesten. "In dieser dramatischen Situation öffneten die Führungsschichten der Teilrepubliken nacheinander die ethnisch-sezessionistischen Ventile." (ROTH, 1999, 21) Mit dieser Taktik hofften die politischen Eliten - wie sich später herausstellen sollte durchaus zu Recht - den sich angestauten sozialen Protest über eben diese nationalistischen Ventile loszuwerden.
Jene beiden Staaten Westeuropas, die ebenfalls einen völkischen Nationenbegriff zur Grundlage hatten (Deutschland und Österreich), eine traditionelle Nähe zu den "katholischen" Republiken Slowenien und Kroatien hatten und in eben diesen beiden Republiken große wirtschaftliche Interessen verfolgten, unterstützten zuden sogleich diese sezessionistischen Bewegungen in den beiden nördlichen Teilrepubliken.

Die Eliten der einzelnen Republiken, insbesondere Serbiens und Kroatiens zimmerten an nationalen Geschichtsmythen, die sich auf der einen Seite auf das mittelalterliche Serbien ("Schlacht am Amselfeld") und auf der anderen Seite auf die "klerikalfaschistischen und antisemitischen Traditionsbestände des von den Nazis gegründeten und ausgehaltenen kroatischen Ustascha-Staates" (ROTH, 1999: 22) bezogen. Eine Folge davon bildete die Abschaffung der Autonomie für den Kosovo und die Vojvodina, die wiederum den albanischen Nationalismus im Kosovo anheizten, der sich ebenso verstärkt auf die nationalen Mythen des "Illyrertums" bezog.

"Ethnische Säuberungen" entsprechen völkischer Logik

Im Zuge der folgenden Zerschlagung Jugoslawiens führte die Schaffung völkischer Nationalstaaten fast zwangsläufig auch zu "ethnischen Säuberungen". Wie die Bildung ethnischer Nationalstaaten in anderen Teilen Europas mit "ethnischen Säuberungen" oder massivem Assimilationsdruck verbunden war, so wurde hier versucht die Errichtung völkischer Nationalstaaten mit Massenvertreibungen innerhalb kürzester Zeit nachzuvollziehen.
Massenvergewaltigungen sind in diesem Zusammenhang nicht nur als besonders sexistische und patriachale Waffe in einem Bürgerkrieg zu sehen, sondern auch als Teil einer völkischen Logik, den Frauen des anderen "Volkes" den "eigenen Samen" "einzupflanzen" und damit das eigene "Volk" gegenüber dem seiner Feinde zu stärken.

Durch die zunehmende internationale Isolierung Serbiens kam es zudem zu einer weiteren Anheizung des serbischen Nationalismus und in der Folge zu noch stärkerer Repression gegen die albanische Minderheit im Kosovo. Die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien und die Unterstützung der UCK und ihrer eigenen "ethnsichen Säuberungen" gegenüber SerbInnen und Roma sind wohl auch weitgehend bekannt.

Die serbischen und kroatischen Nationalismen sind mittlerweile so stark geworden, daß die beiden Staaten versuchen, ihre Serbokroatische Sprache zu zwei voneinander unterschiedlichen Nationalsprachen zu machen und dazu Grammatik und Wortschatz bewußt verändern. Kroatische LinguistInnen wurden dazu in das Burgenland geschickt, um die mittelalterliche Grammatik der burgenländischen KroatInnen zu studieren und sie zur neuen Grammatik der kroatischen Nationalsprache zu machen. Aus dem "Kroatischen" werden nach Möglichkeit alle gemeinsamen Wörter mit dem "Serbischen" oder türkische Lehnwörter entfernt, während für das "Bosnische" wiederum genau diese türkischen Lehnwörter fördert, um eine eigene bosnische Sprache zu schaffen.

Ziel all dessen ist es, die "ethnische gesäuberten" Gebiete endgültig zu völkischen Nationalstaaten zu machen, deren Bevölkerung sich nicht einmal mehr sprachlich über die Grenzen hinweg verständigen können soll.

Thomas Schmidinger

BIBLIOGRAPHIE

PESIC, Vesna: Serbian Nationalism and the Origins of the Yugoslav Crisis,
www.usip.org/oc/sv/pesic/pesic.html, 18.10.1999, April 1996

ROTH, Karl Heinz: Der Volksgruppenzoo
in: KONKRET 7/99, S 20-22

Vernichtungskrieg im Kaukasus

Nach der Niederlage der russischen Armee im ersten Tschetschenienkrieg versucht diesmal die Regierung Putin mit einen Vernichtungskrieg gegen die tschetschenische Bevölkerung der abtrünnigen Kaukasusrepublik Herr zu werden. Die neue Kriegsführung der russischen Regierung erinnert dabei eher an die stalinistischen Deportationen unter denen die tschetschenische Bevölkerung zu leiden hatte, als an die militärischen Konflikte, die die letzten Jahre die zerfallenden Nachfolgestaaten der alten Sowjetunion erschüttert haben.

Nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Unionsrepubliken der Sowjetunion erklärte die Republik Tschetschenien am 1. 11. 1991 ihre Unabhängigkeit. Der erste Präsident dieses unabhängigen Tschetscheniens wurde Dschochar Dudajew - jener sowjetische Armeekommandant der Luftwaffengarnison im estnischen Tartu, der im August 1991 den Befehl der Moskauer Putschisten verweigerte die estnischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit militärischer Gewalt zu ersticken. Im Baltikum gilt er heute dafür noch als Volksheld nach dem Straßen und Plätze benannt werden. Für die russische Regierung hingegen wurde er der Staatsfeind schlechthin. Im Gegensatz zur Unabhängigkeit der anderen Sowjetrepubliken wollte Russland die Unabhängigkeitserklärung einer Republik der Russischen Föderation nicht akzeptieren.

Guerilla und Warlords

Im ersten Versuch die kleine Kaukasusrepublik zurückzuerobern (1994-1996) scheiterte Russland aber schließlich an den Guerilla-Kämpfern in den Kaukasischen Bergen, nachdem über 50.000 Tote, darunter tausende ZivilistInnen in Tschetschenien zurückgeblieben sind. Mit dem Sieg der verschiedensten tschetschenischen Milizen und Kommandos wurde jedoch gleichzeitig die mehr oder weniger demokratisch gewählte tschetschenische Regierung geschwächt. Auch nach dem Abzug der russischen Armee 1996 gelang es den Nachfolgern des im Krieg gegen Russland gefallenen Präsidenten Dudajew nicht mehr die Rechtssicherheit im Lande wieder herzustellen. Die Kontrolle der Regierung beschränkte sich teilweise auf die größeren Städte, während viele ländliche Gegendenden Tschetscheniens von den verschiedensten Warlords und Clans regiert wurden.
Da die muslimischen TschetschenInnen in ihrem Kampf gegen Russland kaum auf Sympathien im "christlichen Abendland" hoffen konnten und kein westlicher Staat die Unabhängigkeit der nur 1,2 Millionen EinwohnerInnen zählenden Republik anerkannte, wendeten sich die einzelnen Guerilla-Gruppen auch zunehmend stärker an ihre "Islamischen Brüder" um Hilfe. Wie so oft in solchen Fällen war es gerade das extrem konservative aber auch extrem reiche Saudi-Arabien das den bedrängten Glaubensbrüdern zur Hilfe eilte. Mit saudischem Geld floß aber auch immer mehr an saudischen Ideen in den Nordkaukasus. Schon bald gaben nicht mehr gemäßigte NationalistInnen in Grozny den Ton an, sondern immer mehr extremistische SunnitInnen, die die Errichtung eines islamischen Staates nach wahabitisch-saudischem Vorbild zum Ziel hatten. Die gewählte tschetschenische Regierung vertrat dabei weiter einen gemäßigt islamisch gefärbten tschetschenischen Nationalismus, die bewaffneten Gruppen und ihre Warlords vertraten aber immer mehr das Islambild ihrer Unterstützer in Saudi-Arabien.

Öl und Ökonomie

Bei der Neuauflage des Krieges gegen Tschetschenien geht es jedoch nicht nur um eine - für Russland wohl eher imaginäre - Gefahr eines "Islamischen Fundamentalismus" im Nordkaukasus, sondern auch um Ökonomie und insbesondere um das Öl aus der Region des Kaspischen Meeres. Westliche Konzerne haben sich seit dem Zerfall der Sowjetunion an immer größeren Teilen der Erdölindustrie am Kaspischen Meer beteiligt, was Russland mit zunehmender Sorge um den eigenen Einfluß erfüllt hat. In den Planungen für neue Pipelines spielt auch Tschetschenien eine große Rolle. Es geht damit bei der Frage wer Tschetschenien kontrolliert auch um die Frage wer die Gebühren zukünftiger Pipelines einnehmen und den Gebrauch der Transitrechte als politisches Druckmittel verwenden kann.

Auslöser und Ursachen

Die angeblichen Gründe für den erneuten russischen Angriff gegen Tschetschenien sind damit nur die Auslöser für viel tiefer liegende Ursachen. Neben dem Konflikt um die Kontrolle über das kaspische Erdöl spielt für Russland dabei vor allem die Angst vor dem weiteren Zerfall der Reste der alten Sowjetunion und die heranrückenden Duma-Wahlen eine Rolle. Auf einer Welle nationalistischer und rassistischer Gefühle gegen Feindbild-Gruppen aller Art - seien es nun Kaukasier oder Juden - läßt sich auch in Russland gut wahlkämpfen. Kein russischer Politiker der die nächsten Duma-Wahlen gewinnen möchte könnte es sich

zur Zeit erlauben entschieden gegen diese Welle des russischen Nationalismus und antikaukasischen Rassismus entschieden aufzutreten.
In so einem Klima kamen die abenteuerlichen Angriffe Schamil Bassajews und Abd ar-Rahmans auf die östliche Nachbarrepublik Tschetscheniens um dort eine "islamische Republik Dagestan" zu errichten gerade recht. Auch die Anschläge auf Moskauer Wohnhäuser - die ohne jede Beweise sofort tschetschenischen Terroristen zugeordnet wurden aber auch genauso gut vom russischen Geheimdienst selbst gesprengt worden sein könnten - kamen für die Russische Regierung genau zum richtigen Zeitpunkt um einen seit langem, und diesmal gut geplantem, Rückeroberungsfeldzug gegen Tschetschenien zu beginnen. Rassistische Übergriffe gegen KaukasierInnen in Moskau sind seither an der Tagesordnung.

Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Der Rückeroberungsfeldzug Russlands erinnert seit Dezember 1999 immer mehr einem Vernichtungsfeldzug. Keiner weiß die genaue Zahl der toten und geflüchteten ZivilistInnen. Mehrere HunderttausendTschetschenInnen sind aber auf jeden Fall in die Nachbarrepubliken Inguschetien, Dagestan und Nord-Ossetien geflüchtet.
Geiselnahmen von ZivilistInnen sind dabei von beiden Seiten ein beliebtes Mittel der Kriegsführung. Nicht nur tschetschenische Warlords nehmen russische Geschäftsläute als Geiseln, sondern auch der russische Geheimdienst FSB hat die Familie des gewählten tschetschenischen Präsidenten Maschadow entführt und hält sie als Geiseln gefangen.

Den Gipfel der Vernichtungspolitik gegen die tschetschenische Bevölkerung stellt bislang jedoch ein Ultimatum dar, das die russische Militärführung am Montag, den 6. Dezember der Zivilbevölkerung der tschetschenischen Hauptstadt Grozny gestellt hat. Jede Person die sich am Samstag, den 11. Dezember noch in Grozny aufhält würde von der russischen Armee "als Terroristen betrachtet und vernichtet".
Nur weinige Hundert Menschen konnten oder wollten diesem Ultimatum Folge leisten. Das Ultimatum wurde schließlich nach heftigen Protesten - auch innerhalb Russlands - zwar verlängert und schließlich wurde sogar versucht die tschetschenischen Einheiten mit einem Amnestiegesetzt zur Aufgabe zu bringen, vor Ort setzen die russischen Einheiten ihren Krieg gegen die Zivilbevölkerung jedoch fort.
Nach zwei Monaten konnten Anfang Februar die Russischen Truppen die völlig zerstörte Stadt Grozny unter hohen Verlusten einnehmen. Das Siegerimage des Übergangspräsidenten Putin, der am Höhepunkt seiner Kriegsherrn-Popularität zum Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Jelzin wurde, ist seither wieder etwas angekratzt. Eine kurze Polizeiąktion gegen einige "Terroristen" - wie es von der Regierung immer wieder dargestellt wird - scheint der Krieg in Tschetschenien immer weniger zu sein. Die russische Armee muß sich wohl eher auf einen lange andauernden Guerilliakrieg in den kaukasischen Bergen vorbereiten, den die tschetschenischen Einheiten mit relativ guter Bewaffnung, vor allem aber mit hoher Disziplin zu führen bereit sind, während die Kriegsbegeisterung in Russland mit zunehmenden Dauer des Krieges abzunehmen scheint.

Thomas Schmidinger

Neuerliche Manifestation des österreichischen "Volkswillen"

Bei den österreichischen Nationalratswahlen gewann am 3. Oktober die rechtsextreme FPÖ über 27% der abgegebenen Stimmen. Damit ist sie zur zweitstärksten Partei Österreichs aufgestiegen. In einer Reihe von Bundesländern zur stärksten. Nach einigen Monaten Scheinverhandlungen mit der SPÖ hat nun die ÖVP mit dieser stärksten rechtsextremen Partei Europas eine Regierung gebildet.

Gewonnen wurde diese Wahl mit rassistischen Plakaten, die den "Stop der Überfremdung!" forderten. Die stärkste rechtsextreme Partei Europas wurde nicht trotz ihres Rassismus gewählt, sondern genau deswegen. Mit offenem Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und Hetze gegen "Sozialschmarotzer" lassen sich in Österreich immer noch Wahlen gewinnen.

"Protestwähler" statt Nazis?

All die Versuche die WählerInnen vom Vorwurf des Rechtsextremismus freizusprechen und sie zu unzufriedenen "ModernisierungsverliererInnen" zu erklären, das Wahlergebnis letztlich als "fehlgeleiteten sozialen Protest" zu betrachten, haben mit der Realität weit weniger zu tun, als mit den Wunschvorstellungen jener PolitikerInnen und JornalistInnen, die nicht glauben können, daß "ihr Volk" so nationalistisch, rassistisch

und antisemitisch sein kann. Von Bundeskanzler Klima bis zum Parteichef und Clubobmann der Grünen Alexander Van der Bellen sind sich alle einig, daß die meisten Haider-WählerInnen "keine Nazis, sondern Protestwähler" sind. Van der Bellen kündigte kurz nach den Wahlen sogar an mit dieser These rund um die Welt touren zu wollen, damit "der Wirtschaftsstandort Österreich" durch das Wahlergebnis "nicht gefährdet" würde. Erst massiver innerparteilicher Protest ließ ihn von diesem Vorhaben doch noch Abstand nehmen.
Nach dem internationalen Protesten gegen eine FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich fühlte sich Van der Bellen schließlich erneut angegriffen und bemüßigt die kleinen österreichischen Hoteliers in Schutz zu nehmen, die doch nichts für Haider dafür könnten und jetzt unter einem Boykott zu leiden hätten.

Dabei ist das rechtsextreme und rassistische Potential in der Bevölkerung noch lange nicht ausgeschöpft. Es sind noch genug SPÖ-WählerInnen vorhanden ,die die SPÖ wegen der rassistischen Abschiebepolitik Innenminister Schlögls wählten. Nicht umsonst schnellten die Umfragewerte für die SPÖ nach der Ermordung des nigerianischen Schubhäftlings Marcus Omofuma im Mai 1999 kurzfristig in die Höhe, worauf die SPÖ die Wahlen zum EU-Parlament gewann. Schlögl selbst wurde zum beliebtesten Politiker Österreichs. Nicht zuletzt dankte ihm die Bevölkerung auch die Vorreiterrolle Österreichs bei der Abschottung der "Festung Europa".
Seit Jahren treibt die FPÖ die Regierung mit ihrem Rassismus vor sich her. Diese wiederum verwirklicht willig jene Vorgaben ,die von Seiten Jörg Haiders gestellt werden - angeblich um dessen Wahl zu verhindern. Daß diese Rechnung nicht aufgeht bewiesen wieder einmal diese Wahlen. Die rassistische Politik der Regierungsparteien treibt nur das gesamte politische Spektrum noch weiter nach rechts.
Gerade deshalb dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch schlimmer kommen kann. Und mit einer Regierungsbeteiligung der FPÖ kommt es nun noch schlimmer. Eine noch wesentlich rassistischere Politik ist auch in der Bevölkerung durchaus mehrheitsfähig. Dies bestätigen auch die neuesten Umfragedaten, die die FPÖ bereits als stärkste Partei - noch vor der SPÖ - sehen.

Historische Kontinuitäten

Und genau darin liegt das zentrale Problem. Die überwiegende Mehrheit der ÖsterreicherInnen ist rassistisch, nationalistisch, antisemitisch. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung schließt sich jeder Hetze gegen "Sozialschmarotzer", Schwule, Lesben, "Behinderte",... begeistert an. Autoritäre Denkmuster sind das "Übliche" und nicht die Ausnahme.
Und hier gibt es durchaus historische Kontinuitäten. Die Geisteshaltungen des Nationalsozialismus sind in der Österreichischen Bevölkerung nie ausgerottet worden. Mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches, sahen sich jene ÖsterreicherInnen, die zuvor begeistert der nationalsozialistischen Machtübernahme zugestimmt hatten, plötzlich als die "ersten Opfer des Nationalsozialismus". Mit dieser Opferthese - welche sogar in der Unabhängigkeits-erklärung von 1945 ihren Ausdruck fand - konnte sich die zweite Republik bequem aus ihrer historischen Verantwortung wegstehlen.
Da es zwischen 1938 und 1945 nur marginalen Widerstand gegen das NS-Regime im Land gegeben hat mußte das Regime von Außen militärisch zerschlagen werden. Im Land selbst wurde mit den ideologischen Versatzstücken des Nationalsozialismus nie gebrochen. Nach einer kurzen, sehr oberflächlichen "Entnazifizierung" saßen schnell wieder die alten NS-Funktionäre in Amt und Würden. Die behauptete Umerziehung der Bevölkerung hat es nie gegeben, eine massenwirksame Aufarbeitung der Geschichte aus sich selbst heraus schon gar nicht.

Rassismus und Antisemitismus hatte somit auch im Österreich nach 1945 Konjunktur. Alle damaligen Parteien (SPÖ, ÖVP und KPÖ) buhlten bereits mit der Wiederzulassung der alten NSDAP-Mitglieder zur Wahlen 1949 wieder um deren Stimmen. Gleichzeitig wurde mit dem "Verband der Unabhängigen" (VdU) ein eigenes parteipolitisches Auffangbecken für alte Nazis gegründet. Nach der Spaltung des VdU gründete der rechte Parteiflügel 1956 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die nun über vierzig Jahre später unter ihren Parteichef Jörg Haider ihre besten Wahlergebnisse einfahren kann.
All diese Jahrzehnte bestanden gute Beziehungen der SPÖ und ÖVP mit der FPÖ. 1970 bildete die SPÖ sogar eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der FPÖ. Die detailierte Geschichte der Einbindung des "dritten Lagers" und die Blindheit gegenüber der Geschichte kann wohl als bekannt vorausgesetzt werden.
Insgesamt konnten jedenfalls die einzelnen Ideologieelemente eines faschistischen Weltbildes problemlos von einer Generation auf die andere weitergegeben werden. Da mußte nur jemand kommen, der diese bündelt und wachküßt um wieder zu einer Massenbewegung zu werden.

Modernisierter Faschismus

Haider ist kein Nazi. Der historische Nationalsozialismus wird nicht so einfach wiederauferstehen. Dazu ist es einfach 60 Jahre zu spät. Aber die FPÖ ist eine

Partei des demokratisierten und modernisierten Faschismus. Gerade diese Mischung aus moderner Form und pseudodemokratischen Anliegen ermöglichte es der FPÖ die letzten Jahre immer mehr faschistische Ideologeme wieder salonfähig zu machen. Aufrund der weiten Verbreitung rechtsextremer Ideologeme in der österreichischen Bevölkerung ist es durchaus denkbar, daß es Jörg Haider zu glauben ist, wenn er behauptet ein "Demokrat" zu sein. Faschistische, rassistische und antisemitische Politik ist durchaus Teil einer parlamentarischen Demokratie. Eine Abschaffung des Mehrparteiensystems bedarf er nicht um eine noch um vieles rassistischere und autoritärere Politik zu betreiben als es die SPÖVP-Koalition je könnte. Eng wird es dann nur für jene gegen die seine Hetze läuft: MigrantInnen, Arbeitslose,... und natürlich für jene wenigen Menschen hierzulande, die sich ihm konsequent in den Weg stellen wollen.

Die Wahl der FPÖ hat bereits jetzt jenen Mob losgebunden, der schon seit Jahrzehnten darauf wartet endlich wieder einmal zuschlagen zu können. MigrantInnen klagen seit dem FP-Wahlsieg vermehrt über Anpöbelungen und gewalttägige Übergriffe. Auch Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde klagt über massiv gesteigerte Angriffe auf Jüdinnen und Juden in Österreich. Auch die Zahl von Drohbriefen gegen die Kultusgemeinde habe sich gegenüber früher verzehnfacht.

Antisemitismus interessiert nicht

Verstärkt wird dieser Antisemitismus auch von einer Reihe österreichischer Medien und Politiker aus SPÖ und ÖVP, die auf Reaktionen Israels auf den Wahlsieg der FPÖ mit sekundärem Antisemitismus argumentierten, der sich darurch auszeichnet, daß er Jüdinnen und Juden vorwirft "die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen" und "immer wieder alte Wunden aufzureißen". Wenn selbst die wenigen "liberalen" Blätter auf die Kritik des israelischen Außenministers mit dem Hinweis reagieren, Israel solle vor der eigenen Tür kehren, kann mensch sich vorstellen was für Positionen an Biertischen und anderen Orten der "Volksseele" vertreten werden.

Symptomatisch für die Verhältnisse in diesem Land ist, denn auch, daß auf diesen massiv offener und militanter werdenden Antisemitismus fast überhaupt nicht reagiert wird. Auch der überwiegende Teil der Linken zeigt keinerlei Interesse daran. Während sich gegen Rassismus mitlerweile wenigstens einige Leute zur Wehr setzen, schweigen sich fast alle Gruppierungen über den Antisemitismus aus. Dies dürfte wohl auch damit zusammenhängen, daß es auch innerhalb der österreichischen Linken genügend Gruppierungen gibt, die selbst keineswegs von antisemitischen Argumentationsweisen gefeit sind.

Kritik innerhalb der Volksgemeinschaft

Nicht nur die WählerInnen und zukünftigen BundesgenossInnen der FPÖ finden sich schließlich in der "Volksgemeinschaft" wieder.
Wenn nicht nur die SPÖ, sondern auch trotzkistische oder grünalternative Gruppen dem rassistischen Pöbel erklären wollen, daß es eh nicht so viele AusländerInnen in Wien gäbe wie die FPÖ behauptet und deshalb ihre Ängste unbegründet wären, befinden sich diese Gruppierungen längst auf der Ebene des rassistischen Diskurses von SPÖ und FPÖVP. Auch von einer Reihe trotzkistischer Gruppierungen wird die Wahl der FPÖ letztlich als fehlgeleiteter sozialer Protest betrachtet und nicht als Ausdruck des real vorhandenen Rassismus und Antisemitismus - auch in der von ihnen so gehegten ArbeiterInnenschaft.
Problematisch wird es auch, wenn MenschenrechtsapologetInnen wie SOS Mitmensch im Widerstand gegen die FPÖ auf das vermeintlich demokratische Potential dieser Republik und damit ebenso auf NationalstaatsbürgerInnen zurückgreifen wollen. In ihrer Berufung auf Nation, Volk und Staat werden letztlich genau diejenigen Kategorien affimiert, die das "Phänomen Haider erst möglich gemacht haben. Diese sind keineswegs als überhistorisch zu fassen, sondern konstitutiv für die bürgerliche Gesellschaft.
Bürgerliche Subjektivität zeichnet sich gerade dadurch aus, daß ihre TrägerInnen stets der einzelnen Reproduktionsbasis - nämlich der Verwertung ihrer Arbeitskraft - hinterherjagen und sich umso stärker an die Volksgemeinschaft klammern, je weniger der Staat ihnen die Möglichkeit ihrer Reproduktion sichern kann. Zum "Volk" zu gehören bedeutet dem nationalistischen Selbstverständnis zufolge, als Teil des "Volkskörpers" vor die eigene Identität gefährdenden Bedrohungen (beispielsweise Verlust des Arbeitsplatzes) geschützt zu werden.
Die dem Rassismus und Antisemitismus zugrunde liegende personalisierende Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse ermöglicht die Konstruktion des Bildes von "den Anderen". Derart ist das bürgerliche Subjekt verfaßt, daß es Identität nicht aus sich selbst erzeugen, nicht an sich selbst gewinnen kann, sondern im Prozeß einer ständigen Abgrenzung und eines Zweifrontenkriegs gegen das "unwerte" und das "überwertige" Leben. Gegen das "Unwertige" richtet sich der Rassismus, gegen das "Überwertige" der Antisemitismus.
Rassismus ist also keineswegs als fehlgeleiteter sozialer Protest oder als Ideologie im Sinne bloßer Weltanschauung zu verstehen, sondern im Gegenteil Ausdruck der Verfaßtheit bürgerlicher Subjektivität und

deshalb nur mit dieser abzuschaffen.

Mörderrepublik

In Österreich wird dieser latent vorhandene Rassismus und Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber anderen Staaten noch durch die Verdrängung der eigenen Geschichte verstärkt. Sekundärer Antisemitismus und offener Rassismus sind nicht zuletzt die Spätfolgen der Verstrickung der österreichischen Bevölkerung in die Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden, die auch in den nachkommenden Generationen nachwirkt.
Insofern ist Österreich genau das was Van der Bellen oder Viktor Klima nicht wahrhaben wollen und aller Welt erzählen, daß es nicht wahr ist. Österreich , jene "Mörderrepublik" ,die Peter Turrini schon vor einigen Jahren in diesem Land erkannt hat und nur eine konsequente Bekämpfung jedes positiven Bezuges auf die österreichische Nation oder diese Volksgemeinschaft kann vielleicht noch schlimmeres verhindern.

Petra Meier

(u.a. zusammengestellt aus Flugblättern der ÖKOLI und gemeinsamen Texten mit anderen Gruppierungen der antinationalen Linken. Die Flugblätter die wir in diesem Zusammenhang veröffentlicht haben schicken wir auf Anfrage gerne zu.)

Anmerkung: Die Begriffe "Rechtsextremismus", "Rassismus" und "Faschismus" sind in diesem Text als politikwissenschaftliche Begriffe gemeint und keineswegs der Vorwurf einer strafrechtlichen Handlung. Es wurde sich dabei an die Rechtsextremismusdefinition von W. Holzer angelehnt ,die dieser im Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus geliefert hat.

Blinklichter gegen Rassismus

Am 12. November - dem Gründungstag der Republik Österreich - fand in Wien die größte Demonstration gegen Rassismus seit dem Lichtermeer statt.

Damals - beim Lichtermeer - hatten Hunderttausende am Heldenplatz in der Wiener Innenstadt gegen das "Ausländervolksbegehren" der FPÖ demonstriert. Neben namhaften KünstlerInnen hatten sich auch die Regierungsparteien mit den DemonstrantInnen solidarisiert. Am Fenster des Innenministeriums brannten solidarisch einige Kerzen. Wenige Jahre später hatte die SPÖVP-Regierung alle Forderungen des Volksbegehrens erfüllt.

Das "bessere Österreich" sammelt sich

Nach dem Wahlsieg der FPÖ bei den jüngsten Nationalratswahlen sammelten sich die OrganisatiorInnen des Lichtermeeres von damals erneut. Als "Demokratische Offensive" wollten sie das "bessere Österreich" auf die Straße bringen. Um keine wirklich antirassistischen Mißtöne aufkommen zu lassen, wurden von den OrganisatorInnen von SOS Mitmensch und Republikanischer Klub auch gleich von Anfang an die Inhalte vorgegeben. Obwohl das gemeinsame Vorbereitsungsplenum schließlich sogar beschlossen hatte den Schlußsatz des Aufrufs "Wir sind Österreich" zu streichen, druckten die OrtganisatorInnen - mit finanzieller Unterstützung der Gewerkschaftsbank BAWAG - einfach schnell die Plakate und Flugblätter um die anderen Organisationen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Diese Vorgangsweise verärgerte schließlich nicht nur die meisten linken und linksradikalen Gruppen aus dem Vorbereitsungsplenum, sondern auch die MigrantInnenorganisationen, den Verein "Gedenkdienst", die Grünalternative Jugend,... Der Großteil dieser Organisationen unterstützte deshalb eine eigene Demonstration die eine Stunde vor der Demonstration der "Demokratischen Offensive" zum Ausgangspunkt derer Demo wegging. Der massiv anwachsende Antisemitismus in Österreich - der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Muszikant hatte von einer Verzehnfachung der Übergriffe auf Jüdinnen und Juden seit den Nationalratswahlen gesprochen - wurde aber auch von dieser Demonstration nicht thematisiert: Schließlich gehörten viele antisemitische und nationalistische AntiImp-Gruppen zu den OrganisatorInnen der "linken Demo". Eine Thematisierung des immer militanter werdenden Antisemitismus blieb damit neben der verlesenen Rede des Präsidenten der Kultusgemeinde den antinationalen Gruppen (Ökologische Linke, Rosa Antifa, BANG!, Arge Kriegsdienstverweigerung,...) vorbehal-

ten, die trotz massenhaft verteilten Flugblättern auf beiden Demos ziemlich untergingen.
Überhaupt wirkte die "linksradikale" Demo eher etwas ratlos als sie nach einer Stunde Wartens endlich in Richtung Parlament zog und sich dort in die bürgerliche Demo einreihte. Für Aufsehen sorgten schließlich nicht die DemonstrantInnen "für eine Welt ohne Rassimsus", die SOV und die AL, sondern individuelle Linke die sich bis in die Nähe der Bühne durchkämpften und dort die Auftritte von Ederer und Bilek störten.

Bereits die "linke Demo" erreichte mit rund tausend TeilnehmerInnen eine für Wiener Verhältnisse sehr beachtliche Größe. Auf der Ringstraße vor dem Parlament sammelten sich schließlich aber zehntausende Menschen die das gesamte politische Spektrum links von der FPÖ abdeckten. Die OrganisatorInnen hatten sogar RednerInnen des SPÖ und ÖVP-Parlamentsklubs eingeladen ihre Reden vor dem Parlament zu halten. Während Abg.z.NR. Bilek (ÖVP) von den DemonstrantInnen jedoch nur ausgepfiffen wurde, bekam Brigitte Ederer vom SPÖ-Parlamentsclub immerhin sogar einige Eier um die Ohren geschmissen. Die mutigen WerferInnen verfehlten jedoch schließlich ihr Ziel. Sogar einige Tageszeitungen sollten am folgenden Tag registrieren, daß die DemonstrantInnen nicht alle nur gegen die FPÖ demonstrieren wollten, sondern auch ihren Unmut über die Regierungspolitik ausdrücken wollten.

"Wir sind Österreich"

Mit rot-blinkenden Fahrradlichtern - die als Warnsignal gegen rechts gelten sollten - zogen die DemonstrantInnen schließlich in Richtung Stephansplatz , der bereits so voll war, daß die rund 50.000 DemonstrantInnen sich in allen Zufahrts straßen stauten und nur eine Minderheit den Platz überhaupt erreichte.
Am Stephansplatz konnte sich schließlich das bessere Österreich selbst feiern und sich von Jean Zeigler beglückwünschen lassen, daß Österreich wohl das einzige Land Europas wäre wo so viele Menschen für ihre Werte auf die Straße gingen. Der Versuch einiger Linksradikaler sich vor der Bühne mit einem Transparent mit der Aufschrift "PatriotInnen sind IdiotInnen!" gegen den Nationalstolz der WarnblinkerInnen zu stellen, wurde von diesen mit lautstarken "Haut ab!"-Rufen quittiert und so konnte die patriotische Feier gegen die "Verhaiderung unseres Landes" - wie es im Demonstrationsaufruf hieß - ungestört ihren weiteren Lauf nehmen.

Thomas Schmidinger

Protestiert auch weiterhin!

Die Proteste gegen das neue FPÖVP-Regime waren zwar immer noch viel zu gering, überstiegen aber immerhin all das, was sowohl von den AnhängerInnen wie den GegnerInnen des neuen Regimes erwartet wurde. Die Protestbewegung muss nun zeigen, dass sie einen langen Atem besitzt und sich auch von der verstärkten Repression nicht mundtot machen lässt.

Bereits mit dem bekannt werden, der geplanten Regierungsbeteiligung der FPÖ kam es international zu massiven Protesten. Israel und die Staaten der EU drohten mit massiven diplomatischen Konsequenzen. Schliesslich zog aber nur Israel seinen Botschafter ab. Aber nicht nur die Regierungen protestierten. Auch die verschiedensten antifaschistischen und linken Gruppierungen gingen weltweit auf die Strasse. Bereits in den ersten Tagen kam es zu Protestkundgebungen in Warschau, Paris, Rom, London, Dublin, Berlin, Bremen, München und Israel. Weitere Protestkundgebungen und Demonstrationen werden die nächsten Wochen folgen. In Malmö kam es sogar zu einem Anschlag auf das Österreichische Konsulat.

Innerhalb Österreichs dauerte es etwas länger bis sich der lähmende Schock der geplanten Regierungsbildung in Widerstand verwandelte. Dann kam dieser Widerstand aber wesentlich massiver als erwartet. Am Dienstag, den 1. Februar begann alles mit einer Teilbesetzung der ÖVP-Zentrale und einer ständigen Kundgebung davor. Während der ORF und viele andere Österreichische Medien diese ersten Widerstandaktionen weitgehend verschwiegen, filmten eine ganze Reihe internationaler Fernsehstationen das Geschehen.
Am Abend sammelten sich vor dem Parlament spontan ca. 500 Personen, von denen ca. 200 in einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt zogen, Strassen blockierten und Parolen wie "Haider ist ein Faschist!" durch die Strassen riefen.

Am Mittwoch, den 2. Februar sammelten sich um 17.00h erstmals ca. 20.000 Menschen vor der ÖVP-Zentrale und zogen in einer Demonstration quer durch die Stadt. Dabei versuchten die DemonstrantInnen auch zur FPÖ-Zentrale vorzudringen, welche aller-

dings mit einem massiven Polizeikorridor abgesperrt wurde.
Am Donnerstag sammelten sich erneut einige tausend DemonstrantInnen, welche in einer unangemeldeten Demonstration quer durch die Stadt zogen und kurzfristig das Burgtheater besetzten. Die Aufführung wurde unterbrochen als ca. 100 DemonstrantInnen völlig gewaltfrei die Bühne stürmten und ihre Besorgnis um die Freiheit der Kunst unter einem FPÖVP-Regime zum Ausdruck brachten. "Das Burgtheater war unter seinem Chef Claus Peymann immer ein Hort der Freiheit der Kunst und soll es auch weiter bleiben können!" forderte ein Sprecher der DemonstrantInnen von der Bühne herab. Ein Teil der TheaterbesucherInnen solidarisierte sich spontan mit den BesetzerInnen, ein anderer verliess erbost das Theater. Der Abend endete schliesslich mit einer kurzen Besetzung des Hotel Imperial an der Wiener Ringstrasse. Bereits am Donnerstag kam es zur ersten Verhaftung eines Demonstranten, dem Sachbeschädigung vorgeworfen wurde.

Am folgenden Freitag, den 4. 2. sammelten sich bereits um 10.00 Uhr Frauen verschiendenster Frauenorganisationen am Ballhausplatz um gegen die Abschaffung der Frauenministerin zu protestieren. Zu Mittag sammelten sich dann aber tausende DemonstrantInnen aus den verschiedensten politischen Lagern, die gegen die Angelobung der neuen Regierung am Ballhausplatz protestierten. Der Widerstand der über 10.000 DemonstrantInnen war so massiv, daß die neue Regierung nicht wie üblich über den Ballhausplatz zur Angelobung in die Hofburg eilen konnten, sondern über einen unterirdischen Gang die Amtsräume des Bundespräsidenten betreten musste. Während der Angelobung – die lediglich der ORF als einzige Fernsehanstalt nicht life übertrug – kam es auf dem Ballhausplatz zu massiven Protesten. Ein Regen an Eiern, Gemüse und anderen Wurfgeschossen prasselte auf die behelmten Polizisten ein, die ihre ersten Prügeleinsätze gegen die DemonstrantInnen durchführten. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit hielten sie sich aber noch relativ zurück, eine Zurückhaltung, die wenige Stunden später zu ende sein sollte als die DemonstrantInnen spontan das Sozialministerium besetzten und in "Ministerium für Widerstand" umbenannten. Waehrend sich im Inneren dem Ministeriums die BesetzerInnen breit machten, prügelten die Beamten der Spezialeinheit WEGA bereits auf DemonstrantInnen, die das Gebäude wieder verliessen ein. Sogar Radio Wien berichtete, daß die Gewalt von den Beamten ausging und es lediglich dem besonnenen Verhalten der DemonstrantInnen zu verdanken war, dass die Situation nicht weiter eskalierte.
Tausende DemonstrantInnen zogen daraufhin weiter durch die Innenstadt und schrumpften um Mitternacht auf ein paar hundert, die ihren Protest nochmals vor der FPÖ-Zentrale in der Kärntnerstrasse kundtaten. Stunden vorher hatte ein Polizeisprecher in einer Pressekonferenz gedroht, ab nun würden die Sicherheitskräfte hart durchgreifen, was bereits bei den Polizeiübergriffen vor dem Sozialministerium zu spüren war. In der Nacht jedoch fuhren die Polizeieinheiten sogar zwei Wasserwerfer auf die Kärnterstrasse, die sie einsetzten, obwohl die noch verbliebenen DemonstrantInnen abziehen wollten, ihnen jedoch von einer Dreier-Reihe schwerstbeschilderten Polizisten die Seitenstrasse versperrt wurde. Vor allem die jüngsten DemontrantInnen, beschlossen, sich friedlichst in einer Gruppe vor die Polizeireihen bei der FPÖ-Zentrale zu setzten, was ihnen jedoch zum Verhängnis wurde Mit Wasserwerfern und massiven Polizeiprügeln, die wahllos in die am Boden sitzende Menge verteilt wurden, versuchte die Polizei die DemonstrantInnen zur Räson zu bringen. Dies stellte den ersten Wasserwerfereinsatz gegen DemonstrantInnen seit zehn Jahren dar. Eine Reihe von DemonstrantInnen musste im Spital mit Verletzungen

Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen (Theodor W. Adorno)

INFOLADEN ZEHN

Bücher und Zeitschriften fürs nächste Jahrtausend

Mittwoch 16– 20 Uhr
Donnerstag 16– 20 Uhr
Freitag 16– 22 Uhr
Samstag 16– 22 Uhr

Portiersloge im
Ernst-Kirchweger-Haus
Wielandgasse 2-4
1100 Wien (U1 Keplerplatz)

T-Shirts, Pullis, Aufnäher, Musik gegen die Norm
Kaffee, Säfte für den Genuß

behandelt werden, ca. Zwanzig DemonstrantInnen wurden verhaftet.
Anstatt die massiven Polizeiübergriffe anzugreifen, Polizei gegen gewalttätige Demonstrant-Innen vorgehen müsse und für die Demo am 19.2. ein eigener Ordnerdienst fuer Ordnung sorgen werde.

Auch am Samstag kam es noch zu weiteren Verhaftungen und zu einem Prügeleinsatz der Polizei, obwohl an diesem Tag überhaupt keine Wurfgeschosse der DemonstrantInnen die Polizei trafen.
Erst die Sonntags-demo bei der rund 7.000 Menschen 6 km zum Küniglberg – dem ORF-Zentum zogen verlief ohne Polizeiprügel. Dafür wurde einer Frau die gerade Parolen an die Wand sprühte, von Staats-polizisten in Zivil der Rucksack gestohlen, der erst nach dem Eingreifen anderer Demonstrantlnnen und einer auf sie gerichteten Pro-7-Kamera wieder zurückgegeben wurde.

Die Flugblätter der ÖKOLI, die sich im Rucksack befanden wurden aber von dem Beamten in Zivil zurückbehalten. Die email-Adresse des Homepage-betreibers, der AntiRegierungshomepage http://gegenschwarz blau.cjb.net gesperrt. Wohl einige der angekündigten "intelligenten Massnahmen" der Polizei um die Opposition mundtod zu machen.

Die Proteste gingen trotzdem weiter. Am Montag konnten 500 DemonstrantInnen vor dem Parlament eine Nationalratssondersitzung begleiten. Einigen AktivistInnen gelang es in das Parlament einzudingen und T-Schirts mit Aufschriften gegen die neue Regierung zu enthuellen. AktivistInnen der ÖKOLI versuchten einstweilen politische Gruppierungen in Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland zu verstaerkten Aktivitäten gegen die FP-Regierungsbeteiligung in Österreich zu mobilisieren. Am 19.2.200 fanden in 18 Städten Europas, z.B. in Spanien, Frankreich, Deutschland uva. Demonstrationen statt.
Die Routen der bislang spontanen Demos wurden seit dem 10. Februar von einigen Gruppierungen mit der Polizei abgesprochen. Trotzdem versammelten sich bis Redaktionsschluss täglich hunderte Demon-strantInnen um 17.00h zu Demonstrationen gegen das neue Regime.

Soll der Widerstand gegen die Regierungsbeteiligung der RechtsextremistInnen Erfolg haben, werden die Proteste aber einen langen Atem und viel internationale Solidarität benötigen. Wir wollen trotz aller Repression das unserige dazu beitragen.

Nach Redaktionsschluß unserer Zeitschrift kam es zur ersten großen Repressions-welle gegen AntifaschistInnen. Zu Beginn der Großdemonstration am 19. 2. 2000 kam es zum Versuch der Polizei Autonome mit Gewalt von der Demonstration fernzuhalten. Am Rande derselben Demonstration wurden Demonstranten aus Deutschlan von Polizeibeamten in einen Hauseingang gezerrt, gefoltert und bedroht. Die Handys der Demonstranten wurden zerstört, ihre Schuhe gestohlen. Nach der Opernballdemonstration am 2.3.2000 wurden zwei Antfaschisten von vermumten, als autome verkleideten Bullen einer neugegründeten Spezialeinheit mit vorgehaltener Waffe aus einem Taxi gezerrt. Eine Frau wurde später auf dem Heimweg von Polizisten geschlagen und ebenfalls verhaftet. Seither sitzen alle drei in U-Haft. Angeblich wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Landfriedensbruch. Das neue Regime übt also schon Umgang mit politischer Oppostion

Aktuelle Infos zum neuen Regime und zum Widerstand dagegen gibt es unter http://gegenschwarzblau.cjb.net

Wichtige Telefonnummern:
Demo-Hotline: 01/589 30 22 12
Rechtshilfe: 01/535 91 09
Radio Orange: 01/319 09 99
Telefon der Botschaft besorgter BürgerInnen: 0664/780 36 44

zum Surfen für die Internet-Generation:
www.illegalisiert.at, www.no-racism.net,
www.t0.or.at/gettoattack,
www.popo.at . www.rassismus.at,
www.webring.telnet.at,
www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt,
www.ceiberweiber.at,
www.volkstanz.net

Multikulturalisten: die postmodernen Rassisten

Der aufgeklärte, liberale und tolerante Multikulturalismus als demokratischer, realutopischer Gesellschaftsentwurf, als Konstrukt, geht von den Realitäten der Einwanderergesellschaft aus und postuliert entsprechende Bedingungen für die Einwanderung und die Koexistenz verschiedener kultureller Lebensformen auf der Grundlage ethnischer, sprachlicher und religiöser Toleranz. Es sollen alle BewohnerInnen ohne Ansehen ihrer Herkunft, Identität, Ethnizität, Sprache, Religion, etc. die gleichen Rechte genießen, es soll kein existentieller Unterschied zwischen Angehörigen einer Mehrheit und einer Minderheit bestehen, kein Unterschied zwischen „Einheimischen" und „Fremden" hinsichtlich der Arbeits- und Wohnbedingungen, der sozialen Sicherheit, Bildung, aber auch der politischen Beteiligung.
Die gesellschaftspolitische Realität ist entgegen der multikulturellen Programmatik geprägt von nationalstaatlichen Abwehrstrategien, Ethnozentrismus, Rassismus gegenüber AsylantInnen und ArbeitsemigrantInnen und Wohlstandschauvinismus gegenüber dem Eindringen von Fremden in die Behaglichkeit der privilegierten Wohlstands-gesellschaften.
Die mangelhafte Abgrenzung zum Ehnopluralismus gehört zu den Schwächen des Begriffs „Multikulturalismus", obwohl das Abgrenzungsbedürfnis gerade dort besonders hoch ist. Trotz der offenbaren Unterschiede zwischen dem linksliberalen „Multikulturalismus" und dem neurechtenEthnopluralismus" sind einige Vorstellungen tatsächlich weniger weit voneinander entfernt, als es zunächst erscheint, was auch auf die theoretischen Schwächen innerhalb des multikulturalistischen Konzepts zurückgeht.
Terkessidis faßt einige Grundannahmen, in denen zwischen den VertreterInnen der Multikultur Konsens herrscht, zusammen:

1. MultikulturalistInnen definieren die jeweiligen Kulturen von ihren jeweiligen „Besonderheiten" aus. In diesen Unterscheidungen wird jedoch letztendlich die Mehrheitskultur wieder in den Mittelpunkt gerückt. Die MigrantInnen helfen als KulturrepräsentantInnen, die Selbstbesinnung der EuropäerInnen abzustützen. Der Hintergrund der Einwanderer, die Geschichte ihrer sozialen oder politischen Not, ihre „Entwurzelung", die sie zur Auswanderung bringt, wird vernachlässigt.
2. Prämissen des alten „Gastarbeitersystems" werden übernommen, indem auch weiterhin die Regulierung der Einwanderung nach Kriterien der Konjunktur, „demographischer Defizite" und Qualifikation vorgenommen werden soll.
3. Kulturen werden letztlich ebenso wie im neurechten „Ehnopluralismus" als vorgängige Substanzen gesehen, zwischen denen es auf engstem Raum unausweichlich zu Auseinandersetzungen kommen muß. „Fremdenangst", „Xenophobie", „Rassismus" werden als quasinatürlich angesehen. „Ausländerkriminalität" werde in einer multikulturellen Gesellschaft ebenfalls quasinatürlich anwachsen, wenn auch nicht durch diese allein verursacht.

Im Zusammenhang damit schreibt der grün-alternative Claus Leggewie in seinem „multikulti- Spielregeln für die Vielvölkerrepublik" (N_dlingen 1990):

„Es ist leider nicht auszuschließen, daß sich im Zusammenhang mit Einwanderung die Intensität der Konflikte und auch die Bereitschaft zur Gewalt steigert, in den Großstädten wie im Hinterland. Jedes Faible für Einwanderung, das verschweigt, wie Ladendiebe und Ruhestörungen sich vermehren oder Les Zulus [kursiv im Original] U-Bahnhöfe unsicher machen könnten, ist rasch erschöpft."

Kultureller Differenzen zwischen den Menschen können natürlich nicht geleugnet werden. Die Problematik beginnt jedoch bei der Übersetzung sozialer Probleme in kulturelle. Sie beginnt da, wo wirtschaftliche und politische Probleme wie Krisen, Rassismus, Kriminalität etc. nicht mehr in einem strukturellen Rahmen interpretiert werden, in dem man auch ihr historisches Gewordensein analysieren kann, sondern als unhistorische kulturelle Erscheinungen.

Für den slowenischen Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Zizek ist der Multikulturalismus die Ideologie des multinationalen Kapitalismus schlechthin, ein „Rassismus, der Abstand hält", der die Identität des Anderen respektiert, das Andere als eine in sich geschlossene „authentische" Gemeinschaft wahrnimmt. Die MultikulturalistInnen halten diesen Abstand von ihrer privilegierten universellen Position aus. Der multikulturalistische Respekt vor der Besonderheit des Anderen ist eigentlich die Behauptung der eigenen Überlegenheit. Zizek plädierte angesichts des Krieges in Ex-Jugoslawien entschieden gegen eine Ethnisierung und Kulturalisierung der Politik: „Man tat den Krieg als lokale Stammesfehde ab und übersetzte das politische Problem dahinter immer in ein rein humanitäres: Wie können wir helfen? Rassismus par excellence!"
Diese verlogene Toleranz funktioniert nur dort, wo die anderen nicht wirklich da und anders sind, wo die

Inder, reduziert auf eine folkloristische Entität „ein bißchen tanzen und gute Restaurants aufmachen" Die invertierte Form von Rassismus beschreibt Zizek folgend: Die „Marseillaise" läßt den postmodernen Multikulturalisten völlig kalt, doch wenn er dem Ritual eines afrikanischen Stammes lauscht, gerät er in Ekstase.
Diese moderate, liberale und tolerante Multikulti-Linke hat stillschweigend akzeptiert, that capitalism is here to stay, und hat im Kampf für die kulturellen Differenzen nun ein Ersatzventil für ihre kritische Energie gefunden, das die Beschaffenheit des kapitalistischen Weltsystems intakt läßt.

mary

Der Mythos der nationalen Befreiung

In der hiesigen Linken ist es spätestens seit der Hochphase der antiimperialistischen Bewegungen hierzulande modern die Nationalismen in "gute" und "böse" einzuteilen und sich auf die Seite der "guten" Befreiungsnationalismen zu stellen. Egal ob es sich dabei um den kurdischen Nationalismus handelt, oder um jenen der Volksfront zur Befreiung Palästinas, Nationalismen, die noch nicht an die Macht gelangt sind werden von der bewegungsmarxistischen Linken unterstützt. Dies gilt natürlich nicht für solche Nationalismen, die sich der Unterstützung durch die NATP erfreuen können wie jener der UCK im Kosovo, sehr wohl aber für jene, die den antiimperialistischen Risiko-Spielchen gegen die USA eingesetzt werden könnten.

Progressiver Nationalismus?

Dabei behaupten die UnterstützerInnen, daß diese "Befreiungsnationalismen" progressiv wären und gehen oft so weit, daß sie selbst Regime wie das iraqische unterstützen, wenn es nur einmal gegen die USA gerichtet ist. Daß die Opfer dieser Nationalismen diese gar nicht so lustig finden wie ihre österreichischen UnterstützerInnen zeigte nicht zuletzt das jüngste Volksstimmefest als es zu Auseinandersetzungen zwischen der Iraqischen KP und den Internationalen Solidaritätsforum kam, welches die Fahne jenes Bath-Regimes gehißt hatte unter dem die iraqische KP ebenso physisch vernichtet worden war wie die KurdInnen in Halabja.

Auch der angeblich so progressive Nationalismus der PKK zeigte schon lange vor der Verhaftung und Kapitulation Abdullah Öcalans sein wahres Gesicht. Bereits Monate vorher schwor er allen sozialistischen Ideen seiner früheren Jahre ab. Übrig blieb ein völkischer Nationalismus, der bereits seit Jahren auch immer wieder mit antisemitischen Einschlägen versehen ist und sich seit der Verhaftung des großen Führers der PKK nur noch in Unterwürfigkeit gegenüber dem militärisch stärkeren türkischen Nationalismus äußert.

Antiimperialistische Solidarität

Natürlich kann es auch "Nationale Befreiungsbewegungen" geben ,die auch durchaus progressive Inhalte vertreten. Schließlich waren im Zuge des Kampfes gegen den Kolonialismus und Imperialismus Europas und der USA auch besonders viele Linke auf der Suche nach einer eigenen nationalen Identität der Opfer dieses Kolonialismus in Afrika oder Lateinamerika. Ein solcher Nationalismus folgt dann zwar immer noch einem falschen, europäischen Konzept, ist aber sicher noch lange nicht mit einem deutschen oder österreichischen Nationalismus gleichzusetzen.
Solche "progressive NationalistInnen" sind dann aber nicht wegen ihres Nationalismus, sondern höchsten trotz ihres Nationalismus als fortschrittliche Kräfte anzuerkennen.
Eine kritische Solidarität mit diesen Bewegungen ist sicherlich möglich, von einer kritiklosen Verehrung solcher Gruppen haben aber weder sie selbst etwas noch ihre UnterstützerInnen. "Kritische Solidarität" kann durchaus den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele beinhalten, muß aber auch erlauben dort Kritik üben zu können wo Kritik zu üben ist.

Um solche Kritik zu verunmöglichen sind insbesondere von den österreichischen UnterstützerInnen verschiedenster Nationalismen aus dem Trikont immer wieder die Behauptungen aufgestellt worden, daß eine antinationale Kritik an Befreiungsbewegungen eurozentristisch und rassistisch wäre. Als Beispiel werden immer wieder einige Argumente der NationalistInnen selbst herangezogen und behauptet, daß diese die Meinung "des Trikont" wären und EuropäerInnen diese nicht zu kritisieren hätten. In Wirklichkeit gibt es jedoch im Trikont genauso linke Gruppierungen ,die sich gegen jeden Nationalismus wenden und gerade in den verschiedenen MigrantInnengruppen in Wien findet auch immer wieder Kritik an Nationalismus statt. "Die PalästinenserInnen" oder "die KurdInnen" gibt es eben ebensowenig, wie irgendwelche anderen homogenen "Völker".

Und da ist es eben sinnvoller mit jenen eine enge Zusammenarbeit zu pflegen, die als revolutionäre Linke auch eine Kritik an der Nation üben als mit NationalistInnen aus dem Trikont, die nicht allein schon deshalb gute NationalistInnen werden, weil sie arabische, kurdische oder afrikanische NationalistInnen sind.

Petra Meier

Struktureller Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik

Daß auch die Linke nicht vor mehr oder weniger offenem Antisemitismus gefeit ist, wurde auch bei uns schon des öfteren angesprochen und müßte mittlerweile bekannt sein. In diesem Artikel soll es aber nicht um diesen "offenen Antisemitismus" der Linken gehen, sondern um strukturelle Ähnlichkeiten verkürzter Kapitalismuskritik mit dem modernen Antisemitismus, die insbesonder in der Globalisierungsdebatte der letzten Jahre immer häufiger zu finden sind.

Juden und Geld

Bereits im Hochmittelalter - also noch vor der Entwicklung moderner, kapitalistischer Produktionsverhältnisse - wurden Jüdinnen und Juden immer wieder mit Geldgeschäften, mit dem "Abstrakten" im Gegensatz zur "konkreten, produktiven Arbeit" in Verbindung gebracht. Der "geistige Führer des Zweiten Kreuzzugs - der wie der Erste vor allem auch ein Kreuzzug gegen die Juden war - Bernhard von Clairvaux, ersetzte in seinen Predigten das Geldverleihen gegen Zinsen einfach mit dem Wort Judaisieren, lat. iudaicare."
Der traditionelle Antisemitismus des Mittelalters war damit nicht nur religiös bedingt, sondern auch bereits ein ökonomischer Antisemitismus. "Juden" wurden mit Geldgeschäften gleichgesetzt. Die Wut der Bäuerinnen und Bauern in den Bauernkriegen richtete sich nicht nur gegen Klöster, Grafen und andere Grundbesitzer, sondern auch gegen Jüdinnen und Juden. Kein Wunder, daß Jahrhunderte später sowohl die deutsche Arbeiterbewegung wie der deutsche Antisemitismus und seine extremste Form im Nationalsozialismus sich auf die Bauernkriege von 1525 als historische Vorläufer beriefen.
Diese Tradition setzt sich dann auch in der frühen Arbeiterbewegung bei Proudhon oder Lassalle fort. Proudhons Antisemtitismus betreibt erneut die Unterscheidung der Zirkulationssphäre von der Produktionssphäre. Bereits hier bleibt die Kapitalismuskritik in der Kritik der Zirkulation stehen. Jüdinnen und Juden werden mehr oder weniger offen mit der kritisierten Zirkulation in Verbindung gebracht.
Bei Marx sind zwar auch - insbesondere in seiner Schrift über die "Judenfrage" - antisemitische Positionen zu finden, zu einem in sich geschlossenen Antisemitismus kommt er jedoch nicht. Vor allem aber betreibt er keine grundsätzliche Abtrennung von Zirkulation und Produktion. Einer Zuschreibung von "Juden" in den Bereich der Zirkulation wird deshalb basierend auf Marx unmöglich.

Gesell, Schwundgeld und Tauschkreise

Auf den Theorien Proudhons basierend entwickelte der 1862 geborene Autodidakt Silvio Gesell eine Wirtschaftstheorie, die er in seinem 1911 erschienen Hauptwerk "Die natürliche Wirtschaftsordnung" niederschrieb. "Bei Gesell bedeutet Mehrwert Zinsen und Renten". Schon Proudhon habe behauptet, das "Problem liege in der Zirkulation, weil die Knappheit des Geldes Produktion und Austausch lähmten. Genauer gesagt seien es die Geldbesitzer, die dieses Tauschmittel horten, um Zinsen zu kassieren."
"Gesell fordert das Recht aller Arbeiter (gemeint sind [...] Kapitalisten und Lohnabhängige) am "gemeinsamen vollen Arbeitsvertrag", das heißt ohne Abzug von Zinsen oder Renten. [...] Durch den Wegfall der Zinsen und Renten würden sich alle Einkommen erhalten, verteilt wird "nach den Gesetzen des Wettbewerbs" gemäß dem Prinzip: "Dem Tüchtigsten der höchste Arbeitsertrag.""
Mit der Einführung eines "Schwundgeldes" will Gesell verhindern, daß Geld gehortet und Zins abgeschöpft wird. Das Geld verliert ständig an Wert und muß dadurch ausgegeben werden, heitzt also die Wirtschaft an. Gesell kritisiert ausschließlich den Geldkreislauf, die Produktion, das "schaffende Kapital" ist jedoch für ihn positiv besetzt.
Gesell löst in seiner Wirtschaftstheorie nicht nur zwei nicht wirklich trennbare Dinge voneinander, nämlich das "gute, produktive" (schaffende?) und das "schlechte, unproduktive" (raffende?) Kapital, sondern vertritt auch insgesamt immer wieder ein sozialdarwinistisches, eugenisches, rassistisches und offen antisemitisches Weltbild.
Seine letzten Lebensjahre verbrachte Gesell dann auch in der offen antisemitischen Kommune "Oranienburg-Eden". ""Außer vegetarischer Ernährung" heißt es im Programmheft von Eden 1917, "war zum "natürlichen" Leben in der alternativen Kommune "deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung." Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum."
Silvio Gesells Wirtschaftstheorie hatte in der Phase der Deflation in den frühen 30er Jahren in Österreich und Deutschland eine gewisse Bedeutung (siehe z.B. "Wörgler Experiment" des dortigen SDAP-Bürgermeisters) und wurde von Anfang an zu einem Einfallstor von antisemitischem und faschistischem Gedankengut in die Linke.
Nach 1945 bekamen die Freiwirtschafts-Gruppen in der Nachfolge Gesells ihre Bedeutung aus den 30er Jahren nicht mehr zurück, existierten aber weiter und

beteiligten sich sowohl in rechtsextremen Bewegungen, wie in christlichen Gruppen, Teilen des Anarchismus (z.B. Karin Kramer Verlag) oder dem Aufbau der Ökologiebewegung und der Grünen.
Eine größere Bedeutung erreichten sie aber erst wieder in den letzten Jahren, als nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" viele Gruppen auf der Suche nach anderen Alternativen zum Kapitalismus auf die vermeintlich antikapitalistische Alternative von Gesells "Freiwirtschaft" stießen.
Auf dieser Theorie Gesells beruhen sowohl diverse Tauschringe und Schwundgeldexperimente, wie das etwas modernisierte LETS-System.
Da die AnhängerInnen Gesells immer behaupten ihre Wirtschaftstheorie wäre "unpolitisch", eine reine Wirtschaftstheorie die unabhängig von den anderen politischen Einstellungen ihrer Akteure funktioniert, wird sie oft einem Einfallstor für antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut in die Linke. Gesells Freiwirtschaftslehre ist einer jener Punkte wo die neurechte Strategie eines crossovers von rechts und links vermehrt funktioniert.
Der Antisemitismus kommt dabei nicht primär über den offenen Antisemitismus ihres Gründers und seiner Umgebung, sondern über die verkürzte Kapitalismuskritik der FreiwirtschaftlerInnen. Wenn nur der Geldkreislauf kritisiert wird und die grundsätzliche Gleichheit von "produktivem" und "Finanzkapital" nicht gesehen wird, wird dies gepaart mit der traditionellen Gleichsetzung von "Juden" mit "Finanzkapital" zu einem Einfallstor für offenen Antisemitismus.

Personifizierung des Kapitalismus

Aber auch in der traditionellen, marxistischen, anarchistischen und feministischen Linken finden sich oft massive strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Weltbild des Antisemitismus.
Insbesondere die Personifizierung des Kapitalismus führt oft zu diesen Strukturellen Ähnlichkeiten. Im traditionellen Bewegungsmarxismus wird nicht versucht, "die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Totalität zu bestimmen und aufzuheben, sondern lediglich ein Moment innerhalb dieser Konstellation vertreten das in antagonistischem Widerspruch zur Gesellschaft steht und dem zu "seinem Recht" verholfen werden soll. Die Kategorie Wert, die das Kapitalverhältnis konstituiert, bleibt außerhalb jeder kritischen Betrachtung und erscheint lediglich in der Figur des Mehrwerts, der vom Kapitalisten bzw. der Kapitalistin einbehalten wird, also als grundsätzlich positive Kategorie, die es sich anzueignen gilt."
Es wird also nicht primär der Kapitalismus bekämpft, sondern die Kapitalisten. In diesem Weltbild steht einer "bösen" KapitalistInnenklasse eine "gute" ArbeiterInnenklasse gegenüber und es genügt, wenn die ArbeiterInnenklasse der KapitalistInnenklasse das Kapital und die Produktionsmittel entreißt. In der konkreten politischen Arbeit dieser Gruppierungen heißt das dann, daß es genügt sich auf die Seite der ArbeiterInnenklasse zu stellen und ihr zu ihrem Recht zu verhelfen.
Wiederum wird nur die Sphäre der Zirkulation und nicht jene der Produktion hinterfragt, Kapitalismus nur als "Verteilungsproblem" wahrgenommen, in dem einige "bösartige Reiche" den "armen Ausgebeuteten" ihren gerechten Lohn vorenthalten. Dieselbe Argumentationsweise findet sich aber nicht nur in der klassischen Linken, sondern auch in einer Reihe von KonzernbekämpferInnen aller Art. Da wird etwa Mc Donals als Einzelfeindbild bekämpft, gegen das Kundgebungen und Demonstrationen organisiert werden. Niemand kommt auf die Idee, daß Mc Donalds nur die erfolgreichere Variante von Schnitzelhaus Pizza Hut und dem Würstelstand um die Ecke darstellt.
Daß das Unrecht nicht Systemcharakter ist, sondern Namen und Adresse hätte - der Kapitalismus also nichts anderes wäre als eine Verschwörung bösartiger Reicher - ist ein alter Mythos breiter Teile der Linken.
"Welchen Namen und Adresse diese ominöse allgegenwärtige Macht trägt, die stellvertretend für die Schattenseite der Moderne steht, war nicht erst für die Nazis, sondern bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert für eine breite gesellschaftliche Strömung eine ausgemachte Sache: "Die Juden sind unser Unglück" (Treitschke)"

"Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"

Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" spielte nicht nur in den Leninistischen KP´s, den K- und Antiimp-Gruppen der neuen Linken eine wichtige Rolle sondern hinterließ seine Spuren auch in vielen Teilen jener Linken die sich nicht auf Lenin berufen oder diesen auch dezidiert ablehnen. Gerade in der MAI- und Globalisierungs-debatte spielten Argumente der leninistischen Imperialismustheorie mehr oder weniger versteckt eine wichtige Rolle.

Lenin interpretiert dabei "den historischen Übergang zum Aktienkapital als eine qualitative Veränderung des Kapitalismus: als Ablösung des freien Konkurrenz- durch den Monopolkapitalismus, der durch einige wenige "Finanzoligarchen" kontrolliert werde und in dem das "blinde Wüten des Wertgesetzes" partiell aufgehoben sei. Dies sein durch das bürgerliche Kreditwesen verursacht, welches sich die ganze Produktion unterwerfe und seinen verwerflichen Zielen zunutze mache."
Für Lenin ist das Zinskapital nicht wie für Marx die "fetischartigste Form" des Kapitals, sondern ein "unmittelbar personalistisch verstandenes Herrschaftsverhältnis"
Bei dieser vermuteten Allmacht der "Finanzoligarchen" in einem Monopolkapitalismus wird sehr schnell die Parallele zu Verschwörungstheorien der Rechten sichtbar. Die Attribute die dem "internationalen Finanzkapital", der "Finanzoligarchie",... zugeschrieben werden sind fast 1:1 die selben die von AntisemitInnen den Juden zugeschrieben werden: Allmacht, Globalität, Böswilligkeit, Klandestinität,...
Und so stellen sich AntisemitInnen die Welt ganz ähnlich vor: überall sehen sie "Bonzen" und "Parasiten" am Werk, die das Volk ausbeuten und der Internationalisierung preisgeben, weil sie nur den kurzfristigen Profit der Finanzkapitalisten und nicht das Allgemeinwohl im Auge hätten, daß also "das internationale Finanzkapital über die regierenden Systemparteien an der Zerstörung von Sozialstaat und Kultur [...] arbeitet."

Globalisierung und MAI

Das verkürzte Kapitalismusverständnis Lenins mit seinen Parallelen zum modernen Antisemitismus kommt jedoch nicht nur in leninistischen und antiimperialistischen Gruppen vor. Gerade in der jüngsten Debatte um das MAI-Abkommen und die "Globalisierung" werden ähnliche Verkürzungen und damit verbundene Parallelen zu antisemitischen Weltverschwörungstheorien wieder modern. Der Nationalstaat ist plötzlich auch für Linke wieder verteidigenswert geworden. Wenn nicht nur Helmut Schmidt den Nationalstaat gegen den "globalen Irrsinn" der "heißen Spekulanten" und deren "Raubtierkapitalismus" verteidigt, sondern selbst der "Anarchist" Noam Chomsky oder eine breite Front von MAI-GegnerInnen, dann haben verkürzte Kapitalismuskritik und Verschwörungstheorien einmal mehr die Hegemonie in der Linken errungen.
Wieder einmal wird Spekulation nicht als etwas begriffen, das jeder und jede im Kapitalismus betreiben muß, da sie "zu den tagtäglichen Erledigungen aller Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft" gehört, sondern als etwas das nur von den "bösen Spekulanten" betrieben wird.
Dabei ist "jede Marktkalkulation [...] eine Spekulation.

Bei der Börsenspekulation ist das nur am meisten einsichtig, weil dort die Verwertung in ihrer abstraktesten Form (G-G´) auftritt, scheinbar jeder stofflichen Verunreinigung enthoben."
Mit der Unterscheidung von Finanzkapital und produktivem Kapital, von Spekulanten und Nichtspekulanten können jedoch Schuldige ausgemacht werden, kann wieder einmal die Wut über den Kapitalismus zu einer Wut auf bestimmte Bösewichte umgewandelt werden. Proteste wie die jüngsten in Seattle bleiben deshalb letztlich so lange auf halbem Weg stecken, so lange sie einzelne Kapitalisten - oder gar weltverschwörerische Welthandelsorganisationen - angreifen, aber nicht zu einer Kritik des Kapitalismus als System finden. Es ist damit nicht wirklich verwunderlich, daß sich im Widerstand gegen die WTO nicht nur linke, sondern auch rechtsextreme GlobalisierungsgegnerInnen auf der selben Seite der Barrikade finden.
In Karrikaturen werden die der Globalisierungskritik latent innewohnenden Weltverschwörungstheorien schon manifester. Die alles umschlingende Krake versucht die ganze Welt zu verschlingen und erhält allerorts Gegenwehr der "produktiven" Arbeiter,...
Auch wenn Weltverschwörungstheorien der Linken ohne "Weltjudentum" oder "Freimaurer" auskommen, sind die Eigenschaften die dem "Finanzkapital" zugewiesen werden von frappierender Ähnlichkeit. Ein manichäisches Weltbild mit "Guten" und "Bösen" das diesen "Bösen" antisemitisch konnotierte Eigenschaften und Begriffe zuordnet wird so auch ohne offenen Antisemitismus zu einem strukturellen Antisemitismus, der letztlich schneller zu offenem Antisemitismus werden kann, als mensch es für möglich halten mag.
"Wenn schon in Malaysien, also einem Land, in dem der Antisemitismus nie eine nennenswerte Rolle gespielt hat, die Landesregierung im Zusammenhang mit dem laufenden Finanzcrash die Mär vom jüdischen Geldkapital aus dem Hut gezaubert hat, was ist dann erst in Weltregionen zu erwarten, in denen das antisemitische Ressentiment auf eine ganz andere Vorgeschichte zurückblicken kann?"

Thomas Schmidinger

Krieg als langfristige Zerstörung von Lebensgrundlagen

Generell, egal ob die Menschen in Österreich die NATO-Bomardements gegen Jugoslawien unterstützten oder dagegen auftraten, bestreitet niemand die schweren Schäden, die das Bombardement der jugoslawischen Industrie und Infrastruktur zugefügt hat. Aber dies stellt nicht die einzige Folge der NATO-Bomben dar. Die Bomben verursachten auch eine ökologische Katastrophe, die nicht nur die Bundesrepublik Jugoslawien, sondern die gesamte Region in Mitleidenschaft zog. In sehr geringem Ausmaß sogar Österreich.
Dieser Artikel versucht einige Änderungen in der ökologischen Situation in Jugoslawien aufzuzeigen und die Menschen hierzulande an einen weniger bekannten Aspekt des NATO-Bombardements auf das tägliche Leben in der Bundesrepublik Jugoslawien zu erinnern.

Brennende Raffinerien

Eine der bestbekannten Geschichten über die ökologischen Schäden, ist jene über die Öl-Raffinerien. Es gibt in Jugoslawien zwei Öl-Raffinerien, in Pancevo und Novi Sad. Novi Sad ist die drittgrößte Stadt des Landes und Pancevo liegt nur 19 km von der Hauptstadt Belgrad entfernt. Alle beide Städte liegen an der Donau und beide Raffinerien wurden während des Krieges bombardiert. Die Folge davon waren Großbrände, die gewaltige Wolken mit toxischem Rauch verursachten. Relativ viel Öl wurde auch in die Donau gespült und sorgte dort für ein Massensterben unter der Flußfauna. Da ich während des Bombardements in Belgrad war, weiß ich nicht genau wie in Novi Sad und Pancevo auf den toxischen Rauch reagiert wurde, aber nach dem Bombardement der Raffinerie in Pancevo, wurden in Belgrad alle BewohnerInnen gewarnt die Fenster zu öffnen und angewiesen das Radio einzuschalten, da dieWolken sich in Richtung Belgrad bewegen könnten. Die Reinigung der Donau wurde durch die weiteren Bombardements erschwert.
Die NATO bombardierte die Raffinerien jedoch nicht nur um sie in Brand zu setzen, sondern bombardierten sie ständig, speziell in Novi Sad. Einmal waren fünf oder sechs Raketenangriffe auf die Raffinerie von Novi Sad, jeweils im Abstand von ca. einer Stunde.
Praktisch bedeutete dies, daß die Rettungsmannschaften und Feuerwehren getroffen werden sollten, die die Verwundeten aus der Raffinerie trugen. Ich kann mich erinnern an mindestens sieben verschiedenen Tagen von Bombardements der Raffinerie in Novi Sad gehört zu haben.
Ich weiß nicht, ob irgend jemand die Verschmutzung der Donau nach diesen Bombardements gemessen hat, jedenfalls wurden solche Ergebnisse nie veröffentlicht. Viele große Städte flußabwärts - auch in Rumänien, Bulgarien und vielleicht sogar in der Ukraine - hängen in ihrer Wasserversorgung von der Donau ab
Die NATO versuchte auch alle Benzinlager außerhalb der Raffinerien zu treffen, um zu "sehen wie gut serbische Panzer ohne Benzin funktionieren." Natürlich verursachte jedes zerstörte Benzinlager ebenso toxischen Rauch. Als etwa eine Rakete das Benzinlager im belgrader Vorort Zeleznik traf, wurden alle BewohnerInnen von Zeleznik und Zarkovo evakuiert und alle anderen BewohnerInnen Belgrads dazu aufgefordert ihre Fenster zu schließen.
Normalerweise werden während der Bombardements die Fenster geöffnet um Verkletzungen durch in Kleinstscherben zerlegte Fenster, die der Druck in die Zimmer jagt zu verhindern. Der Großteil der Verletzungen, die die BewohnerInnen Sarajewos während des Bosnischen Krieges erlitten, kam durch solche zerschmetterten Fenster zustande. Bei geöffneten Fenstern können die Druckwellen der Bomben hingegen weniger anrichten.
Die von den USA propagierte Strategie des ÖL-Embargos - obwohl sie Milosevic teuer kam - war in jedem Krieg in dem sie bisher angewandt wurde unwirksam, da Nachbarregierung - in diesem Fall das NATO-Mitgleid Ungarn - immer Willens sind für entsprechende Preise Benzin und alle anderen Ölprodukte und das boykottierte Land zu schmuggeln.
Ich kann mich an Jugopetrol-Tankwagen erinnern, die noch eine Woche nach der Verhängung des Embargos in Rumänien gefilmt wurden. Auch über andere Schmugglerwege - etwa die Donau - konnte mit Bestechung der Grenzbeamten immer Öl und Benzin eingeführt werden. Das einzige Resultat des Embargos war, daß Benzin und Öl für die einfache Bevölkerung extrem teuer wurde. Die Regierung gab zwar Bezugsscheine aus, die nicht verkauft werden durften, aber es gab zu wenige Tankstellen an denen überhaupt noch Benzin erhältlich war. Nur zwei große staatliche Ölkonzerne hatten Importgenehmigungen. Die kleinen Geschäftsleute konnten nur überleben, wenn sie regierungsfreundlich waren und die richtigen Leute bestachen. Wenn also das Öl-Embargo nur die Folge hatte, daß sich die Benzinpreise erhöhten und das ökonomische Monopol der Milosevic-Clique ausgebaut werden konnte, könnte sich die NATO wohl nur damit rechtfertigen, daß die besten Geheimdienste der Welt keine Ahnung über die Situation hatten.

Bombardierung der chemischen Industrie

Ich erwähnte zuvor die Verschmutzung der Gewässer.

Eine weitere Ursache für diese Vergiftung der Flüsse bildete das Bombardement der chemischen Industrie und von Lagerstätten gefährlicher Chemikalien. Vor denn NATO-Angriffen war das wichtigste Zentrum der chemischen Industrie in Jugoslawien im bereits erwähnten Pancevo. In Pancevo bombardierte die NATO eine Reihe verschiedener Industrieanlagen und -depots, die entweder mit gefährlichen Substanzen arbeiten oder diese lagern. Die jugoslawischen Medien berichteten aufgrund der Zensur relativ wenig darüber. In Wirklichkeit hätte die Verseuchung von Pancevo zur Evakuierung der Bevölkerung führen müssen. So eine Evakuierungsverordnung wurde auch tatsächlich für einen Tag von der Jugoslawischen Armee ausgeführt, aber schon am nächsten Tag wurde Order erlassen, daß jedeR zurückkehren könne. Die meisten BewohnerInnen der Stadt hatten keine andere Möglichkeit und kein Geld irgendwo unterzukommen.
Ich las im Internet einen Artikel eines Journalisten, welcher im Juli oder August nach dem Bombardement in Pancevo war. Er befrage die Fischer, welche ihm die Auskunft erteilten, daß die wenigen Fische die sie lebend fingen durchscheinend und von rötlicher oder gelblicher Farbe waren mit Augen "boulging, like the eyes of junkies". Sein Führer brachte ihn zu einigen Chemiefabriken, bei denen eine Reihe unmarkierter und unbewachter Becken mit Chemikalien herumstanden, die meisten davon mit einer gelben Farbe. Der Artikel führt weiters aus, daß über der Stadt ein seltsamer Gestank gelegen hätte, den die Bevölkerung sonst nicht gewohnt wäre.
Durch Pancevo fließt nicht nur die Donau, sondern auch zwei kleinere Flüsse die direkt mit dem Grundwasserspiegel verbunden sind. Aus all dem läßt sich schließen, daß giftige Chemikalien in die Flüße und in das Grundwasser gekommen sind, ein Grundwasser das zigtausende Menschen mit Trinkwasser versorgt und eine große Zahl bedrohter Tier- und Pflanzenarten enthielt.

Giftgas in den Flüßen

Ebenso in die Donau gingen die Chemikalien der "Prva Iskra - Baric" - Fabrik im Vorort Baric, 20 Kilometer südwestlich von Belgrad. In der Fabrik wurde Giftgas der Jugoslawischen Armee gelagert. Einer der Lagerbehälter wurde eines Nachts bombardiert oder eine Rakete wurde ganz in die Nähe des Behälters geschossen um Panik auszulösen und einige Techniker und Feuerwehrmänner mit dem Giftgas zu konterminieren. Wenn der Wind wie üblich in Richtung Belgrad geblasen hätte und der Tank direkt getroffen worden wäre, hätte das Giftgas direkt die Stadt erreichen können und die Hälfte der 1 Million BewohnerInnen Belgrads töten oder zumindest schwer vergiften können. Eine ähnliche Taktik - giftige Chemielager zu bombardieren - wurde auch in Pancevo angewendet.
Das Leck in den Behältern von Baric wurde noch in der Nacht des Bombardements repariert, aber die dortigen Arbeiter entschieden, daß es wesentlich sicherer wäre die ganzen Kampfstoffe in den Fluß Save zu pumpen. Dabei liegt 15 km flußabwärts die Pumpstation die Belgrad mit Trinkwasser versorgt und weiter 5 km später fließt die Save in die Donau. Die Chemie, die in die Save gepumpt wurde konnte durch den Geschmack oder Geruch des Wassers nicht festgestellt werden und es war auch nicht möglich das Wasser zu reinigen. Die wichtigen Personen wurden gewarnt und es wurde ihnen auch erlaubt ihre engsten FreundInnen und Familien zu warnen das Wasser für eine Woche lang nicht mehr zu trinken und sich nicht damit zu waschen. Sie wurden angewiesen Mineralwasser dazu zu benützen. Die einfache Bevölkerung wurde jedoch nicht informiert und wußte nicht was für Wasser sie da trank. All das hat sich in der zweiten Hälfte des Mai ereignet. Was ich von Leuten mit Haustieren gehört habe, haben die meisten Hunde mit großen Schmerzen überlebt, aber alle Leute die Vögel oder Fische hielten berichteten, daß diese innerhalb einer Woche starben. Die gehaltenen Fische starben alle nachdem ihr Wasser gewechselt worden war. Zwei Bekannte von mir mit empfindlicheren Mägen hatten die ganze Woche über Magenschmerzen. Wenige Tage nach dem Ende dieser Woche veröffentlichte die regierende Partei eine Studie, daß keine Verseuchung des Wassers in Belgrad festzustellen sei. Die Meßdaten dazu wurden genau nach dieser einw_chigen Frist genommen.

Der größte Fluß Jugoslawiens ist die Donau, der zweite die Save, der dritte die Morava, die durch den Zusammenfluß der westlichen und östlichen Morava gebildet wird. An der westlichen Morava liegt die kleine Stadt Lucani, zwischen Uzice und Cacak. Auch in Lucani wurde die Industrie bombardiert was auch hier zum Austritt von Chemikalien in den Fluß führte. Ich weiß, daß einige Menschn in den Dörfern entlang der westlichen Morava starben nachdem sie sonst völlig sauberes Wasser getrunken hatten. Nach diesen Toten gingen einige Offizielle herum um die Dorfbevölkerung zu warnen das Wasser zu trinken. Meine Großmutter hat einen Bauernhof in einem solchen Dorf in der Nähe des Flußes und auch sie wurde so gewarnt.

Wetter

Für ihr Bombardement verwendete die NATO sehr viele lasergesteuerte Waffensysteme und Satelliteninformationen. Die Zielgenauigkeit der lasergesteuerten Waffen ist bei Regen und Nebel stark reduziert. Dies ist unter Umständen einer der Gründe warum nicht bereits im Oktober 1998 mit dem Bombardement

Jugoslawiens begonnen wurde, obwohl die NATO-Representanten ständig damit drohten.
Es verwundert bei der Lektüre der Invasionspläne wie viel Wert auf das Wetter gelegt wird. Aber die NATO wußte, daß Jugoslawien in den Achzigerjahren nicht nur ein wichtiger Waffenexporteur war, sondern auch eine starke Armee besaß, die das blockfreie Land eisern sowohl gegen Gefahren der NATO wie des Warschauer Paktes verteidigte.
Die NATO verstand, daß sie gutes Wetter für einen befriedigenden Sieg über Jugoslawien benötigte. Aber durch den Rauch und Smok der Bomben war das Wetter ganz entgegen der üblichen Wetterlage während dieser Jahreszeit ständig bewölkt. Die NATO schossen Gegenstände aus Silber und einigen anderen Materialien in die Wolken um diese zum regnen zu bringen. Bisher ist jedoch nicht genau bekannt was für Technik dabei wirklich angewandt wurde und die NATO weigert sich darüber Auskünfte zu erteilen.
Eine andere Ursache der Wetterveränderungen stellt die Tatsache dar, daß ständig NATO-Flugzeuge über Jugoslawien flogen und Tonnen an Treibstoffe in die Athmosphäre bliesen. Dadurch entstand über dem Balkan ein eigenes Ozon-Loch, das sich angeblich in Richtung Nordwesten bewegt, also in Richtung Österreich und die EU.
Im späten Mai und in der ersten Hälfte des Juni konnte ich ein sehr seltsames Wetter beobachten. Es existierten nicht nur die unüblichen Hochwolken, sondern ebenso ständige Lichtblitze im bewölkten Himmel. Normalerweise, wenn es um Belgrad blitzt kann ich diese sehen oder zumindest erraten wo sie gerade sind. Aber diese Lichtblitze sahen nicht aus wie normale Blitze. Mindestens viermal kann ich mich erinnern, daß diese Lichtblitze von einem undefinierten Platz kamen. Mindestens der halbe Himmen wurde von diesem Lichtblitzen erfüllt. Die eizige logische Erklärung dafür wäre, daß sehr starke Blitze von weit her kamen, aber dann wäre der Donner nicht so stark gewesen. Vielfach kam es außerdem zu Ausfällen der Radioübertragung. Den Großteil des August verbrachte ich aber in Rumänien auf dem Ecotopia-Camp wo ich auch die Wetterveränderungen in den Nachbarstaaten Jugoslawiens beobachten konnte.

Uran-Geschosse

Die NATO verwendete während ihres Bombardements ständig Depleted Uranium (DU)-Geschosse aus abgereichertem Uran. Solche DU-Geschosse werden nicht verwendet, weil sie das beste Material für panzerbrechende Waffen,... darstellen, sondern weil sie es den Atomkraftwerken erlauben auch noch ihren nuklearen Müll den eigenen Staaten zu verkaufen, anstatt für die Entsorgung des Mülles zu bezahlen.
Atomkraftwerke benützen angereichertes Uran für ihren Betrieb. Abgereichertes Uran ist ein Nebenprodukt dieser Anreicherung, mit anderen Worten: unnützer Abfall der irgendwo gelagert werden muß Die Art der Entsorgung als DU-Geschosse bedeutet, daß mit jedem DU-Geschoß gefährliche radioaktive Partikel in den Boden, die Luft und das Wasser gelangen.
In größerem Ausmaß wurden DU-Gschoße bisher in den Kriegen der NATO gegen den Irak und Jugoslawien eingesetzt. Im Irak konnten zuerst die Folgen der DU-Geschosse nicht leicht erkannt werden. Nach den DU-Explosionen wurden die mikroskopisch kleinen radioaktiven Partikel in den Wind, das Wasser,...getragen. Über den Boden gelangten sie in die Nahrungsmittel und über die Flüße und das Grundwasser in das Trinkwasser der Menschen. Die Konsequenzen daraus sind noch immer unabsehbar. Wie wir aus Hiroshima, Nagasaki und Tschernobyl gelernt haben, zeigen sich die wirklichen Schäden erst nach einer Generation. Seit dem US-Bombardement gegen den Irak hat sich der Anteil an Krebskranken unter der Bevölkerung des Irak insbesondere unter den Kindern massiv vergrößert.
Ich kann mich noch an die Fotos erinnern, die mir ein DU-Experte am Ecotopia-Camp diesen Sommer gezeigt hat, speziell zwei Fotos von Kindern, die solche radioaktiven Partikel irgendwie in den Körper aufgenommen haben. Eines der Kinder hatte einen großen Tumor im Magen mit einem rot infizierten Punkt an der Stelle an der sich der Partikel befand.
Gegen Jugoslawien - inclusive des Kosovo - setzten die Luftwaffen der NATO-Staaten mehr DU-Geschosse ein als sie zählen können. Jemand erwähnte etwas von etwa 37.000 DU-Sprengköpfen Auf Anfragen bei US-Offiziellen wurde geantwortet, daß diese Waffen ständig benutzt würden und niemand mitzählen würde.
Die jugoslwische Bevölkerung wußte zwar während des Krieges über die Verwendung der DU-Geschosse, wurde aber über die Konsequenzen völlig im Dunklen gelassen.

Um die Verseuchung des Landes festzustellen, ließ die jugoslawische Regierung ein UN-Team in das Land, welche zwar erhöhte Beta- und Gammastrahlung messen konnte, diese aber als "tolerierbar" einschätzte. Die Alphastrahlung, welche bei DU-Waffen den größten Anteil der freigesetzten Radioaktivität ausmachen, wurden jedoch nicht gemessen. Dieselbe UN-Kommission hatte bereits zuvor die chemische Verseuchung als "Tolerierbar" bezeichnet, obwohl einige Chemikalien in der zehnfachen Konzentration der von der UNO definierten Grenze der Gesundheitsgefährdung gemessen wurden.

Auch die Fauna Jugoslawiens wurde von diesem Krieg in Mitleidenschaft gezogen. Wie jeder Zooangestellte in

Belgrad bestätigen kann machten die Bomben Tiere verrückt. Wildlebende Tiere flohen zu tausenden aus Jugoslawien und insbesondere aus dem Kosovo.

Quo vadis Jugoslawien?

Das Ölembargo für Jugoslawien tut sein übriges. Die größte Stadt Jugoslawiens, Belgrad ist nicht im Programm "Energie für Demokratie" und bekommt damit auch im Winter keine Heizmaterialien, kein Öl, kein Benzin. Das NATO-Bombardement zerstörte das Fernwärmeheizkraftwerk, das fast die Hälfte der Stadt mit Wärem versorgte. Offiziell ist Belgrad nicht im Programm, weil es von der Serbischen Erneuerungsbewegung Vuk Draskovics regiert wird, welche Milosevic unterstütze. Dann stellt sich allerdings die Frage warum der Westen Draskovic immer noch als Oppositionsführer betrachtet. In Wirklichkeit hatten viel mehr BelgraderInnen für die sogenannte "demokratische Opposition" gestimmt, als etwa in Pirot, das sich auf der Liste der Öllieferungen des Westens befindet. Dahinter steht der Gedanke die Bevölkerung zur Wahl prowestlicher Parteien zu bewegen. Es ist jedoch eine Illusion, daß die Bevölkerung nachdem die NATO das ganze Land zerbombt hat ausgerechnet jene Parteien unterstützen soll, die von jenen unterstützt werden, die das Land zuvor zusammengebombt haben.

Aber unter Umständen ist es gar nicht so ein einheitlicher Wunsch des Westens Milosevic loszuwerden. Schließlich stellt seine Existenz den besten Grund dar offizielle und inoffizielle EU-US-Protektorate wie Bosnien, Kosovo oder Mazedonien in der Region besetzt zu behalten. Viel wahrscheinlicher ist eine langfristige neuerliche Eskalation der Konflikte in der Region, etwa in Montenegro wo Milosevic bereits ihm ergebene Paramilitärs ausrüsten läßt. NATO und Milosevic gemeinsam könnten hier einen neuerlichen Krieg produzieren.
Kriege werden benötigt, da die US-Regierung noch lange nicht alle DU-Geschosse verbraucht hat. Eine Änderung der Regierung in Belgrad und eine erneute Verlagerung des Interventionsspielplatzes vom Balkan in den Mittleren Osten würde eine Beruhigung des Balkan erlauben, ist zur Zeit aber unwahrscheinlich Die USA haben schon einmal gezeigt, daß sie einen destabilisierten Balkan wollen, da sie Milosevics Machtergreifung voll unterstützt haben, ganz so wie jene Saddam Husseins im Irak.
Logischer wäre ein neuerlicher Krieg in Montenegro und dann könnten später auch noch SeparatistInnen in der Vojvodina mit Geld und Waffen unterstützt werden.

Mihajlo Acimovic

"Der Schoß ist fruchtbar noch..."
NSDAP (1920-1933) – FPÖ (1986-1998)
Kontinuitäten, Parallelen, Ähnlichkeiten
Broschüre, 120 Seiten, 70 ÖS

GAJ
T: 01/521 25 242
F: 01/526 9119
e: gaj@ccc.at

Die Folgen der Bomben auf Jugoslawien

Während in den bürgerlichen Medien der NATO-Krieg gegen Jugoslawien kein Thema mehr ist, leidet die Bevölkerung in Serbien, im Kosovo und in Montenegro immer noch unter den Folgen von Krieg und Nationalismus. Um nicht nur immer von Außen über die Situation zu berichten führte für diese Nummer Thomas Schmidinger im Dezember ein Interview mit dem linken Oppositionellen und Antinationalisten Mihajlo Acimovic aus Belgrad.

How was the situation for the ordinary people in Yugoslavia during the NATO-bombing?

Very difficult for the common people. The bombing caused more than 2000 registered civilian casualties. But that is only the nuimber of dead civilians that the Yugoslav government had allowed us to know about. The real number could be bigger. The government has consistently tried to cover up the real cosequences of the bombing. Possibly, they are afraid that if people knew how hard the real consequences were, there would be a lot more resistance againt the government and a lot less people continuing to do their unpayed jobs, while the society falls apart around them.
A good example is the approach toward ecological damage. Normally, you could expect the Yugoslav government to try and use the serious ecological consequences, to apply media pressure on NATO countries and improve it`s diplomatic position. What we had instead, was a government trying to prevent it`s population and everybody else, from founding out what the real situation was.

Beside the direct consequences of the bombs, the people of Yugoslavia also suffered - or still suffer - under the ecological catastrophe the bombings caused. Can you tell us how you felt the destructions of the ecology in this war?

You mean how it influenced me personally? I was living in downtown Belgrade at the time of the bombing, so I probably didn`t feel the ecological cosequences so much. Unlike other areas, the center of Belgrade was mostly spared from the environmental mess during the bombing. During the first days of the bombing, NATO missiles did hit some very dangerous things in several Belgrade suburbs and entire neighbourhoods were evacuated because of that. The most dangerous place, which the government had allowed people to know about, was abig missile fuel depot, south of the city center. The night when that was hit, I was hiding in the appartment of a friend. I didn`t want to be at home, because I thought somebody might come for me. I wasn`t about to guess if it would happen or not. There was always a possibility of the military police breaking into people`s appartments at night, like in `91 and `92, taking the military aged men to war. And there were also the organised nazis. I mean the Serb ones. There are generally two kinds off nazis in Serbia. One are big Serbs. They think Hitler was a smart guy, but unfortunately on the wrong side. The others think Hitler was their man. So, I thought it was safer to be out of home, at least for a while. I was at this friend`s appartment and we were listening to radio. First there were some explosions shaking the building, then the air alarm. Then more explosions. When the air alarm had just stopped, the radio started saying Belgrade should prepare for the heaviest bombing so far, because some radar had spotted a lot of planes coming our way. That night, they were coming in in waves. One hour of explosions, one hour of silence. After a while, the radio reported some dangerous things were hit in Zemun and Zeleznik (city areas). Some cousins of my friend called to say that they were being evacuated from some areas and a little later, the media were passing on the order for all people to close their windows and stop ventilation. They were telling us to be prepared for a possible evacuation. Late in the night, the radio said everyone is ordered to go to shelters, without explanation. Later I heard rumours about some other dangerous thing that was hit far from where I was, in the Zemun neighbourhood. I don`t know about that, but it seems the rumours were not true. I remember around 2 am that night, the radio said the wind was blowing away the cloud from that southern place, away from Belgrade and dispersing it.

What about the drinking-water for the people in Belgrade?

Somewhere in the second half of May, the NATO bombed a chemical factory in Baric. They deliberately scratched a tank containing combat poison. The leak was stopped, but the factory management calculated the possible consequences if the tank was hit. If it was hit directly, the poison, would make a cloud and the wind from Baric notmally blows straight into most of Belgrade. They decided it was safer to dump it into the Sava river. Belgrade city gets almost it`s entire drinking water supply some 15 Km downriver and a few Km after that, the Sava goes into the Danube. I found out about it >from my girlfriend. Her uncle, an army general, had called her family, to tell them that they should not drink or bathe with the tap water, for a week. He told them to use mineral for drinking, instead. Nobody told the rest of the people about this.

Even if they were told, I don`t think the government could had responded properly. All the cisterne trucks were being used for gasoline storage and there was not enough mineral water production, to sustain one million people for a week. That week, a lot of birds, fish and other pets suddenly died, while a lot of dogs and some people with more sensitive stomachs, had strong stomach akes and some of them also nausea. A few days after the one week had passed, some ruling party branch had a press release, saying that the
claims of Belgrade water being poisoned were completely false and that they had a water analysis to prove it. Their press release said the water analysis was from a date after that one week had passsed. Even so, the laboratory report wasn`t published anywhere.

You spoke about serbian Nazis? Are they stong and politically organised or just Skins who are only of a physical danger?

There are skinheads in Serbia, but not very many of them and they are not organised like in, say, Czechia. In Serbia, it is a bunch of people with no real ideological background, except violence for violence. There was an upsurge in their numbers in 96 and 97, but now, there aren`t many left and a lot of those have changed their ideology, so they are skinheads only by name. I was really afraid of the Serb Radical Party people. This party still has a paramilitary of it`s own, the Serb Chetnick Movement. They have weapons and experience with eliminations, ethnic cleansing, etc. They are also in the government of Serbia, since 1997. The police tolerates or supports what they do. If they came for me, I don´t think anybody would had reacted to protect me.

Now it´s winter in Belgrade. How are the living conditions for people in Yugoslavia after all the destruction?

The last I heard from Belgrade was two days ago. They had electricity every two hours and every two hours, no. NATO destroyed the electricity production and the government doesn`t want to import it. There is no central heating, because there is no heating oil. Also, the NATO destroyed a water heating plant, which supplied almost 500 000 people in Belgrade with heating, so even if there was fuel, not all people would have it. In Nis city, the police have taken over the heating plant on their own and are using the heating fuel from the federal reserves. It has been snowing in the end of November and now I think it is snowing again. I am very worried how it is for the youngest children. If there was at least electricity, electric heating equipment could be used. I think it will not get better. There are some government people, who have a monopoly on oil imports. They are happy with the shortages, because everyone must buy in the black market then, at higher prices. Otherwise, it is not a problem to smuggle in all the fuel you need, if those people support the action.

During the war against Yugoslavia there were a lot of manifestations in Vienna. Most of them were dominated by serbian nationalists. You could see a lot of serbian flags. Some carried posters of Milosevic and some demonstrants were even seen in Cetnik-Uniforms. Also many groups of the austrian left - from the RKL or the KOMAK to the KPÖ supported them. What do you think about such a "international solidarity"?

It sort of reminded me of the Chinese demonstrations in Belgrade, after the Chinese embassy was hit. I didn`t get a chance to see those demonstrations in Vienna often, but I did speak to some of the people organising. The demonstrations seemed very uncreative. There was one person with a very loud megaphone, dominating the entire discourse and there were a lot of Serb and Yugoslav flags and some other symbols. It actually seemed rather like the spontaneous demonstrations of support to himself, which Milosevic sometimes organises, to spite the opposition. There was also the issue of the Target sign. In Serbia, the Target sign was printed en masse by the government and distributed around nationalist anti-NATO demonstrations. If you wore the target sign in Serbia, that meant you supported the government. I do not know what to think of these people,. but I do know that Milosevic funds a lot the organisations that support him, abroad. All of the emigrant organisations are under his economic controls, exceptr for the Chetnick ones.

I also wanted to ask you about the opposition in Serbia. Is there only the pro-western-capitalist and the extrem-nationalist or monarchist opposition of Vuk Draskovic or is there also a leftish antinational opposition?

Depends what you define as opposition. For one thing, Vuk Draskovic can hardly be called that, since he has publicly declared that his party is not in the opposition. He declared this through the television station Studio B. He controls this television thanks to the support his party gets from Milosevic`s parties in the Belgrade city parliament. This television has a worse editorial conception, with more ethnic chauvinism, than the state television. As for other groups, there is the Serb Radical Party, which pretends that it is only in

Milosevic`s government, because it wants to save what can be saved of Serb ethnic territories. It was also this government that capitulated to NATO and surrendered Kosovo, but they keep telling the same story. The third big non-Milosevic political group is the Alliance for Change, but they are completely like you said, pro-western capitalist. There are no real alternative political parties, with public influence. People who want to do opposition work simply don`t go to political parties. The real opposition over the last few years has mainly been concentrated around organisations like the Antiwar Campaign,then for a short time, the "Otpor". But then most people realised the Otpor is just another pro-American, neo-liberal thing, designated to confuse them. There are a lot of small groups, like Kontrapunkt in Kraljevo and Belgrade Libertarian Group, who have been doing something. The resistance scene is becoming very decentralized and that is good I think. People are realising that they don`t all have to be in one organisation to work together. I think small anarchist groups might grow a lot after the bombing and the Seattle things. When you hear that 200 people maximum come to the Alliance for Change demonstrations in Belgrade today. When you hear that the Otpor, which pretends to be a student movement, can not collect more than 500 students for it`s demonstration, it becomes clear that people are getting sick of the neo-liberal, neo-nationalist opposition. I see a great chance in that, to revive the rebel spirits, to organise those people from the great protests in ^1996 and 1997, for a different kind of rebellion, this time. Maybe one that doesn`t have US-funded leaders. What I speak of is highly unlikely today, but in Yugoslavia, you can never tell what will happen in the next 12 months.

Thank you for this interview

Nationalismen und Bantustans - über dieKritik am Nahost-"Friedensprozeß

Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo und seinen Folgeabkommen kam zum ersten mal seit der Gründung des Staates Israel ein Prozeß in Gange, in dem ein Teil der palästinensischen Politik und der Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit der Regierung Israels in einen Dialog trat, der zu einer Autonomieregelung führte und in absehbarer Zeit zu einem unabhängigen palästinensischen Staat führen könne. Unabhängig von der realen ökonomischen und politischen Selbstständigkeit dieses neuen Staates und seinen zukünftigen Grenzen ist damit ein eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, die die politische Landschaft des Nahen Ostens nachhaltig veränderte.

Gleichzeitig hat diese Entwicklung aber auch innerhalb der politischen Landschaft der PalästinenserInnen zu extremen Konflikten geführt. Große Teile dieser politischen Landschaft lehnt diesen "Friedensprozeß", der von ihnen als Kapitulation betrachtet wird ab, oder steht ihm zumindest skeptisch gegenüber. Die Flüchtlinge in den Lagern im Libanon oder in Jordanien haben in den Abkommen bisher sowieso keinerlei Berücksichtigung gefunden. Eine Rückkehr dieser Menschen scheint heute ferner denn je, weshalb die alten Oppsitionsgruppen der PLO in der palästinensischen Diaspora immer noch eine wesentlich bedeutendere Rolle spielen als in den Autonomiegebieten. In diesen hat sich jedoch längst die islamisch-integralistische Opposition als wesentlicher Faktor der Opposition gegen das Regime Yassir Arafats und seinen Verhandlungen mit Israel etabliert und damit die traditionelle PLO-Linke längst an Bedeutung überflügelt.
Die in den Besetzten Gebieten sehr stark, aber in der Diaspora kaum vertretene Volkspartei - die ehemaligen KommunistInnen - hat hingegen wiederum ein zwiespältiges Verhältnis zum "Friedensprozeß, beteiligt sich aber sehr wohl an den Wahlen der Autonomiebehörden.
In dieser Arbeit wird es nicht um die Fatah und die Regierung Arafat gehen, sondern um die Positionen der Oppositionsgruppen gegenüber den Verträgen von Oslo und den weiteren Verhandlungen des "Friedensprozesses" zwischen Israel und der Autonomieverwaltung unter der Regierung Yassir Arafats.

Der "Friedensprozeß"

Nach Jahren der Intifada, die seit dem Jahreswechsel 1987/88 die Israelische Besatzungsmacht in dem Gaza-Streifen und im Westjordanland herausforderte, nutzte die israelische Regierung das Abflauen derselben und eine relative Schwächephase der PLO, um in vorsichtige Verhandlungen mit der gemäßigten Fürhungsspitze um Yassir Arafat zu treten. In den ersten Gesprächen der "Madrider Konferenz" nahmen VertreterInnen der PLO "mit Zustimmung der Fatah, der FidaYassir Abd Rabuh und der ehemaligen KommunistInnen" (HOEKMANN, 199:204) noch im Rahmen der jordanischen Deligation teil, da Israel die PLO noch nicht als Gesprächspartnerin anerkannte.

Die palästinenischen DeligationsteilnehmerInnen mißachteten dabei "die erst einen Monat zuvor verabschiedeten Resolutionen des palästinensischen Nationalrats und gaben elementare Positionen der PLO auf. Erstens fanden die Verhandlungen nicht auf Basis der diversen UN-Resolutionen statt. Zweitens repräsentierte die Delegation nur einen kleinen Teil der PalästinenserInnen. Unter ihnen befanden sich ganz nach Wunsch der israelischen Regierung weder Mitglieder der PLO noch EinwohnerInnen Ost-Jerusalems oder der Diaspora", (HOEKMANN, 199: 204) weshalb sich die PLO-Spitze bereits damals heftigen Angriffen durch die Opposition ausgesetzt fühlte.

Nach Geheimverhandlungen der PLO-Spitze in Oslo wurde schließlich in der Folge am 13. September 1993 das erste Osloer Abkommen (Oslo I) vor dem Weißen Haus in Washington unterzeichnet.
Dieses Abkommen von Oslo ist eine "declaration of principles which lays the foundation for a limited, interim Palestinian self-rule in those areas of Palestine occupied by Israel since 1967: the West Bank, including East Jerusalem, and the Gaza Strip. This includes about 20 per cent of Palestine that the United Nations decided to separate into two states in 1947. [...] The Agreement does not define the political nature or territorial extension of the future Palestinian entity, but entails stipulations with regard to mechanisms and deadlines for a step-by-step implementation of peace." (BUTENSCHÖN, 1998: 18)
Das Akommen sah damals vor "für eine fünfjährige Übergangsphase eine palästinensische Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und in der Region um die Stadt Jericho zu etablieren." (BAUER, 1993: 95) "Die Verhandlungen über eine permanente Regelung für die besetzten Gebiete, also über Grenzen, Staatlichkeit und Jerusalem," sollten - so wurde damals festgelegt - "nicht später als im Dezember 1995 beginnen." (BAUER, 1995: 95)
Der in Oslo vorgegebene Zeitplan verzögerte sich jedoch bereits beim ersten Schritt. "Der in Washington vereinbarte Zeitplan sah vor, innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten der Prinzipienerklärung ein Abkommen über Gaza und Jericho auszuhandeln und zu unterzeichnen.[...] Die Gespräche in Taba und Kairo gestalteten sich jedoch derart schwierig, daß sich die für den 13. Dezember 1993 geplante Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza und Jericho wesentlich verzögerte." (GLASNECK/TIMM, 1994: 294)

Erst am 4. Mai 1994 konnte schließlich in Kairo das Gaza-Jericho-Abkommen zwischen Jizchak Rabin und Yassir Arafat unterzeichnet werden. "Es bildete die juristische Grundlage für den Abzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet von Jaricho im Westjordangebiet sowie die Übernahme der Verwaltung durch palästinensische Behörden." (GLASNECK/TIMM, 1994: 296)
Das Abkommen von Kairo übertrug die Verantwortung für die äußere Sicherheit und die israelischen Siedlungen für eine Interimsphase weiterhin Israel, während es die Befugnisse der israelischen Zivilverwaltung auf die palästinensischen Selbstverwaltungsbehörden übertrug. Eigene palästinensische Polizeieinheiten übernahmen die Polizeiaufgaben in den Autonomiegebieten. Aus ehemaligen Guerillieros der Fatah wurden so Polizisten der Palestine National Autority (PNA).

Als nächster Schritt wurde am 9.8. 1995 das Oslo II-Abkommen unterzeichnet, das den weiteren Rückzug der Israelischen Armee aus den besetzten Gebieten vorsah. "Die Westbank wurde in drei Zonen aufgeteilt. Zone A mit den Bevölkerungszentren Jenin, Tulkaram, Nablus, Ramallah und Betlehem umfaßt 4% des Gebietes. Hier ist die palästinensische Autonomiebehörde für die innere Sicherheit und Verwaltung zuständig. Für Zone B, die 24% der Westbank ausmacht und in der rund 450 Kleinstädte und Dörfer liegen, sind Israel und die PalästinenserInnen gemeinsam verantwortlich. Die Zone C - mit 72% die größte - untersteht alleine israelischer Kontrolle." (HOEKMANN, 1999: 206)

Netanjahu und der Stillstand der Verhandlungen

Nach der Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Jizchak Rabin durch einen israelischen Fanatiker verlor jedoch im Mai 1996 dessen Nachfolger Shimon Peres von der Arbeiterpartei gegen den rechsextremen Likud-Chef Benjamin Netanjahu die Knessetwahlen. Der "Friedensprozeß" kam durch die harte Haltung des neuen Ministerpräsidenten in der Folge fast vollständig zum erliegen.
Das Zusatzabkommen über Hebron (al-Khalil) konnte erst nach 1 1/2 jähriger Verzögerung am 19. 1. 1997 unterzeichnet werden. "Darin verpflichtet sich Israel, aus vier Fünftel der Stadt abzuziehen. Das Stadtzentrum, in dem auch 400 radikale israelische Siedler leben, blieb unter Kontrolle der israelischen Armee. Damit ist al-Khalil heute praktisch eine geteilte Stadt." (HOEKMANN, 1999: 206)

Benjamin Netanjahu weigerte sich - als deklarierter Gegner des "Friedensprozesses" - nach seiner Machtübernahme die Verpflichtungen aus dem Oslo II-Abkommen zu erfüllen. Stattdessen wurden die PalästinenserInnen mit dem Bau weiterer Siedlungen im Westjordanland bewußt von der Regierung Netanjahu provoziert. Besonders die Hamas und

andere oppositionelle Gruppierungen antworteten in der Folge immer öfter wieder mit Anschlägen in Israel. In Wye Plantation verpflichtete sich Israel schließlich im Oktober 1998 weitere 13,1% der Zone B an die PalästinenserInnen zu übergeben und die Eröffnung des internationalen Flughafens in Gaza zuzulassen. "Allerdings unter der Bedingung, daß die Autonomiebehörde den Kampf gegen Hamas intensiviert. Hierzu gehört u.a. die Festnahme aller auf israelischen Fahndungslisten stehenden Personen. Zur Unterstützung der Autonomiebehörde richtet der US-amerikanische Geheimdienst CIA in Kürze eine Filiale in den Autonomiegebieten ein. Das Wye-Abkommen hat Arafat zu einem Erfüllungsgehilfen israelischer Interessen degradiert." (HOEKMANN, 1999: 206f)

Eine neue Ära?

Am Ende der Ära Netanjahu sah es ganz so aus, als ob der "Friedensprozeß" völlig am Ende wäre. Arafat verlor zusehens die Unterstützung der Bevölkerung und wurde von allen Seiten als "Homelandchef" kritisiert, der lediglich israelische Polizeiaufgaben erfüllen dürfe. Vom ursprünglichen Zeitplan des Oslo I-Abkommens war nichts mehr zu sehen. Erst die Abwahl Netanjahus und die Regierungsübernahme durch Barak von der Arbeiterpartei bringt nun dem "Friedensprozeß" wieder eine gewisse Chance, wobei fraglich ist für wie lange die Geduld der palästinensischen Bevölkerung nach den Enttäuschungen der Ära Netanjahu noch ausreicht. Immerhin konnten sich die PNA und die neue israelische Regierung Anfang Oktober 1999 auf die Eröffnung der Verbindungsstraße zwischen dem Gaza-Streifen und den Autonomiegebieten im Westjordanland einigen. Barak hat außerdem angekündigt möglichst bald eine endgültige Friedenslösung ausverhandeln zu wollen.

Die Palästinensische Linke und deren Positionen zum "Friedensprozeß"

Die Enttäuschung der Bevölkerung über den Friedensprozeß, der bisher nur wenigen PLO-Funktionären wirklich etwas gebracht hat, spiegelt sich auch in der Kritik anderer politischer Gruppierungen der palästinensischen Bevölkerung nieder. Während in den Jahren der Intifada und des "Friedensprozesses" in den Besetzten Gebieten vorallem die islamisch-integralistischen Gruppierungen stark wurden, gibt es auch eine viel ältere Tradition einer palästinensischen Linken, die allerdings mit wenigen Ausnahmen heute vor allem in der palästinensischen Diaspora von Bedeutung ist. In den Besetzten Gebieten konnten die Gruppierungen der palästinensischen Linken durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime Arafats kaum profitieren, sondern verloren die letzten Jahre sogar an Unterstützung.

Was dabei in der palästinensischen, wie in der arabischen Politik allgemein als "links" bezeichnet wird, ist nicht unbedingt identisch mit dem was in Europa under "links" verstanden wird. Während in der (modernen) europäsichen Linken eher antinationalistische Positionen sich mit sozialistischen Forderungen verknüpfen, während Nationalismus eher der "Rechten" zugeordnet wird, ist es im Nahen Osten oft umgekehrt. Gerade viele Nationalistische Gruppierungen haben ihre panarabischen Forderungen mit sozialistischen Inhalten verknüpft, oder bekennen sich sogar zum Marxismus-Leninismus, so inhaltsleer dieses Bekenntnis auch oft sein mag Auf jeden Fall betrachten sich auch Arabische Nationalisten aus den Reihen des Nasserismus, der Nachfolgeorganisationen des BdAN oder des Bathismus als "links".
Ideologische Etikettierungen - obwohl sie auch einiges an Richtigkeit besitzen - "versperren nur den Blick auf eine palästinensische Praxis, die viel komplexer ist", als daß sie von Europäischen Ideologiebegriffen sinnvoll umrissen werden könnte. "So gehen die politischen und ideologischen Richtungskämpfe quer durch die einzelnen Widerstandsbewegungen hindurch. Allein in der Al Fatah gibt es eine marxistische Gruppe, eine nasseristische, eine saudi-arabische, eine baathistische und eine pro-algerische nichtmarxistischer Ausrichtung." (HOLLSTEIN, 1984: 235)
Ohne die ideologischen Selbstzuschreibungen verschiedenster sich "links" verstehender Palästinenserorganisationen werten zu wollen, sollen diese deshalb hier als Teil der palästinensischen Linken behandelt werden.

Die linken NationalistInnen

Die wichtigsten Oragnisationen aus denen die Spätere Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) hervorging, haben ihren Ursprung im "Bund der Arabischen Nationalisten" (BdAN), der aus kleinen Studentischen Gruppen an der American University in Beirut (AUB) hervorgegangen sind.
Ideologisch stand der BdAN "im Bann des bürgerlichen Nationalismus [...], was sich besonders in der von ihnen vertretenen "Zwei-Stadien-Theorie" äußerte, die eine starre Trennung zwischen nationalem und sozialem Befreiungskampf vornahm und dem ersteren absoluten Vorrang einräumte." (HÖPP, 1978: 321)
Während der BdAN am Anfang der Machtübernahme Nassers in Ägypten skeptisch gegenüberstand, änderte sich dessen Haltung im Zusamenhang mit der Suezkrise und die Organisation "mobilisierte ihre Mitglieder gegen die imperialistische Dreieragression (1956)" (HÖPP, 1978: 321) Ab dem Ende der Fünfzigerjahre näherte sich der BdAN immer mehr dem Nasserismus an und folgte schließlich "die näch-

sten zehn Jahre kritiklos dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, der die Einigung der Arabischen Nation, den Pan-Arabismus, propagierte" (BAUER, 1993: 28) und diesem mit einer sozialistischen Entwicklungsdiktatur verknüpfte.
Ab Mitte der Sechzigerjahre kam es schließlich zu einer Annäherung jüngerer Kader um Nayef Hawatme und Muhsin Ibrahim an den Marxismus-Leninismus, was zu Auseinandersetzungen zwischen den "Linken" und den "Historikern" um George Habash führte.
1964 gründete George Habash "als Reaktion auf die Gründung der PLO das Regionalkommando Palästina und dessen militärischer Arm "Jugend der Vergeltung"" (HÖPP, 1978: 327) Diese beiden Organisationen schlossen sich nach der Niederlage der arabischen Staaten im Krieg von 1967 mit der von Ahmed Gibril geleiteten "Palästinensischen Befreiungsfront" und einigen kleineren Gruppen zur "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP) zusammen.

Die Flügelkämpfe des alten BdAN gingen jedoch in der PFLP weiter. Bereits im September 1968 spaltete sich Ahmed Gibril "mit seinen Kämpfern als "Volksfront zur Befreiung Palästinas - Generalkommando" (PFLP-GC wieder ab." (BAUMGARTEN, 1991: 220)
Heute gehört die PFLP-GC "zu den pro-syrischen Fraktionen der palästinensischen Befreiungsbewegung. Ihre ideologischen Wurzeln liegen aber nach Angaben des Politbüromitglieds Fadil Shruru in der Dritten Universaltheorie Mu´ammar al-Gaddafis." (HOEKMANN, 1999: 60) Insgesamt besitzt die PFLP-GC aber keine ausgefeilte politische Theorie, sondern beschäftigte sich eher mit militärischen Schlägen gegen Israel. "The PFLP-GC commando who flew on a hang glider into an Israeli military camp in late November 1987 is seen by many as one of the catalysts contributing to the eruption of the intifada." (HEACOCK/NASSAR, 1990: 194)
Das Osloer Abkommen - und natürlich alle Folgeabkommen - "hat die PFLP-GC abgelehnt. Bereits nach der Madrider Friedenskonferenz 1991 hatte Jibril erklärt, daß sich die Mitglieder der palästinensischen Delegation durch ihre Teilnahme selbst zum Tode verurteilt hätten." (HOEKMANN, 1999: 62)

Die Abspaltung der "Progressiven" von den "Historikern" der PFLP führte am 22. September 1969 zur nächsten Spaltung der Volksfront und zur Gründung der "Volksdemokratischen Front zur Befreiung Palästinas" (PDFLP), welche sich seit 1974 "Demokratische Front zur Befreiung Palästinas" (DPLF) nennt. Der PDFLP schlossen sich noch im Juni 1969 "Mitglieder einiger kleinerer linksradikalen Gruppen an, darunter die der "Volksorganisation für die Befreiung Palästinas"[...] POLP und der "Liga der Palästinensischen Revolutionären Linken"." (HÖPP, 1986: 221f)

DFLP wie PFLP bekannten sich in der Folge beide zum Marxismus-Leninismus und bauten streng klandestine Parteien mit großer Parteidisziplin auf. Unterschiede ergaben sich teilweise in der stärkeren Betonung des bewaffneten Kampfes durch die PFLP, welche immer wieder mit Flugzeugentführungen auf sich aufmerksam machen konnte. Beide Gruppierungen arbeiteten jedoch immer wieder in der PLO mit und bildeten in der Folge eine Art "loyale Opposition" zu Arafats "al-Fatah".

Dem "Friedensprozeß" stehen beide Organisationen gespalten gegenüber. Zwar traten beide Organisationen der bereits am 9. Oktober 1993 gegründeten "Allianz palästinansischer Kräfte" (Tahaluf al-Quwa l-Filastiniya) bei, in der sich neben PFLP und DFLP die "Hamas, PFLP-GC, As-Sa´iqa, dem Jihad, der Fatah al-Intifada, der PLF, der PSF alle relevanten Oppositionsgruppen versammelt waren" (HOEKMANN, 1999: 207), verließen aber das islamisch geprägte Oppositionsbündnis gegen die Verträge von Oslo schon bald wieder.

Jener Teil der DFLP, der für das Oslo-Abkommen, eine innerparteiliche Demokratisierung der Organisation und eine Beteiligung an der Palästinensischen Autonomiebehörde eintrat, spaltete sich "unter der Führung von Yassir Abdel-Rabbo" (BAUMGARTEN, 1995: 8) von der Mutterpartei ab und beteiligt sich seither unter dem Namen "Fida" als kleiner Koalitionspartner an der von al-Fatah geführten Regierung. Im Zusammenhang mit dem völligen Erliegen des "Friedensprozesses" in der Ära Natanjahu übte auch die Fida Kritik an Arafat, verließ aber nie die gemeinsame Regierung.

Auch die DFLP und PFLP stehen mitlerweile Verhandlungen mit Israel nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüber. So kritisierte DFLP-Chef Hawatmeh in einem Interwie zwar die Art der Verhandlungsführung durch Arafat, aber als "Basis der Verhandlungen mit Israel [...] die einschlägigen UN-Resolutionen und das Prinzip "Land gegen Frieden" vorgeschlagen. Voraussetzung für einen umfassenden Frieden sei ferner eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems durch Rückkehr oder Entschädigung. Als Vorleistung müsse Israel den Ausbau der Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten unbedingt stoppen. Letztendliches Ziel sei der israelische Rückzug hinter die Grenzen vor dem Junikrieg 1967." (HOEKMANN, 1999: 209) Hawatmeh behauptete außerdem diese Position mit der PFLP abgesprochen zu haben.
Die kompromißlose Haltung Arafats gegenüber der innerpalästinensischen Opposition machte bisherige, vorsichtige Versuche der DFLP und PFLP sich in

irgend einer Form an der Autonomiebehörde zu beteiligen jedoch zunichte. Dies könnte sich aber mit der Ausrufung eines unabhängigen Palästinenserstaates im Zuge der Endverhandlungen zwischen PNA und Israel ändern.
Beide Organisationen konnten aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem "Friedensprozeß" - im Gegensatz zur Hamas - kein Kapital schlagen. Die Chancen den "Friedensprozeß" damit irgendwie beeinflußen zu können sind für stark exillastige Organisationen wie die DFLP und PFLP gering.
"Um ihre Chancen zu verbessern haben PFLP und DFLP bereits am 9. Oktober 1993 die Bildung einer gemeinsamen, zentralen Führung bekanntgegeben. In Zukunft wollen die beiden Fronten auf politischem und militärischem Gebiet eng zusammenarbeiten und die Grundlage für eine Vereinigung der beiden Organisationen schaffen." (HOEKMANN, 199: 210)
Im Juni 1994 vorgestellten gemeinsamen "Programm der Nationalen Befreiung" (Barnamij al-Kholas al-Watani) forderten sie weiterhin das Recht aller Flüchtlinge auf Rückkehr und einen selbstständigen palästinensischen Staat. "Um dies zu erreichen müsse die PLO wieder zur einzigen legitimen Vertreterin der PalästinenserInnen werden." (HOEKMANN, 1999: 210)

Abspaltungen der al-Fatah

Zur palästinensischen Linken zählen sich auch eine Reihe von Abspaltungen der Arafat-Partei "al-Fatah". Die bedeutendsten Abspaltungen waren dabei der "al-Fatah-Revolutionsrat" und die "al-Fatah-Intifada" um Abu Musa.

Bereits 1973 trennte sich eine kleine Fraktion um Sabri al-Banna ", besser bekannt unter dem Nom de guerre Abu Nidal, von der Fatah und gründete den Fatah-Revolutionsrat (al-Fatah-al-Majlis ath-Thawri)." (HOECKMANN, 1999: 63) Der exzessive Antisemitismus der Gruppierung, die Durchführung verschiedenster Auftragsmorde und die Liquidierung anderer palästinensischen PolitikerInnen führte die Gruppierung allerdings in die völlige politische Isolation.
Der Revolutionsrat lehnt natürlich jede Verhandlungslösung mit Israel ab, und scheint immer noch die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Palästina auf seine Fahnen geschrieben zu haben. Ob die geschrumpfte Organisation jedoch noch von irgend einer Bedeutung ist, ist mehr als fraglich.

Ganz anders verhält es sich mit der anderen Abspaltung der "al-Fatah", der "al-Fatah - Intifada" um den hochrangigen PLO-Offizier Said Musa Muragha (Abu Musa) und Nimr Salih, die sich im Mai 1983 nach blutigen innerparteilichen Kämpfen von der al-Fatah trennten.
"Von Syrien unterstützt erhoben die DissidentInnen, die sich selbst zum demokratischen Flügel der Fatah zählten [...] schwere Vorwürfe gegen Arafat. Er habe die Ideale des palästinensischen Befreiungskampfes verraten und vor dem "zionistischen Feind" kapituliert." (HOEKMANN, 1999: 65)
Zum endgültigen Bruch kam es schließlich nach der israelischen Invasion in den Libanon im Juni 1982 und den Massakern von Sabra und Shatila, wo rechtsextreme, maronitische Milizen mit Unterstützung der israelischen Armee ein grausames Massaker verübt hatten, dem 3000 palästinensische ZivilistInnen zum Opfer gefallen waren.
Die Gruppe um Abu Musa warf der al-Fatah-Führung um Yassir Arafat vor durch den Abzug der PLO aus Beirut die Flüchtlinge im Stich gelassen zu haben.
Nach blutigen Kämpfen zwischen den Anhängern Arafats und jenen Abu Musas, bei denen Arafat bereits auf engstem Raum eingeschnürt war, drängte die Syrische Führung darauf Arafat abziehen zu lassen. Abu Musa war es damit nicht gelungen Arafat zu stürzen, sehr wohl aber die Fatah zu spalten.
Die "al-Fatah-Intifada" lehnt das Abkommen von Oslo ab und boykottiert die PLO, sowie die Institutionen der PNA. Stattdessen ist sie ein wichtiger, integraler Bestandteil des in Damaskus sitzenden Oppositionsbündnisses gegen Arafat.

Kommunistische Parteien

"Unter den zionistischen EinwanderInnen, die Anfang des Jahrhunderts nach Palästina kamen, befanden sich auch viele SozialistInnen aus Rußland und Polen. Einige von ihnen sagten sich vom Zionismus los und gründeten 1920 die Sozialistische Arbeiterpartei Palästinas, die sich später in Palästinensische Kommunistische Partei (PCP) umbenannte." (HOEKMANN, 1999: 41)
Obwohl es von Anfang an die Intention der GründerInnen war die Partei zu einer gemeinsamen Partei von PalästinenserInnen und jüdischen SiedlerInnen zu machen, dauerte es einige Jahrzehnte bis die Partei ein deutlich arabischeres Gesicht erhielt. Als schließlich der arabische Anteil der KP-AktivistInnen stärker wurde kam es zu einer kurzfristigen Spaltung der Partei.
Die Gründung des Staates Israels teilte auch die AnhängerInnen der KP, deren palästinensischen Teile sich zu diesem Zeitpunkt "Liga der nationalen Befreiung" nannten. Die Teile der KP die im Westjordanland gingen schließlich kurzfristig in der jordanischen KP auf, jene in Israel bildeten die Kommunistische Partei Israels.

Die israelische KP ist seither zwar eine Partei, die zu Wahlen in Israel antritt und insofern eine "israelische Partei" darstellt, versteht sich aber bis heute als anti-zionistisch. "1965 spaltete sich die Kommunistische Partei erneut. Eine Fraktion aus anti-zionistischen PalästinenserInnen und Juden und Jüdinnen gründete die Neue Kommunistische Liste, kurz Rakah, die unter den PalästinenserInnen in Israel schnell eine der wichtigsten Parteien wurde." (HOEKMANN, 1999: 48) Die Rakah war auch die erste israelische Partei, die mit Organisationen der PLO und palästinenserorganisationen aus den Besetzten Gebieten Kontakt aufnahm. Lange vor den Kontakte der israelischen Regierung mit der PLO unterhielten die israelischen Kommunisten bereits regelmäßige Verbindungen zu ihren GenossInnen in den Besetzten Gebieten und der PLO.

Nachdem jene Teile der PCP die sich nach 1948 in jordanischem Staatsgebiet wiederfanden kurzfristig Teil der Jordanischen KP geworden waren, entstand bereits 1974 wieder eine eigene "Palästinensische Kommunistische Organisation", die sich 1982 wieder endgültig als eigene Partei unter dem alten Namen "Palästinensische Kommunistische Partei" PCP konstituierte. Die PCP hatte immer den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten innerhalb der Besetzten Gebiete und nicht in der Palästinensischen Diaspora. Erst 1987 nahm die Partei erstmals "an einer Nationalratssitzung der PLO teil und ist seitdem ihr Mitglied. Nach dem Ausbruch der Intifada bildeten die KommunistInnen zusammen mit der Fatah, der PFLP, der DFLP und in Ghaza auch mit dem Jihad al-Islami die klandestine Vereinigte Führung der Intifada (UNLU), um den Aufstand zu koordinieren." (HOEKMANN, 1999: 45)
Große Teile der PCP-Kader haben in der Sowjetunion ein Studium absolviert und sind dadurch mit dem Kommunismus in Berührung gekommen. Unter diesen in der Sowjetunion ausgebildeten AkademikerInnen befinden sich besonders viele ÄrztInnen aus den Besetzten Gebieten. Die wichtigste Organisation zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung der Westbank und des Gazastreifens - die "Union of Palestinian Medical Relief Comitees" - die als Vorfeldorganisation der PCP gegründet wurde ist deshalb heute noch von (ehemaligen) KommunistInnen dominiert
Neben sozialen Forderungen hatte auch die PCP in ihrem Programm die "nationale Befreiung " der PalästinenserInnen zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht und forderte "schon sehr früh klar einen palästinensishen Staat in der Westbank und im Gazastreifen". (FLORES, 1988:88)
Mit dem Zusammenbruch des "Realexistierenden Sozialismus" und der Sowjetunion, veränderten sich auch in der PCP die politischen Positionen. Die Partei benannte sich in Palästinensische Volkspartei (PPP) um und versucht seit der Errichtung einer palästinensischen Autonomiebehörde im Rahmen dieser palästinensischen Institutionen eine fortschrittliche, demokratische Opposition zu sein. Sie unterstützt den "Friedensprozeß", kritisiert aber auch immer wieder Yassir Arafat, dem sie sowohl seine nachgiebige Haltung gegenüber Israel vorwirft, als auch sein undemokratisches Regime nach Innen.

Eine Abspaltung der alten PCP lehnt den Vertrag von Oslo jedoch ab und arbeitet unter dem alten Namen PCP in der Oppositionsallianz in Damaskus mit.
Zu einer bedeutenderen Abspaltung kam es im Jännder 1992 mit der "Demokratischen Koalition", "die merkwürdigerweise zwei Fraktionen zusammenführte, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Die eine verließ die Partei, weil sie der Parteiführung vorwarfen, sie hätten mit dem neuen Programm den Sozialismus und Lenin verraten; der anderen gingen die Reformen nicht weit genug." (HOEKMANN, 1999: 47)

Die kleine - ebenfalls kommunistisch orientierte - Organisationen "Abna´l-Balad" organisiert v.a. PalästinenserInnen in Israel selbst. Sie lehnt das Abkommen von Oslo ab und bezeichnet es als "Kapitulation vor den israelisch-amerikanischen Interessen [...]. Zwar befürworten sie [...] als Interimslösung einen souveränen palästinensischen Staat auf der Westbank und in Ghaza mit der Hauptstadt Jerusalem, doch die Vereinbarung der PLO und Israel schreibe die israelische Besatzung fest und verwirkliche keines der Ziele der PalästinenserInnen." (HOEKMANN, 1999: 53f)

BathistInnen

Ein Teil der arabischen NationalistInnen vermischt - wie bereits im Falle des Nasserismus beschrieben - diesen Nationalismus mit sozialistischen Positionen und zählt sich deshalb selbst ebenfalls zur Linken. Eine wichtige Strömung dieses "Linksnationalismus" ist neben dem Nasserismus der Bathismus, der sich heute in zwei miteinander verfeindeten Partei-strömungen in Syrien und im Irak an der Macht befindet.
Für die palästinensiche Opposition ist dabei die syrische Strömung - ob ihrer geographischen Nähe zu Palästina und der Anwesenheit vieler palästinensischer Flüchtlinge in Syrien - von größerer Bedeutung.

Die palästinensische Schwesternpartei der syrischen Bath, die "Vanguards of the Popular Liberation War" (VPLW) ist vor allem unter dem Namen ihres militärischen Armes der "as-Sa´iqa" bekannt. "Obwohl as-Sa´iqa nach Zahl der Mitglieder eine der größten palästinensischen Organisationen ist, spielt sie innerhalb

der Befreiungsbewegung militärisch eine wichtige, politisch aber eine untergeordnete Rolle. Vor allem weil sie in der Vergangenheit häufig als Erfüllungsgehilfin und Instrument der syrischen Regierung aufgetreten ist." (HOEKMANN, 1999: 57)
Die as-Sa´iqa ist heute ein wichtiger Teil oppositionellen Palästinensischen Nationalen Errettungsfront in Damaskus und legte aus Protest gegen das Abkommen von Oslo ihre PLO-Mitgliedschaft auf Eis.

Ähnlich ablehnend verhält sich die Arabische Befreiungsfront (ALF), das irakisch-bathistische Pandant zur Sa´iqa. "Die Organisation, die Mitglied der PLO ist, vertritt ihrer Meinung nach den einzig wahren Ba´athismus, dessen einzig legitime Führung in Bagdad regiert." (HOEKMANN, 1999: 59) Die ALF verweigert jede Mitarbeit an den palästinensischen Autonomiebehörden. Eine Fraktion der ALF hat sich allerdings seit einigen Jahren von ihrer Mutterorgani sation losgesagt und steht dem "Friedensprozeß" wesentlich positiver gegenüber.

Die islamisch-integralistische Opposition

Der islamsiche Integralismus konnte erst während der Intifada unter der plaästinensichen Bevölkerung als politische Kraft an Bedeutung gewinnen. Zwar waren auch viele bedeutende VertreterInnen der Fatah - darunter Yassir Arafat - aus dem Umfeld der Muslim-Bruderschaft gekommen, eine wirklich integralistische Organisation von einiger Bedeutung gab es jedoch bis in die Achzigerjahre hinein unter den PalästinenserInnen der Besetzten Gebiete ebenso wenig wie in der Diaspora. Teilweise wurden integralistische Gruppen wie die Muslim-Bruderschaft deshalb sogar von Israel geduldet oder gar gefördert um der verhaßten PLO das Wasser abzugraben.

Der Jihad

In den Achzigerjahren trennte sich eine kämpferische Gruppe unter dem Namen "al-Jihad al-Islami" von den sunnitisch-integralistischen Muslim-Brüdern. Die Jihad-Gruppe wurde dabei teilweise von der islamsichen Revolution im Iran inspiriert und versuchte den antischiitischen Extremismus der Muslim-Bruderschaft zu überwinden und wie die iranische Führung eher auf eine "islamische Revolution" hinzuarbeiten, die unabhängig von den jeweiligen Sekten und Bekenntnissen der Muslime sein sollte und den Islam eher als einigende Kraft begriff.
"Die neue Organisation war nicht homogen, sondern bestand aus verschiedenen Organisationen, die allesamt straff organisiert waren und absolut konspirativ arbeiteten." (HOEKMANN, 199: 79) Ihr politisches Ziel sahen sie dabei darin ganz Palästina in einen islamischen Staat umzuwandeln. Teilweise kam es dabei auch zu Zusammenarbeiten mit Organisationen der palästinensischen Linken. Der Jihad war etwa im Gaza-Streifen auch an der Vereinigten Nationalen Führung des Aufstandes der Intifada beteiligt.
Der Jihad lehnt das gesamte Oslo-Abkommen und alle Folgeabkommen ab. Die Gruppe hat jedoch im Gegensatz zur Hamas kaum eine Massenbasis, sehr wohl aber eine gewisse militärische Schlagkraft.

Die Hamas

Wie der Jihad ist auch die Hamas aus der Muslim-Bruderschaft hervorgegangen, hat aber den konservativen, sunnitischen Integralismus der Mutterorganisation beibehalten.
Nach langer politischen Inaktivität entschloss sich die Muslim-Bruderschaft Palästinas erst im Rahmen der Intifada politisch aktiv zu werden. "The 1987 explosion of the uprising (or intifada) left no other choice and, in 1988, the Brotherhood joined the active resistance against the occupation, an arena in which the Islamic Jihad trend had been a forerunner since the early 1980s. The Movement of Islamic Resistance (HAMAS), which was founded by the Muslim Brotherhood to mobilize the resistance" (LEGRAIN, 1997: 159) kombinierte dazu ihren sunnitischen Integralismus mit palästinensischem Nationalismus und Patriotismus.

Im Laufe der Intifada konnte sich die Hamas immer stärker als eigenständige politische Kraft neben der PLO profilieren und besaß v.a. für jüngere Militante eine große Anziehungskraft. Durch die Krise der palästinensischen Linken kamen auch viele jüngere Leute, die keineswegs von vornherein islamische IntegralistInnen waren zur Hamas, die ihnen eine radikalere Alternative zu Yassir Arafat erschien.
Dieser Trend verstärkte sich noch seit der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo. Die Hamas konnte sich in der Folge zu der Opposition gegen die Abkommen entwickeln. Während linke Gruppen kaum von der Unzufriedenheit mit Arafats Politik profitieren konnten, liefen der Hamas die jungen AktivistInnen zu.
"Besonders StudentInnen fühlen sich von islamischen FundamentalistInnen angezogen: An sechs von sieben Universitäten auf der Westbank und Gaza besaß der Hamas-nahe Islamische Block 1997 die Mehrheit." (HOEKMANN, 1999: 77)

Trotz der grundlegenden Ablehnung des

"Friedensprozesses" durch die HAMAS, ist deren Haltung gegenüber den palästinensischen Autonomiebehörden bei weitem nicht so eindeutig wie es auf den ersten Blick scheint. So war selbst die Frage der Teilnahme bzw. Nichtteilnahme der HAMAS an den Wahlen zur PNA keineswegs unumstritten. "Shaikh Hamid al-Bitawi, qadi of Tulkarm (northern West Bank), preacher in al-Aqsa mosque, president of the League of the Ulemas of Palestine, and former deportee to Marj al-Zuhur, was representative of the most open-minded trend, asserting unconditionally that "the Islamic movement will take part in the elections." On the other hand, Shaikh Yasin, sending a series of letters from prison, again displayed his traditional pragmatism, writing that "holding elections is now an issue for the Palestinians; the Islamists are divided between those supporting participation and those opposing it; as far as I am concerned, but only God knows, I consider it is better to participate than to abstain, providing that the Council be empowered with legislative privileges (tashri); as a matter of fact, we are opposed to what is happening in the streets, so why not express our opposition within the legislative institution which will be de jure become in the future the authority representing the Palestinian people?"" (LEGRAIN, 1997: 172)
Die HAMAS als Gruppierung nahm schließlich nicht an den Wahlen teil, eine Reihe von "Unabhängigen" Kandidaten, die gewählt wurden sind jedoch de facto der HAMAS, sowie ihrem Umfeld, zuzurechnen.

Obwohl die HAMAS gerade seit 1999 immer wieder Signale für einen möglichen Waffenstillstand und eine Beteiligung an den Verhandlungen zwischen Israel und der PNA ausgesandt hat, versuchen Israel, die PNA und Jordanien seit dem Sommer 1999 verstärkt die HAMAS mittels Repression zu zerschlagen. Führende HAMAS-Funktionäre wurden im Sommer in Jordanien festgenommen. Die Strukturen der HAMAS in Palästina massiv angegriffen.
Dabei fordert die HAMAS zwar weiterhin die "Befreiung ganz Palästinas", sie lehnt die Errichtung eines Palästinenserstaatesin der Westbank und im Gaza-Streifen als Übergangslösung aber nicht ab, sofern dafür "nicht die staatliche Anerkennung Israels nötig ist. Die Staatsform des zukünftigen Palästinas soll eine parlamentarische Demokratie sein. Hamas würde dabei jedes Ergebnis freier Wahlen akzeptieren, betont ihr geistiger Führer Scheich Yassin." (HOEKMANN, 1999: 80)

Quo Vadis?

Ob nach dem Regierungswechsel in Israel der "Friedensprozeß" nun doch wieder anläuft und zu einer dauerhaften Lösung des Nahost-Konfliktes führen kann, hängt schließlich nicht nur von der Verhandlungsbereitschaft der PNA und der Israelischen Regierung ab. Die primäre Frage ist, ob es möglich ist die konkreten Lebenssituationen der Menschen in den Besetzten Gebieten - aber auch in den Flüchtlingslagern der Diaspora - zu verbessern. An dieser zentralen Frage würde auch ein Friedensschluß Israels mit Syrien und eine Rückgabe der Golanhöhen nichts ändern. Gerade die Verhandlungen mit Syrien dürfen nicht dazu führen, da die palästinensische Bevölkerung überrgangen wird.
Diese Flüchtlingslager in der Diaspora wurden jedoch bisher in allen Verhandlungen völlig "vergessen". Dabei sind insbesondere die Lager im Libanon mit ihren katastrophalen sozialen Verhälntnissen die Rekrutierungsfelder für die Hisbollah und andere Gruppierungen, die weiterhin im bewaffneten Kampf mit Israel stehen.
Aber auch die reale Lebenssituation vieler BewohnerInnen der besetzten Gebiete hat sich durch die "Autonomie" nicht gebessert, sondern eher verschlechtert. Die ökonomische Lage in den Autonomiegebieten ist katastrophal. Israel riegelt nun bei Anschlägen oder Unruhen nicht wie früher die gesamten besetzten Gebiete ab, sondern die einzelnen Flecken des Autonomiegebietes, was schon zu regelrechten Belagerungen einzelner Städte führte. Trotzdem sind die Stimmen auf beiden Seiten noch schwach, die wie der palästinensische Exil-Intellekuelle Edward Said bereits wieder über einen gemeinsamen israelisch-palästinensischen Staat nachdenken. Genau das wäre aber ein Ausweg aus dem Dillemma nationalistischer und religiöser Fanatismen auf beiden Seiten. Nur müßte dazu das Konzept von Nation an sich hinterfragt werden und das von allen Beteiligten.

Thomas Schmidinger

BIBLIOGRAPHIE:

AL-RAWI, Rosina-Fawzia: Gelber Himmel, RoteErde, Frauenleben in Palästina
Wien, 1994

BAUER, Kirsten: Palästinenser und PLO
München, 1993

BAUMGARTEN, Helga: Palästina: Befreiung in den Staat
Frankfurt am Main, 1991

BAUMGARTEN, Helga: Das "Gaza-Jericho-Abkommen" Eine zwischenbilanz des Friedensprozesses im Nahen Osten
in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur

Wochenzeitung "Das Parlament"
B11/95
10. März 1995, S 3-11

BUTENSCHÖN, Nils A.: The Oslo Agreement: From the White House to Jabal Abu Ghneim
In: GIACAMAN, George / LÖNNING, Dag Jörund: After Oslo, New Realities, Old Problems; S 16-44
London/Chicago, 1998

FLORES, Alexander: Intifada
Berlin 1988, 2. Auflage 1989

GLASNEK, Johannes / TIMM, Angelika: Israel, Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung
Bonn, 1994

HEACOCK, Roger / NASSAR, JamalR.: The Revolutionary Transformation of the Palestinians under Ocupation
in:
HEACOCK, Roger / NASSAE, Jamal R.: INTIFADA, Palestine at the Crossroads
Birzeit University, 1990; New York, 1991

HOEKMANN, Gerrit: Ölzweig und Kalaschnikow, Geschichte der Palästinensischen Linken
Münster, 1999

HOLLSTEIN, Walter: Kein Frieden um Israel, Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts
Wien, 1984 (aktualisierte Neuauflage)

HÖPP, Gerhard: Vom Nationalismus zum Sozialismus - Zur Geschichte und Ideologie der "Bewegung der Arabischen Nationalisten" (1949-1975)
in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß Bd.3, S 315 - 337
Berlin, 1978

HÖPP, Gerhard: Vom Nationalismus zum Sozialismus - Zur Geschichte und Ideologie der "Bewegung der Arabischen Nationalisten" (BAN) und ihrer Nachfolgeorganisationen, 1949-1975
Dissertation zur Promotion B eingereicht bei der Akademie der Wissenschaften der DDR;
Berlin 1986

LEGRAIN; Jean-Francois: HAMAS, Legitimate Heir of Palestinian Nationalism?
In:
ESPOSITO, John L.: political Islam; Revolution, Radicalism, or Reform?; S 159 - 179
Cairo 1997

PRADER, Erich: Aufstand in Palästina
Wien, 1988

Anarchistische Buchhandlung

1090 Wien, Hahngasse 15
Tel.: (01)310 76 93, 319 52 22
E-Mail: rbh@inode.at • http://www.inode.at/rbh
Montag und Dienstag 10.00-14.00 Uhr
Montag bis Freitag 15.30-19.30 Uhr

Revolutionsbräuhof (RBH)

Der zweite Untergang Nubiens

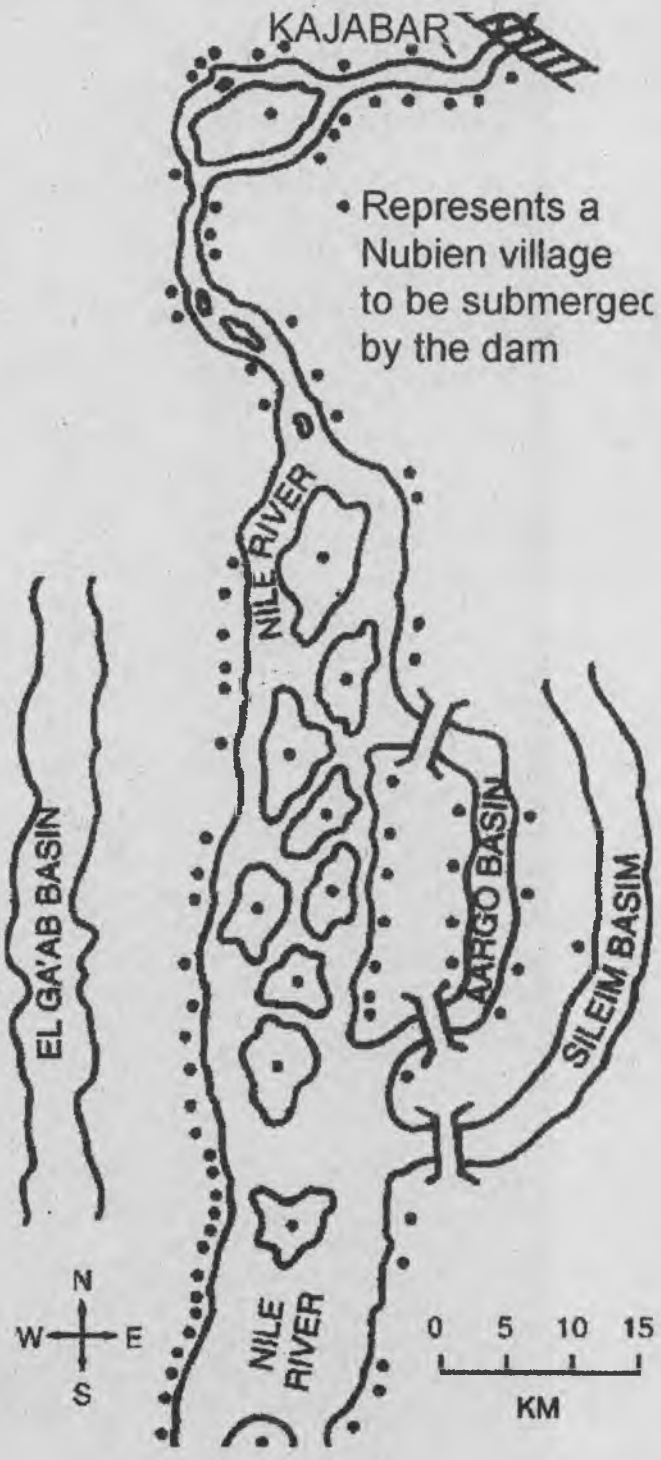
Große Teile der historischen Landschaft Nubiens an der Grenzregion zwischen Ägypten und dem Sudan verschwand bereits 1962 unter den Fluten des Nasser-Sees. Nun sollen weitere Dammbauten wiederum riesige Gebiete Nubiens unter Wasser setzen.

Mit Unterstützung der Sowjetunien errichtete der panarabische Militärdiktator Gamal abd an-Nasser in den Sechzigerjahren den damals größten Stausee der Welt. Am Oberlauf des Ägyptischen Nils - gleich hinter Aswan - wurde mit dem Sadd al-Ali wurde das Land von über Hunderttausend Angehörigen der nubischen Minderheit unter Wasser gesetzt. Rund 50.000 NubierInnen wurden nach "Neu-Nubien" um die Oberägyptische Stadt Khom Ombo umgesiedelt, zehntausende sudanesische NubierInnen wurden in den Süden des Landes um Kassala an der Grenze zu Äthiopien und Eritrea umgesiedelt. Der sudanesische Militärdiktator General Abbud hatte sich jenen Teil Nubiens, der durch das ägyptische Projekt auf sudanesischer Seite unter Wasser gesetzt wurde für Geld von der ägyptischen Führung ablösen lassen, Geld das v.a. in die Taschen des Diktators und seiner Günstlinge selbst wanderte.

Die Katastrophe des Sadd al-Ali

Für die Menschen, die zwischen Aswan und Abri in einer jahrtausende alten Kulturlandschaft am Nil lebten, bedeutete der Bau dieses Dammes den Untergang ihres Landes. Während der Großteil der Bevölkerung umgesiedelt wurde, konnten jene, die sich widersetzten am Ufer des neuen Sees neue Siedlungen errichten. Die BewohnerInnen der Stadt Wadi Halfa wehrten sich erfolgreich gegen ihre Deportation und errichteten am Ufer des Nasser-Sees ein neues Wadi Halfa.Während die alte Stadt jedoch als eine idyllisch gelegene Kleinstadt zwischen Dattelgärten am Nil lag, bildet das neue Wadi Halfa eine trostlose Siedlung zwischen den Fluten des Sees und der Wüste. Wer die Stadt besucht, sucht vergebens nach Dattelpalmen oder irgendwelchen anderen Anbauflächen. Der Übergang vom See zur Wüste ist nahtlos. Und so gibt es auf dem lokalen Suq nur dann Gemüse, wenn gerade der Zug von Khartum oder das Schiff von Aswan eintrifft. An den übrigen Tagen beschränkt sich das Angebot auf Fisch und Brot.
Die nomadisierenden Ababda - eine Untergruppe der Beja - wurde beim Bau des Dammes überhaupt nicht informiert. Etwa 3.000 Menschen wurden von der plötzlichen Überflutung ihrer Weideflächen überrascht, was den Tod ihrer Herden und vielen von ihnen das Leben kostete.

Aber nicht nur für die vertriebenen Nubier und die Nomaden zwischen Nil und Rotem Meer hatte der Dammbau eine Reihe von Katastrophen mit sich gebracht. Auch jene, die vom Damm vorerst profitierten, bekommen nun langfristig die negativen Folgen des Monsterprojektes zu spüren. Während die jährlichen Nilfluten über Jahrtausende hinweg das Niltal mit fruchtbarem Schlamm versorgten, muß nun mit



Kunstdünger die Produktivität der Böden gesichert werden. Der fruchtbare Schlamm bleibt nun im See liegen, der dadurch immer mehr verlandet. Nun noch wenige der ursprünglich in Betrieb befindlichen Turbinen des Kraftwerkes arbeiten und der Damm zeigt bereits bedenkliche Risse. Im Kriegsfalle stellt der Damm aber sowieso Ägyptens größtes Sicherheitsrisiko dar. Bei einer Sprengung des Sadd al-Ali würde eine Flutwelle das gesamte Niltal bis Kairo und ans Mittelmeer - und damit fast die gesamte bewohnte Fläche Ägyptens - vernichten.

Neue Dämme

Anstatt aus den Fehlern mit den Monsterprojekten der Sechzigerjahre zu lernen, gibt es nun seit einigen Jahren Pläne im sudanesischen Niltal weitere Groß-Dämme zu errichten. Suad Ibrahim Ahmed, eine pensionierte Akademikerin und NGO-Aktivistin machte im Mai 1998 die internationale Öffentlichkeit auf neue Bauvorhaben in Obernubien aufmerksam. Für den Kajabar-Damm in Obernubien wurde sogar schon ein Vorabkommen mit einem chinesischen Konzern abgeschlossen, der den Bau durchführen soll. Der Kajabar-Damm soll 111km nördlich der Stadt Dongola, der Hauptstadt der Nordprovinz des Sudan, am dritten Nilkatarakt errichtet werden. Während die sudanesische Militärregierung unter Umar al-Bashir behauptet, daß nur neuen Dörfer vom See hinter dem Damm überflutet werden sollen, sprechen Öko-AktivistInnen aus Nubien von einem fast 220m tiefen See, der zweihundert nubische Dörfer zwischen dem 3. Katarakt und Dongola unter Wasser setzen soll. Neben den zweihundert Dörfern werden rund fünf Millionen Dattelpalmen im See des Kajabar-Dammes untergehen, Dattelpalmen, die die Lebensgrundlage der nubischen Bevölkerung darstellen.
Gegen diesen Dammbau gibt es bereits reichlichen Widerstand der lokalen nubischen Bevölkerung und von NubierInnen aus dem Ausland, die schon nach dem Bau des Aswan-Dammes vertrieben worden waren. Da oppositionelle Tätigkeiten im Sudan selbst durch die autoritäre, den Muslim-Brüdern nahestehende Militärregierung Umar al-Bashirs und Hasan al-Turabis erschwert ist, ist es insbesondere das Nubian Studies Documentation Center (NDSC) in Kairo, das seit längerem gegen diesen Dammbau arbeitet. Aber auch vor Ort wurde mit Sitzstreiks gegen die Ankunft eines chinesischen Techniker-Teams protestiert, das die Gegebenheiten für den Dammbau vor Ort auskundschaften hätte sollen. 50 Personen wurden während solch eines Sitzstreikes im Mai 1998 verhaftet.
Weiter südlich soll ein noch größeres Kraftwerk bei Hammadab entstehen. Obwohl die ökologischen Folgen dieses Monsterprojektes vielleicht insgesamt noch gravierender sind als jene des Kjabar-Dammes, ist die Region die von diesem See überflutet werden soll, geringer besiedelt und deshalb gibt es auch weniger Widerstand der lokalen Bevölkerung, die teilweise aus nur gelegentlich am Nil ansäßigen Beja-Nomaden besteht.
Beide Dämme brächten aber eine noch viel weitgehendere Zerstörung Nubiens mit sich, als dies der erste Damm bei Aswan schon getan hat, natürlich auf Kosten der lokalen Bevölkerung.

Petra Meier

"Unser Ziel war es von Anfang an, Grenzen zu übertreten. Zuerst, weil es uns einen Riesenspaß gemacht hat, später immer mehr, weil viele von uns darin die einzige Chance sahen, Grenzen ad absurdum zu führen."
(aus einem Interview mit FluchthelferInnen)

Inhalt: Interview mit FluchthelferInnen; Rechtsfolgen aktiver Fluchthilfe; politische, soziale, persönliche und ökologische Gründe von Migrationsentscheidungen; Weg über Grenzen; konstruierte Bilder von MigrantInnen; Identitätskonzepte; Darstellung der Lebenssituation von MigrantInnen in Österreich; Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Österreich, uvm.

TATblatt
Flucht.Hilfe

80 Seiten um ATS 40,-
auswärts: ATS 60,-/DM 8,50
nur gegen Vorauskasse!
Rabatte für Wiederverkauf

Bestelladresse:
TATblatt
Wielandgasse 2-4
1100 Wien
Fax 01/6410317
Email TATblatt@blackbox.net

Konto
P.S.K. 92 037 311
BLZ 60 000
Empfängerin: Infrastruktur,
Verwendungszweck angeben!

25-mal-TATblatt-Abo
in Österreichs: ATS 175,-
auswärts: ATS 300,-/DM 40,-

Mexiko: 2000 Militärpolizisten stürmen die Uni, doch der Streik geht weiter

Im Morgengrauen des 6. Februar 2000, der 292. Tag des Streiks der StudentInnen der Öffentlichen Universität Mexikos (UNAM - Universidad Nacional Autónoma de México), saßen 998 StudentInnen im Gefängnis. Die Militärpolizei (Policía Federal Preventiva) hatte mit Einverständnis des Rektors de la Fuente die Autonomie der UNAM verletzt und den Uni-Campus gestürmt, um dem Streik ein für alle mal ein Ende zu bereiten. Dachten sie. Doch die Streikenden ließen sich nicht einschüchtern: der Streik geht weiter, und verhandelt wird erst dann wieder, wenn auch die restlichen noch inhaftierten über 300 StudentInnen freigelassen werden.

Auslöser des Streiks im März 1999 waren erneute Vorstöße der Universitätsdirektion rund um Rektor Barnés in Sachen Erhöhung der Studiengebühren im Zuge der grasierenden Privatisierungswelle. Barnés dankte bereits am 12. November ab. Doch auch sein Nachfolger, der von Präsident Zedillo mittels des berühmten „dedaso" erwählte Priist De la Fuente, zeigte sich bis jetzt nicht bereit, auf den Forderungskatalog des Streikrates der StudentInnen (CGH – Consejo General de Huelga) einzugehen. Indes mehrten sich seit Ende Dezember die Repressalien gegen die Streikenden. Am 28. 12. wurde eine Gruppe von StudentInnen als „Drogendealer" festgenommen, als sie Streikparolen auf Wände des Universitätscampus malten. Am Tag darauf wurde ein Student innerhalb des Campus ermordet. Am selben Abend wurde eine Studentin, die gerade eine Veranstaltung der Streikenden besucht hatte, vergewaltigt und angeschossen. Die Anwälte, die die StudentInnen vertreten, erhalten ständig Morddrohungen. Die StudentInnen des CGH fordern die Universitätsdirektion sowie die Regierung auf, diesen Krieg niedriger Intensität gegen sie sofort zu beenden und die 6 Punkte ihres Forderungskataloges umzusetzen:

- Abschaffung der Studiengebühren
- Demokratisierung der Strukturen der UNAM
- Beendigung der Repression und keinerlei Sanktionen für die am Streik beteiligten StudentInnen
- Abschaffung des repressiven Polizei- und Spitzelapparates innerhalb der UNAM
- Abschaffung der Modifizierungen der Inskriptionsregulierung vom Juni 1997
- Abschaffung der Studieneingangsprüfung
- Seit dem 6. Februar kommt eine 7.Forderung hinzu: Freilassung aller Gefangenen

Die StudentInnen der CGH solidarisieren sich in ihren Stellungnahmen mit der Lehrergewerkschaft CNTE, der EZLN, und weiteren Teilen der Volksbewegung, wie z.B. die Bauernorganisationen in Guerero. Die Regierung rechtfertigt die Stürmung der Uni u.a. damit, daß die Streikbewegung sich in ein „Staatsproblem" verwandelt hätte, da sie mit nichtuniversitären sozialen Organisationen paktiere.
Die Strategie des Staatsterrorismus ist vielseitig. Zum einem inszenierte man eine Umfrage, in der nur 40% der Uni-Angehörigen teilnahmen und verwendete dann die Ergebnisse, die ein Ende des Streiks forderten, als Grund für die represiven Ma_ahmen. Immer wieder versuchten Provokateure, die Treffen zwischen CHG und Streik-GegenerInnen zu stören. Der Spitzelapparat innerhalb der Uni wird ständig ausgebaut.
Am 1. Februar 2000 kam es zu einer neuerlichen Eskalation der staatlichen Repression gegen die Streikenden, als nach offensichtlich geplanten Provokationen seitens einer Gruppe von Spitzeln, die Militärpolizei und Aufstandsbekämpfungstruppen den Campus stürmten, mehrere StudentInnen schwer verletzten und 250 Streikende festnahmen. Die Anklage lautet auf Terrorismus, Aufruhr (motín), Raub, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Gegen weitere 430 Streikende gibt es Haftbefehle. Der Rektor De La Fuente rief die Staatsgewalt dazu auf, ihn bei der Räumung „seiner" Universität zu unterstützen, was dann ja am 6. Februar passierte. Auch die Medien berichten im Interesse der Regierung und der Universitätsdirektion und setzen alles daran, die streikenden StudentInnen als „TerroristInnen" hinzustellen. Nach der brutalen Räumung der UNAM am 6.2. wurden Bilder von angeblichen Marihuanapflanzungen und Waffenarsenalen auf dem Campus gesendet.
Doch die über 100.000 Menschen, die am 9.2. in Mexiko D.F. in einem beeindruckenden Protestmarsch ins Zentrum der Stadt wanderten, konnten wohl auch sie nicht überzeugen. Die Nachrichten sprachen von knapp 1.500 Teilnehmern und schalteten dann auf eine Musik-Doku um. (kommt uns bekannt vor!). Sogar der sozialdemokratischen PRD (Partido de la Revolución Democrática) ging es zuweit und nachdem sie sich immer wieder von den „ultras" der CHG distanziert und ein Ende des Streiks gefordert hatten (z.B. der PRD-Abgeordnete Gilberto López y Rivas bei seinem Wien-Besuch im Jänner...), solidarisierten auch sie sich mit den Streikenden.

Das CGH bittet die internationale Solidarität um Protestaktionen vor den mexikanischen Botschaften in aller Welt. (Türkenstr.15, 1090 Wien Tel:310 73 83 Fax: 310 73 87)
Die umfangreiche Homepage des CGH beinhaltet u.a. auch die ersten 5 Stellungnahmen auf englisch:
www.geocities.com/Baja/Mesa/9813
Ihre e-mail-Adresse lautet: cgh@ciencias.dyn.cheapnet.net
Weitere Dokumente dazu in der red zapatista: www.pangea.org/ellokal/chiapas

mary

Guatemala: Ex-Guerilla nimmt erstmals an Wahlen teil

Nach 36 Jahren bewaffneten Widerstandes und 42 Jahren Arbeit in derKlandestinität, in denen die vier Organisationen der URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca) die guatemaltekische Armee militärisch nicht besiegen konnten, kam es am 29.Dezember 1996 zur Unterzeichnung des Friedensvertrages. Am 7. November 1999 fanden allgemeine Wahlen statt, an denen die Ex-Guerilla zum ersten Mal teilnahm. Die Ergebnisse, vor allem jene der Stichwahl um das Präsidentenamt am 26. Dezember 1999, lassen wenig Hoffnung aufkommen.

Die größte Wahlverliererin: die PAN

Die neoliberale PAN (Partido de Avanzada Nacional – Nationale Fortschrittspartei) bekam bei den Wahlen am 7. November 1999 die Rechnung für ihre desaströse Wirschaftspolitik der Privatisierungen präsentiert. Nichts Außergewöhnliches in Guatemala: Seit der Kontrarevolution von 1954 schaffte es noch keine Partei, für eine zweite Amtsperiode gewählt zu werden. Die PAN, in deren Regierungsperiode (1996 – 2000) der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, versäumte ihre historische Chance, mit der absoluten Mehrheit im Kongreß, die für Guatemala so wichtigen und grundlegenden Friedensabkommen umzusetzen. Indessen vertrat sie die Interessen der städtischen Oberschicht und bereicherte sich am Verkauf der wenigen rentablen Staatsbetriebe, z.B. der Post und der Elektrizitätswerke.

FRG: „Portillo Präsident – Ríos Montt an die Macht"

So lautete einer der Wahlslogans der rechtsextremen FRG (Frente Republicano Guatemalteco), der Siegerpartei. Der christlich-evangelikale Fundamentalist General Ríos Montt, gegen den in Spanien ein Verfahren wegen Völkermord eingeleitet wird, putschte sich 1982 an die Macht, die er 1 ½ Jahre später an den nächsten Putschisten, Mejía Víctores, abgeben mußte. In dieser Zeit intensivierte er die bereits von Romeo Lucas (1978 – 1982) begonnene „Politik der verbrannten Erde" und ist verantwortlich für zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung, wie es auch der Bericht der Wahrheitskommision aufzeigt. Seine Strategie, dem Fisch (der Guerilla) das Wasser zu entziehen, ging jedoch nicht auf. Seit dem „Fall Pinochet" verließ er das Land nicht mehr. Mehrmals versuchte er bereits die Verfassung, die ehemaligen Putschisten das Präsidentenamt verweigert, abzuändern. Doch das gelang dem General auch als Parlamentspräsident während der PAN-Regierung nicht. Nun schickte er den Populisten Alfonso Portillo ins Rennen, der sich als „Kandidat der Armen" präsentierte und in der Stichwahl um das Präsidentenamt den PAN-Kandidaten überwältigend schlug. Der sog. Chilpancingo-Effekt schadete ihm kein bißchen, im Gegenteil: er erschoß in seiner Studienzeit in Chilpansingo, Mexiko, auf einem Fest zwei Studenten und füchtete danach aus dem Land. Portillo – Macho ist auf mehreren Graffitis in Guatemala City zu lesen. Er erreichte 68% der Stimmen, wobei nur 1,9 Mio der 4,5 Mio der im Wahlregister eingetragenen zur Wahl gingen. Auch im Kongreß dominieren die rechtsextremen FRGisten mit absoluter Mehrheit. General Ríos Montt begnügt sich mittlerweilen wiederum mit dem Parlamentspräsidentenamt und zieht die Fäden aus dem Hintergrund. Bis die FRG in guatemaltekischer Tradition bei den nächsten Wahlen in vier Jahren wieder abdanken wird.

Die URNG etabliert sich als 3. Kraft

Als Erfolg bezeichnet die ehemalige Guerilla URNG die 12%, welche die von ihr dominierte linke Wahlallianz ANN (Alianza Nueva Nación) bei den Wahlen erreichte. Sie repäsentiert die einzige politische Partei, die sich weiterhin gemeinsam mit der Volks-, Menschrenrechts-, Bauern-, Indígena-, Gewerkschafts-, und StudentInnenbewegung, um nur einige zu nennen, für die Umsetzung der Friedensabkommen einsetzt. Betrachtet frau die Unsumme an

Nachteilen, denen sich die URNG bei den Wahlen gegenübersah, so sind die Ergebnisse, vor allem auf Gemeindeebebe nicht zu unterschätzen.
(17 Bürgermeister, + weitere URNG-nahe Bürgerkomitees).

Die Nachteile begannen bereits bei dem Wahlgesetz und Gesetz der Politischen Parteien, dessen Reformierung zwar im Zuge der Friedensverhandlungen beschlossen wurde, die PAN jedoch mit ihrer absloluten Mehrheit im Kongreß verhindern konnte. Weiters verfügte die URNG über so gut wie keine finanziellen Resourcen um einen Wahlkampf zu führen. Aber auch Angst vor Repression spielte eine große Rolle. Die FRG verteilte im Wahlkampf unter anderem an alle Ex-Militärbeauftragten (comisionados militares) und Ex-Zivilpatrouillen (PACs- Patrullas de Autodefensa Civil) in den ländlichen Regionen „Wahlzuckerl", und verbreitete somit das Gerücht, mit der Rückkehr des Generals, kämen auch die alten gefürchteten Spitzelstrukturen der comisionados und patrulleros wieder an die Macht. Und was es unter diesen Umständen bedeutet, als URNG-nahe Gemeinde – als guerilleros – bezeichnet zu werden, das ist vielen der Überlebenden noch gut in Erinnerung.
Der Spitzenkandidat der ANN Alavaro Colom, Neffe des bekannten 1979 ermordeten Sozialdemokraten Manuel Colom Argueta, sieht sich in der selben ideologischen Tradition seines Onkels: „socialdemócrata y nacionalista". Bleibt zu hoffen, daß ihn nicht dessen Schicksal ereilt, und auch daß das Projekt der ANN, die dritte Regierung der Revolution zu bilden, nicht in einem Alptraum, wie die zweite Revolutionsregierung 1954, endet.

Zusammensetzung des Kongresses:

FRG:	63
PAN:	37
ANN:	9
DCG:	2
PLP:	1
UD-LOV:	1
Total:	113

Die von der ANN ausgeschlossene ehemalige Linkspartei FDNG, welche 1995 gegründet wurde und damals erstmals an den allgemeienen Wahlen teilnahm, verfehlte nun mit 1,1 % den Einzug in den Kongreß ebenso wie alle anderen 6 Kleinparteien (erforderlich wären mind 4 % oder ein Direktmandat). Sie werden somit laut Wahlgesetz aufgelöst. Je ein Mandat schafften die rechte PLP (Partido Libertador Progresista – Fortschrittliche Freiheitspartei) und die rechtsgerichteten Grünen LOV-UD. Zwei Mandate schafften die Christdemokraten DCG, die auch ein Beispiel für die Bedeutungslosigkeit politischer Parteien in Guatemala darstellen: Von der mitgliedsstärksten Partei in der Geschichte des Landes (1986 stellten sie den ersten „demokratisch" gewählten Präsidenten – eine Marionette des Militärs) versinken sie nun in die Bedeutungslosigkeit.

Und die Friedensabkommen?

In ihrer vor kurzem veröffentlichten Analyse des bisherigen Verlaufs des Friedensprozesses (Balances del Proceso de Paz 1997 – 1999) erklärte die URNG, daß es keinerlei Fortschrite gegeben habe. Außer der Beendigung des internen bewaffneten Konflikts und der Öffnung politischer Spielräume wurde keine einzige Reform durchgeführt. So ist auch das gescheiterte Referendum im Mai 1999 der größte Mißerfolg dieses Jahres, denn damit hätten die Vorgaben der Fridensabkommen endlich verfassungsmäßig abgesichert werden sollen. Nun haben die Rechtsextremen die absolute Mehrheit im Kongreß und stellen die Regierung. Die Eskalation der Gewalt, die bereits in der Wahlnacht zu spüren war, als FRGisten ein Wahllokal niederbrannten, oder gröhlend und ihr faschistisches Fingerzeichen schwenkend die Säle der offiziellen Wahlbehörde TSE stürmten, die Aggressivität gegenüber ihren politischen Gegenern, läßt erahnen, sie sich diese Regierung auf den bereits jetzt auf wackeligen Beinen stehenden Friedensprozeß auswirken könnte. Die Menschen in Guatemala werden selbst entscheiden, wie sie darauf reagieren.
Die Menschenrechtsverletzungen haben 1999 laut dem 10. Bericht der UN-Beobachtungsmission für Guatemala, MINUGUA besorgniserregende Ausmaße angenommen. War in ihrem achten Bericht die Rede von 1900 Menschenrechtsverletzungen, im neunten von 1200 (in vermehrtem Maß jedoch Fälle von Folter in Polizeigewahrsam und außergerichtlichen Hinrichtungen), so stieg die Zahl im zehnten Bericht von 1999, der im Jänner veröffentlicht wurde, auf 4800!

Portillo hat es mit seiner Rethorik und einigen politischen Schachzügen geschafft, sich im Ausland als Verfechter der Menschenrechte zu präsentieren. Er versprach z.B. den Fall des von Militärangehörigen 1998 ermordeten Bischof Gerardi auären, was er auch zu tun scheint. Weiters nahm er einige Dissidenten und andere oppotunistische Ex-Linke in sein Team auf, und unterstreicht v.a. im Ausland seinen Willen, die Friedensabkommen umzusetzen. Im Inneren jedoch konzentriert er sich auf das Zustandekommen eines dubiosen „Regierungspaktes", den er mit allen politischen Akteuren schließen will. Den genauen Inhalt desselben hat er noch nicht verraten. Die URNG warnte bereits vor jeglichen Pakten, die in irgendeiner Form versuchen sollten, die Friedensabkommen aus-zuschließen.

mary

Herrschaft und Legitimität
ein Beitrag zur Tierrechtsdebatte

Die Rationalität beutet jetzt die Natur aus, indem sieihrem eigenen System die rebellischen Potentialitäten der Natureinverleibt.
(Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft)

Seit der Aufklärung (18. Jh.) beginnt der Begriff der "Natur" im Diskurs wesentlich zu werden, "Natur" und Gesellschaft werden identisch gesetzt, wobei diese "Natur" in der Sicht der Aufklärung quasi-republikanisch organisiert ist. Die Romantik führt diese Konstruktion mit einer neuen ideologischen Richtung fort, sie erklärt die "Natur" für autoritär organisiert. Auf diese "Natur" projiziert das sentimentale, verdinglichte Subjekt seine ihm versagte politischer und persönliche Freiheit. Es projiziert sein in gesellschaftliche Zwänge gekettetes Dasein auf die Natur und vermeint, durch deren Befreiung sichselbst zu befreien.
Dieser Zugang verkennt die immer schon a priorigesetzte Definition des menschlichen Wesens als eines gesellschaftlichen Wesens und postuliert den Menschen als einen in der Natur urwüchsigen. Dies bedeutet einen kreationistischen Standpunkt einzunehmen und zu vertreten, d. h. des Menschen als von Gott vor jeder Gesellschaft als Mensch an und für sich geschaffenen. Vertritt man/frau hingegen den darwinistischenStandpunkt, so heisst dies einen evolutionären und damit auch quasi-historischen Standpunkt einzunehmen, der dem aufgeklärten Konstrukt "vom Naturzustand zur Zivilisation" folgt. Ein solcher Standpunkt kann aber in der Folge auch nicht die Weiterentwicklung des homosapiens qua gesellschaftlichem Zusammenspiel innerhalb seiner Artverleugnen. (Ein entgegengesetzter Standpunkt jedoch kann dies, sofern er sich nicht an spezifischem aufgeklärten Konstrukt von Natur als "Republik", sondern anallfälligen anderen Konstrukten orientiert.)
Das bedeutet aber auch die Erkenntnis, dass nur dieSozietät und deren Mechanismen den homo sapiens zu Entwicklungen befähigten und befähigen. Philosophisch gesehen heisst das, dass der Mensch sich erst seine Menschwerdung aneignen musste und zwar qua gesellschaftlicher Organisation, sich aber dann auch die Aneignung aneignete, da auch diese eine erlernbareund erlernte Fähigkeit ist, deren Voraussetzungen jedoch Reflexions- und Abstraktionsvermögen sind, womit dann die Aneignung der Naturunternommen werden konnte. Diese Entwicklungen erfolgten als Prozesse gesellschaftlicher Praxen der Tradierung, welche ein historisches Gedächtnis erforderten. Menschwerdung bedeutet, von einem Instinkt geleitetenWesen zu einem reflexiven und vernunftgeleiteten, sich selbst bewusstenSubjekt zu werden, zu beginnen sich die Natur anzueignen und sie zuproduzieren.
Die Tierrechtsbewegung argumentiert nun einerseits kreationistisch, indem sie den Menschen als gegeben und nicht als aus ihrgeworden, der Natur gegenüberstellt, ihn und seine Bedürfnisse von der Natur abstrahiert und ihm eine gottgleiche Erhabenheitüber die gesamte Natur zuschreibt, seine Autorität gegenüber Flora und Fauna damit quasi auch legitimiert, indem ihm das "Böse" (Tierquälerei und -mord) zugeschrieben und das "Gute" (Kampf für die Tierrechte)abverlangt wird, andererseits darwinistisch, indem sie auf die Verwandtschaft zwischen Menschen und Tieren hinweist, umdaraus Notwendigkeiten einer erst im 19./20. Jh. philosophisch entstandenenPraxis gesellschaftlichen Handelns, die kaum für ein Zehntel der lebenden Menschen abgesichert ist, auf Spezies anzuwenden fordert, deren postulierte Rechte bereits mit ihrer phantasmatischen Vermenschlichung aufs empfindlichste verletzt werden.
In beiden Argumentationssträngen wird systematisch das Moment der Historizität und der gesellschaftlichen Praxis, das beiden Theorien durchaus innewohnt, ausgeblendet und ersetztdurch das mystifizierende quasi religiöse Fetischdenken des verdinglichten totalitären falschen Bewusstseins,das stark an esoterische Praxen angelehnt scheint, mit epistemischer Naturerfahrung aber nichts zu tun hat.
Die Dinge sind für ein solches Bewusstsein das,was sie zu sein scheinen, die geschichtlichen Epochen werden durchgemischt wie Schnipp-Schnapp-Karten, KZ-Opfer werden verhöhnt und noch einmal als Propagandamaterial missbraucht (übrigens ganz in der Tradition ihrer seinerzeitigen PeinigerInnen), Geschichte und Gesellschaft als konstitutive Momente des Menschen an und für sich werden geleugnet und als Ersatzdroge wird eine moralisierende Pseudoreligiosität inklusive savonaroleskem Fanatismus angeboten.
Ein Beispiel aus einer Tierrechts-Website: "Aber es gibt auch viel direktere Verbindungen zwischen Menschenrechtsverletzungen & der Missachtung von Tierrechten. Genüsslich werden tierische Produkte von sogenannten MenschenrechtlerInnen konsumiert, zu deren "Erzeugung" Getreide gebraucht wurde, das Milliarden unterernährten Menschen fehlt. Das allein sollte schon als Argumentgelten. Doch zu allem Überfluss wird dieses Getreide in den Gebieten der hungernden Menschenangebaut, um dann in europäischen oder nord-amerikanischen Mastbetrieben an das zukünftige Fleisch verfüttert zu werden. Auf diesen

Getreide-Plantagen werden die Eingeborenen als ArbeiterInnen durch unvorstellbar geringen Lohn zusätzlich missbraucht." 1
Diese Argumentation stammt aus der alten linken "Hunger ist kein Schicksal" - Debatte; nur wird der richtige Hinweis auf globale kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse dazu eingesetzt,europäische und nordamerikanische MenschenrechtlerInnen über das "Fleischessen" als "Ausbeuter" zu denunzieren, reduziert die komplexe Problematik auf eine Verantwortlichkeit von FleischesserInnen, und suggeriert, dass deren Abstandnehmen vom Fleischessen dann ein Paradies auf Erden herbeiführen könnte. Dass der Hunger auf der Welt um nichts geringer wäre, wäre die gesamte Weltbevölkerung noch so vegan, fällt den AutorInnen natürlich nicht auf, da für den Hunger offenbar nicht kapitalistische Strukturen sondern eine Art "Weltverschwörung" von MenschenrechtlerInnen und FleischesserInnen verantwortlich zu sein scheint. Niemals fällt den TierrechtlerInnen ja auch ein, dass die Verfügung über Tiere, als ein Verfügungsrecht über privates Eigentum ein unantastbares a priori unserer Gesellschaft darstellt. Denn mit privatem Eigentum kann nach Gutdünken verfahren werden, insbesondere, wenn essich, wie bei vielen Nutztieren, um Produktionsmittel, also Kapital handelt. Profit ist der oberste Fetischund wer kein Geld hat, kann sich hier wie dort nichts zu essen kaufen, unabhängig vom fleischfressenden oder veganen lifestyle.

Also wird der neuralgische Punkt lieber beiseitegelassen, mit Verschwörungstheorien und Mythenbildungen, kann mensch ja viel grössere Erfolge erzielen. Das haben die deutsche und die österreichische Geschichte vor sechzig Jahren schon mal bewiesen.
Lieber wird deshalb eine paternalistische und autoritäre Haltung gegenüber der Welt vertreten, die die "StellvertreterInnen Gottes auf Erden" - Selbstzuschreibung einnimmt, indem sich die SprecherInnen der Tiereals RichterInnen über Menschen aufwerfen. Die Tiere aber haben ihre SprecherInnen genausowenig beauftragt, in ihrem Interesse zu reden, als sie ihnen auch jemals ihr Vertrauen als angemessene VertreterInnen entziehen werden können. Interesse und Instinkt stehen einander gegenüber so wie Reflexion und Reflex.
Das als "Interesse" interpretierte Bedürfnis der Kreatur ihren (unwillkürlichen) Instinkten zu folgen, setzt "Freiheit" mit der Freiheit gleich, der Tyrannei der Natur sich unterwerfen zu dürfen. Dieser immanente Diskurs ist aber nicht auf die Tiere gemünzt, denen die Tyrannei der Menschen über sie durch die der Natur ersetzt werden und dann als ihre Befreiung interpretiert werden soll, sondern auf die Menschen, an die er sich ja imGrunde richtet. Denn das "Interesse der Tiere" ist immer das Interesse derer, die sich zu ihren FührerInnen machen (womit sich für die Tiere vielleicht weniger geändert hat als ihre BefreierInnen zugeben wollen).

Denn eigentlich sollen die Menschen lernen, "Natur" als das über ihnen stehende Höchste anzuerkennen, und die"Versündigung" gegen sie als Sakrileg gegen das Unabänderliche zubegreifen. Es soll die Einübung sein, den als "Natur" definierten Herrschaftszusammenhang der Wenigen über die Vielen widerspruchslos anzuerkennen. Befreiungbedeutet dann, das gesellschaftliche Schicksal als "natürliche Bestimmung" hinzunehmen und für die ultimative Freiheit zu halten. Aus diesem Grund hat die Tierrechtsbewegung auch solche Schwierigkeiten, sich von alten und neuen Nazis in ihrer Ideologie abzugrenzen, denn der "natürlichen Bestimmung" der Tiere folgt dann die der Menschen und diese wiederum wird von SprecherInnen definiert und organisiert, denen aufgrund der gesellschaftlichen Herrschaftsbedingun-gen die Organisierung der notwendigen Zustimmung keinProblem sein dürfte.
Vor der Folie der, den Menschenrechten analog gesetzten Tierrechte, fordert die Tierrechtsbewegung für sich daher einzig die Anerkennung ihrer MORALITÄT, da es ihr um eine Anerkennung ihrer (nicht vorhandenen) Kritik nicht gehen kann. Damit wird innerhalb der Linken ein äußerstbürgerlicher Wettbewerb um die höchste Punktzahl im Moralismuseröffnet, ein Wettbewerb, der im viktorianischen Zeitalter via Sexualität abgehandelt wurde und in ubiquitärer Heuchelei endete. DerTierrechtsmoralismus verknüpft dabei den hochgehobenen (phallischen??) Riesenzeigefinger mit dem Florence-Nightingale-Charity-Syndrom US-amerikanischer mittelständischer Hausfrauen und führt innerhalb einer von kleinbürgerlichenReflexen längst nicht befreiten Linken zu enormen Autoritäts- und Credibilitygewinnen. Und einzig darum scheint es ihm zu tun zu sein. Aber schon die Beanspruchung einer Autoritätsposition steht dem Anspruch auf Freiheit entgegen.
Die Gleichsetzung von Mensch und Tier führt im spätkapitalistisch-neoliberalen gesellschaftlichen Kontext nur zum Bedeutungsloswerden der philosophisch-ethischen Kategorie "Mensch" und zumVerfall seiner Unantastbarkeit.2
Somit kann und wird die Tierrechtsbewegung das genaue Gegenteil ihres Zieles erreichen und der kapitalistischen Verwertungslogik unter der Flagge ihrer vorgeblichen Bekämpfung wieder einen Teil der emanzipatorischen Selbstgewissheit desSubjekts ausgeliefert haben.

Nora Hermann

LOKAL GEGEN GLOBAL – BAUERNBEWEGUNGEN IN INDIEN

«Hunderttausende von Bauern und Bäuerinnen in ganz Indien protestieren gegen Monsanto. Am 28. November 1998 setzten sie das erste Feld in Brand, auf dem Monsanto Feldversuche mit genetisch manipuliertem Saatgut durchgeführt hat. Die Feldversuche liefen seit drei Monaten, die Öffentlichkeit hatte aber erst kürzlich davon erfahren. Aktivisten und Aktivistinnen der Bauernbewegung stürmten am 1. Dezember 1998 das Bürogebäude von Monsanto in Hyderabad, woraufhin die Regierung des Bundesstaats Andhra Pradesh Monsanto aufforderte, die Feldversuche in diesem Staat abzubrechen.» Dies berichtet ein Aktivist der Bauernbewegung des Staats Karnataka (KRRS). Ihre Proteste bildeten den Auftakt zu einer Kampagne der direkten Aktion gegen Konzerne, die in die Biotechnologie investieren. Das Ziel besteht darin, die Multis in ihre Schranken zu weisen und gleichzeitig zu internationalem Widerstand gegen Abhängigkeit und die Umgehung jahrhundertealter Traditionen aufzurufen.

Die Indien von Weltbank und IWF aufgezwungene Liberalisierung des Marktes ermöglichte dem US-Konzern Monsanto, eine Reihe von Saatgutfirmen aufzukaufen, unter anderem beteiligte er sich am indischen Unternehmen Mahyco. Jetzt kontrolliert diese Allianz den indischen Markt für Baumwollsaat – eines der wichtigsten Exportprodukte des Landes. Es wurde berichtet, daß ausgewählten Bauern kostenlos Saatgut angeboten wurde. Daß es sich dabei um genmanipulierte, in Indien kommerziell noch gar nicht zugelassene Pflanzen handelte, war den Abnehmern aber nicht bewußt gewesen. Das von Mahyco-Monsanto getestete Saatgut sollte nicht nur resistent gegen den Baumwollwurm sein, es ist aber auch steril, das heißt, es kann sich nicht vermehren. Wird das Saatgut wie von Monsanto geplant vermarktet, können die Bauern nicht mehr, der Tradition gemäß, einen Teil der Ernte zur Wiederaussaat zurückbehalten. Statt dessen müssen sie neues Saatgut teuer kaufen und verschulden sich damit weiter. «Gleichzeitig mit der Biodiversität wird auch die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung beendet», erklärt ein Aktivist von KRRS. Es gab auch keine Schutzmaßnahmen für die umliegenden Felder, so konnten sich die Pollen ungehindert ausbreiten. Inzwischen hat Monsanto mit EID Parry eine weitere Saatgutgesellschaft aufgekauft, deren Baumwollsorte "Weißes Gold" auf Tausenden von Hektar in Andhra Pradesh ein großer Fehlschlag war. In der Region begingen 500 Bäuerinnen und Bauern wegen der Baumwollmißernte Selbstmord. Der Molekularbiologe Dr. Pushpa Bhargava vertrat beim Indischen Wissenschaftskongreß die These, Monsanto habe bewußt mitgewirkt, daß schlechtes Saatgut verkauft wurde um das System der Saatgutvorräte zu zerstören. Die Vernichtung der Vorräte und das Ankaufen der Saatgutgesellschaften führe dazu, daß die Bauern in Zukunft keine andere Wahl hätten, als Gen-Baumwolle zu kaufen.

Das Kapital hat schon immer auf globaler Ebene operiert – vom Sklavenhandel bis hin zur imperialistischen Kolonisation von Völkern, Ländern und Kulturen auf der ganzen Welt hat sich die Akkumulation des Kapitals vom Blut und von den Tränen vieler Menschen genährt. Heute setzt das Kapital eine neue Strategie ein, die "wirtschaftliche Globalisierung" lautet und aus der Abschaffung nationaler Handelsschranken und Beschränkungen des freien Kapitalflusses besteht. Mehrere Selbstmordwellen überschuldeter indischer BäuerInnen haben in der Presse für Schlagzeilen gesorgt. Hunderte KleinbäuerInnen nahmen sich das Leben, nachdem im Rahmen der Zollbestimmungen der WTO die Importzölle für Erdnüsse aufgehoben wurden und die BäuerInnen sich in einer ausweglosen Position wiederfanden. Seit Multinationale Unternehmen unter dem Schutz der Welthandelsorganisation das Geschäft mit Saatgut, Düngemittel und Pestiziden dominieren, steigen die Preise dieser "Wundermittel" stetig, während der Erlös für die Erzeugnisse stagniert oder gar sinkt. Wenn die Bauern und Bäuerinnen die Falle bemerken, ist es meist zu spät: die Erde ist ausgelaugt, die Pflanzen sind anfälliger geworden und vor der Tür stehen die Geldverleiher, die den Erwerb des Saatguts oder der Maschinen ermöglicht haben und fordern Zins und Tilgung. Während einerseits die BäuerInnen nicht mehr von ihren Produkten leben können, kann sich der Rest der ärmeren Bevölkerung die Grundnahrungsmittel kaum noch leisten. So hat sich beispielsweise der Preis von Zwiebeln, einem der wichtigsten Grundnahrungsmittel für die arme Bevölkerung, durch die Deregulierung verdreifacht.

Die Bauernbewegungen wehren sich auch gegen die Erteilung von Patentrechten auf Lebewesen an Multinationale Konzerne, durch die diese Eigentümer von Pflanzensorten werden. Das Patent für den in Indien seit Jahrhunderten als Heilpflanze verwendete Neembaum war dem amerikanischen Landwirtschaftsministerium (USDA) und dem Unternehmen W.R.Grace erteilt worden. Das Wissen um die fungizide und antiseptische Wirkung des Neembaumes ist

aber traditionelles Kulturgut indigener Bevölkerungsgruppen in Indien. Nicht einmal Reis, Grundnahrungsmittel für Millionen, bleibt vom Zugriff verschont: Die texanische Firma Rice Tec sicherte sich die Rechte auf eine neue Variante von Basmati-Reis, einer seit Jahrhunderten in Indien kultivierten Reissorte. Die Umweltschützerin Vandana Shiva warnt vor einem Ausverkauf der Genressourcen: "Nicht nur, daß die Bauern die Rechte an ihrem Saatgut verlieren, womöglich müsse die indische Landbevölkerung sogar ihre altbewährten Kräuter und Heilpflanzen im Supermarkt kaufen, weil Biotechnologie Konzerne Patentrechte darauf halten".

Die KRRS : Bauernvereinigung des Staats Karnataka

Immer mehr Inderinnen und Inder wenden sich heute den politischen Bauern-bewegungen zu. Die bedeutendste Organisation ist die KRRS in Karnataka, eine emanzipatorische Bauernbewegung, die sich gegen Biotechnologie und Liberalisierung des Handels wendet. Mit über zehn Millionen Mitgliedern wurde sie zur stärksten außerparlamentarischen Opposition des indischen Subkontinents. Ihr Ziel ist die Umsetzung der Dorfrepublik, die auf Basisdemokratie, wirtschaftlicher und politischer Selbstbestimmung gründet. Entscheidungen sollen darin nur unter Einbezug aller Betroffenen gefällt werden. Dieses dezentrale Modell wird auch innerhalb der Organisation umgesetzt. Die Grundlage der Bewegung ist die Dorfeinheit, die über ihre Organisationsform und ihre Finanzen, ebenso wie über ihr Programm und ihre Aktionen selbst bestimmt. Die nächst größeren Organisationsebenen sind die des Taluks, des Distrikts und des Staats. Auf diesen Ebenen werden jedoch nur Themen behandelt, die mehrere Dörfer, Taluks oder Distrikte betreffen und deshalb koordiniert angegangen werden müssen. Gleichzeitig strebt die KRRS kulturelle Veränderungen an. Insbesondere stellt die Aufhebung des Kastensystems eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit dar. Zudem richtet sich die Bewegung gegen die patriarchalen Strukturen der indischen Gesellschaft. Alle Aktionen werden unter dem Prinzip der Gewaltlosigkeit durchgeführt, wobei ziviler Ungehorsam und direkte Massenaktionen wie die erwähnten Proteste gegen Monsanto die Hauptaktionsformen darstellen.

Weitere Beispiele von Volksbewegungen in Indien sind die Bharatiya Kisan Union (BKU), eine Bauernvereinigung aus Nordindien, Fischerorganisationen, die sich gegen die mechanisierten Fangflotten wehren und die Narmada Bachao Andolan (Save the Narmada) Bewegung. Gigantische Staudammprojekte im Narmada-Tal führten zu großen Protestaktionen der ansässigen Bevölkerung, die wegen der Überflutung ihres Landes ausgesiedelt werden müßten. Hierbei handelt es sich größtenteils um Adivasi , der indigenen Bevölkerung Indiens, die in den abgelegenen Regionen ihre eigene Kultur erhalten konnten. Doch durch Megaprojekte werden sie aus ihrem Land vertrieben und durch Zwangsumsiedlungen zu einer Umstellung ihrer bisherigen Lebensweise gezwungen. Viele bereits umgesiedelte Menschen klagen über schlechtes Land und mangelnde Wasserversorgung in den ihnen zugewiesenen neuen Siedlungsgebieten. Die Adivasi-Gemeinden zeichnen sich durch eine solidarische und naturverbundene Lebensweise aus, im Gegensatz zu den Gebräuchen der Angehörigen der hinduistischen oder der islamischen Religionsgemeinschaft sind die Frauen bei den Adivasis den Männern gleichberechtigt. Durch die Vertreibung von ihrem Land landen viele von ihnen entwurzelt in städtischen Elendssiedlungen. Die Protestaktionen haben zu einem Rückzug der Weltbank aus dem Narmada-Staudamm-Projekt geführt, aber die transnationalen Konzerne, die durch den Verkauf von Beton und Turbinen vom Staudammbau profitieren, lassen nicht locker. In Maheshwar finanzieren Siemens und Asea-ABB selbst einen Damm, welcher fruchtbares, und bereits bewässertes Land überfluten und zehntausende Familien ihres Landes berauben soll. Im Jänner dieses Jahres haben 25000 Personen erneut gegen dieses neokoloniale Unternehmen protestiert.

Die Bewegungen sind bestrebt, nationale und internationale Netzwerke aufzubauen, um die Themen auch in einem breiteren Rahmen anzugehen. Durch eine breite Zusammenarbeit entstanden in Indien Organisationen wie die Indische Bauernunion (BKU) oder JAFIP, ein Aktionsforum der indischen Bevölkerung gegen die WTO, in dem neben der Landbevölkerung auch Industriearbeiter und -arbeiterinnen, Frauenorganisationen, Akademiker und Akademikerinnen vertreten sind. Die Befreiungsbewegungen werden immer mehr unter Druck gesetzt: Einerseits von hindu-fundamentalistischen Parteien wie BJP oder Shiv Sena, die mit allen Mitteln versuchen, die Bewegung zu schwächen. Andererseits greifen Polizei und Justiz immer stärker zu. Während Massenaktionen des zivilen Ungehorsams wurden bis zu 37000 Personen an einem einzigen Tag verhaftet. Solche Massenverhaftungen kommen insbesondere in Zeiten der intensiven Mobilisierung vor. Allein im Bundesstaat Andhra Pradesh wurden von 1992-1998 mehr als 600 Bauernaktivisten durch die indische Armee getötet. Am 1. Mai 1998 demonstrierten in Hyderabad, der Hauptstadt Andhra Pradeshs, hunderttausende BäuerInnen, LandarbeiterInnen, Stammesangehörige (Adivasi) und Industrie-

arbeiterInnen gegen die WTO und die neoliberale Politik und forderten einen sofortiger Austritt Indiens aus der WTO, was eine erneute Welle von Verfolgungen von Angehörigen oppositioneller Volksbewegungen durch die Regierung auslöste.

Naxalbari

Bauernbewegungen gab es in Indien schon in der Kolonialzeit, der erste Unabhängigkeitskampf von Bauern und einer Rebellenarmee 1857 legte den Grundstein für eine demokratische Revolution. Nicht immer werden die Grundsätze der Gewaltlosigkeit vertreten. Eine revolutionäre maoistische Bewegung besitzloser Landarbeiter, die im bewaffneten Kampf gegen Grundbesitzer antreten, sind die sogenannten „Naxaliten", benannt nach dem Ort Naxalbari in West-Bengalen (Darjeeling Region). Der Kampf begann am 3. März 1967: eine Gruppe Landarbeiter besetzten ein Stück Land in der Naxalbari Region, markierten die Grenzen mit roten Fahnen und begannen die Ernte. Während der Naxalbari-Aufstand niedergeschlagen wurde, begann die Ideologie sich im Land zu verbreiten. Legendär wurde der Aufstand in Srikakulam, einer hügeligen von Adivasis bewohnten Waldregion im Nordosten des Bundesstaates Andhra Pradesh. Hier hatten zwei Lehrer, Vampatapu Sathyanarayana und Adibhatla Kailasam, seit Ende der Fünfziger Jahre eine revolutionäre Massenbewegung aufgebaut. Landbesetzungen, gewaltsame Ernteeinholung und Auseinandersetzungen mit Grundbesitzern führten zu bewaffneten Zusammenstößen mit der Polizei. Srikakulam wurde Signal für die Ausbreitung der Bewegung und zur Gründung von bewaffneten maoistischen Formationen in West Bengalen, Andhra Pradesh, Bihar, Punjab, Uttar Pradesh und Tamil Nadu. Als ideologischer Hintergrund für die Bewegung, die im Gegensatz stand zu den Anschauung der in Westbengalen herrschenden Kommunistischen Partei, die sich für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus aussprach, wurde 1967 die Communist Party of India (Marxist) und 1969 die Communist Party of India (Marxist-Leninist) mit Charu Mazumdar als Generalsekretär gegründet. Als die meisten Aufstände von Polizei und Armee niedergeschlagen worden waren, wurde 1971 in Kalkutta von revolutionären Jugendbewegungen ein städtischer Guerillakampf entfacht, der beispiellose Ausmaße annahm und Panik bei der herrschenden Klasse auslöste. Mit brutaler Gewalt durch Killer-Schwadronen wurden unzählige Mitglieder der Bewegung systematisch erschossen.

Trotz der stetig ansteigenden Repressionen durch den Staat hat die Bewegung überlebt und Guerillazonen haben sich in Gebieten von Bihar, Dandakaranya und in Teilen Andhra Pradeshs eine Basis verschafft und sind eine Kraft geworden, mit der gerechnet werden muß. Die wesentliche Frage für das Wohlergehen der Massen ist die Landfrage. In den Guerillazonen wurde ungenütztes Land der Regierung besetzt und tausende Hektar Land von Grundbesitzern konfisziert und an Landlose und arme Bauern verteilt, viele von ihnen sind Adivasis oder Dalits . Manche Grundbesitzer sind geflohen, einige haben aufgegeben, manche wurde ermordet. Verwaltet werden diese Zonen durch Bauern-Komitees, die demokratisch gewählt werden. Das Dorfentwicklungskomitee hat die Aufgabe, Enwicklungsprojekte zu planen und zu organisieren. Ein Schwerpunkt liegt in der Bildung und Erziehung der Dorfbewohner, der Bekämpfung der sozialen Unterdrückung der Frauen und der Aufhebung des Kastenwesens. Das Panchayat Komitee übt bei Streitfällen die Gerichtsbarkeit aus und Kooperativen helfen den Bauern, wenn sie Kredite benötigen. Das benötigte Geld wird aus Beiträgen von den Familien, der Partei und durch Zurückforderung von veruntreutem Geld aus Tempeln gewonnen. Geschützt werden sie durch Dorfverteidigungstruppen, den Gram Rakshak Dal (GRD). Einige mächtige Grundbesitzer haben sich Privatarmeen geschaffen die mit brutaler Gewalt gegen Dorfbewohner vorgehen, die sie der Zusammenarbeit mit den „Naxaliten" verdächtigen. Massaker wie das am 22. Jänner 1999, verübt von der berüchtigten „Ranvir Sena" im Dorf Shankerbigha im Jehanabad Distrikt, Bihar, sorgen immer wieder für Schlagzeilen.

Die Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand

Zusammen mit 100 VertreterInnen aus anderen Ländern des Trikonts waren 500 BäuerInnen aus Indien von Mai bis Juni 1999 in mehreren Ländern in Europa unterwegs, um gegen Liberalisierung und Globalisierung zu protestieren, die zwei wichtigsten Ereignisse waren die Demonstrationen beim EU-Gipfel und beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Das Projekt entstand auf Initiative der KRRS im Rahmen der weltweiten Koordination «Peoples' Global Action gegen 'Frei'-Handel und die WTO» (PGA). Die PGA ist ein dezentrales Netzwerk verschiedener Organisationen und Basisbewegungen aus aller Welt wie z.B. der Frente Zapatista de Liberacion Nacional (Mexico), OSOP Ogoni Bewegung (Nigeria), Movimento Sem Terra (Brasilien), Garment Workers Unity Forum (Bangla Desh), Peasant Movement of the Philippines (KMP), National Alliance of Peoples' Movements (Indien) u.v.a., das 1998 in Genf gegründet wurde.

In seiner Rede beim G-8 Treffen am 19. Juni 1999 in Köln erklärt Prof. Nanjundaswamy, Sprecher der KRRS, das Ziel der Bewegung: Eine Gesellschaft, in der die der lokalen Gemeinschaften die Kontrolle über die lokale Wirtschaft haben und eine Abschaffung der Zentralisierung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Wirtschaftswachstum und Konsum solle dazu dienen, eine erhöhte Lebensqualität für die Menschen und Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu erreichen. "Während viele Menschen im Süden von der Notwendigkeit eines radikalen Wandels überzeugt sind, akzeptiert eine Mehrheit der Bevölkerung im Norden passiv die zynische Behauptung, das es keine Alternative zur aktuellen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung gäbe und verleugnet dadurch ihr eigenes Potential, ihre Rechte zu verteidigen und über ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Die Konkurrenz zwischen Ländern, Industriezweigen, Regionen und Städten spielt jedoch nur die Menschen gegeneinander aus und führt zur Stärkung von Faschismus und Rassismus. Eine Veränderung der Gesellschaft kann aber nicht mehr nur auf lokaler oder nationaler Ebene realisiert werden, da wir in einer globalisierten Welt leben, eine Realität der wir nicht entfliehen können." Der Aufenthalt der Interkontinentalen Karawane in Europa sollte dazu beitragen, Kommunikation und Verbindungen zwischen den Menschen, die für diese Ziele kämpfen zu verstärken.

Der Protest richtet sich gegen die Liberalisierung des Marktes, die zu verheerenden Problemen auf der ganzen Welt geführt hat. Die Abhängigkeit vom globalen Markt führt dazu, daß die lokale und nationale Politik nur mehr auf Wettbewerbsfähigkeit konzentriert ist, auf Kosten von Gerechtigkeit, Menschenrechten, Sozialpolitik, Umwelt und Arbeitsbedingungen. Es ist zu erwarten, daß in der neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO im Herbst 1999 über eine noch größere Liberalisierung des Handels auch in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte, sowie über eine Einbindung des Multilateralen Investitionsabkommen MAI, das die Rechte und Privilegien der Multinationalen Unternehmen ausweiten und Entscheidungsbefugnisse von Regierungen bezüglich des Eintritts, der Niederlassung und der Geschäfte ausländischer Unternehmen und Investoren beschneiden soll, verhandelt werden wird. Damit wird dem transnationalen Kapital ein erweiterter Eingriff auch auf Sektoren wie Landwirtschaft, Erziehung und Gesundheit, auf die sie bisher weniger Einfluss hatten, ermöglicht. All diese Abkommen und Institutionen verfolgen das selbe Ziel: die Mobilität des Kapitals zu sichern, die verstärkte Herrschaft des transnationalen Kapitals über Mensch und Natur, die Verlagerung der Macht hin zu weit entfernten undemokratischen Institutionen und die Einschränkung der Freiheit der Menschen, eine auf gemeinschaftlichen Prinzipien basierende und autarke Ökonomie zu entwickeln.

Durch neue Landwirtschaftstechnologien und Strategien von Institutionen wie der FAO (Food and Agriculture Organisation) und der Weltbank wurden Millionen von Kleinbauern auf der ganzen Welt vertrieben und ihr Land gehört jetzt multinationalen Unternehmen und Großgrundbesitzern. Die BäuerInnen finden Zuflucht in den Barackensiedlungen der Großstädte, wo sie unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen. Durch die Einführung der Genmanipulation und der Erteilung von Patentrechen auf Mikroorganismen, Pflanzensorten und Tierarten wird die Kontrolle über die Nahrungsmittelversorgung in die Hände des Agrobusiness gelegt. Biotechnologiekonzerne argumentieren, die Entwicklung genmodifizierter Pflanzen sei ein moralischer Imperativ, da wir ja den Trikont zu ernähren hätten - eine These, die mit Dutzenden von Bildern im Staube sterbender Drittweltkinder belegt werden sollte. Doch diese Konzepte werden ausschließlich in den Industrienationen entwickelt ohne Experten aus den Entwicklungsländern selber zu befragen. Ihr Problem sei aber nicht die Produktion von Nahrungsmitteln, sagen die Betroffenen, - im Gegenteil sei Überproduktion der Grund für Absatzpreise, von denen sie nicht leben können, auch Lagerhaltung ist ein Problem - sondern die Verteilungsfrage.

Durch die Verantwortungslosigkeit sowohl der nördlichen und auch der südlichen Eliten wurden den verarmten Ländern Schulden aufgedrängt, deren Rückzahlung den Transfer von Milliarden von Dollars von den Armen an die Elite der Reichten, sowie eine extreme Ausbeutung von Natur und Menschen zugunsten billiger Exporte verursacht hat und eine Aufhebung der Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialstaaten verhindert. Die aktuelle Weltordnung würde sich nicht ohne globale Repressionsmaschine-rie halten, die militärische Vorherrschaft durch die NATO verschafft den westlichen Mächten die Möglichkeit, ihre globale Herrschaft durchzusetzen für den Fall, daß ein Land sich dem vorgesehenen Entwicklungsprogramm widersetzt. Meisten ist es jedoch gar nicht nötig, die NATO einzusetzen, da die nationalen Repressionsinstrumente wie Polizei, Militär und paramilitärische Gruppen ebenso funktionieren, um lokale Bestrebungen für eine Veränderung zu unterbinden und zudem viel billiger als internationale Militäreinsätze sind und ebenso leicht durch die weltweiten Machtzentren zu kontrollieren. Beispiele dafür sind der langsame Völkermord an der indigenen Bevölkerung in Chiapas durch die mexikanische Armee, die ungestraften Operationen von paramilitärischen Gruppen in Kolumbien etc.

Da nicht zu erwarten ist, daß ein Wandel durch die Institutionen und die Zentren der Macht herbeigeführt wird, sprechen sich die Vertreter der „Interkontinentalen Karawane" dagegen aus, Lobbyarbeit bei PolitikerInnen zu betreiben, damit würden die Institutionen legitimiert. Schlimmer noch: Lobbyarbeit kann dazu führen, daß Organisationen, die den Anspruch erheben, einen Teil der «Zivilgesellschaft» zu vertreten, instrumentalisiert werden – die Multis und Institutionen können sagen, daß ihre Abkommen und Strategien in einem «demokratischen» Prozeß mit allen sozialen Sektoren erarbeitet worden seien. Als Beispiel für eine solche Symbiose zwischen Institutionen und den Repräsentanten der sogenannten «Zivilgesellschaft» ist die Sozialklausel zu erwähnen, die in die WTO-Abkommen integriert werden soll. Diese Klausel soll in allen WTO-Mitgliedsstaaten minimale Arbeitsbedingungen garantieren, eine Nichteinhaltung führt zu Sanktionen. Tatsächlich bedeutet aber die Anwendung dieser Klausel, daß der Norden ein perfektes Instrument für einen selektiven Protektionismus in die Hände bekommt. Gleichzeitig würden die Ursachen zementiert und verstärkt, welche die Menschen dazu zwingen, unmenschliche Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Sie verlangen auch keine Schuldentilgung oder Neuverhandlungen, sondern fordern die Regierungen des Südens auf, die Rückzahlungen einzustellen. In ihrem Manifest erklären sie: „Wir wollen kein Geld vom Westen, wir wollen auch keine westlichen Technologien oder «Experten», die uns ihr Entwicklungsmodell aufdrängen. Wir lassen uns auch nicht als politisches Werkzeug mißbrauchen, um die Eliten um Reformen zu bitten, um die wir nie gebeten haben. Wir wollen nur unsere Kraft organisieren und sie kombinieren mit der Kraft von anderen Bewegungen aus dem Norden und aus dem Süden, um die Kontrolle über unser Leben wiederzugewinnen".

Heidi

Critical Mass

Seit einiger Zeit tauchen in Wien immer wieder wie aus dem Nichts RadfahrerInnen, FußgängerInnen und andere nichtmototisierte VerkehrsteilnehmerInnen auf. Eine ungeheuer große, sanft verkehrende kritische Masse: Selbstbewußt und friedlich drehen sie gleich noch einige Runden in der Stadt - und für kurze Zeit gehört die Straße dem sanften Verkehr. Denn für die sperrigen Autos bleibt halt kein Platz!
"Was für eine Vergnügungsfahrt!" heißt es im Aufruf zu diesem organisierten Zufall "Und dies ist auch noch alles ganz legal - Wir blockieren nicht, wir sind der Verkehr!"
Diese organisierten Zufälle finden seit einigen Monate jeden letzten Freitag im Monat um 16.00h vor der Hauptuni in Wien statt.
Die ganze Idee ist Teil vieler weltweit immer wieder stattfindender organisierter Zufälle. Wer mehr darüber wissen möchte findet dazu einiges im Internet:
http://www.critmass.org.uk
http://akin.mediaweb.at/andere.gruppen/critcal.htm

Petra Meier

Abonnement-Bestellschein

- ❋ Ich möchte ein Abo der radiX und lege ATS 100.-/ (SFR 25.-/ DM 30.-) für 4 Nummern bei.
- ❋ Ich habe noch ein wenig Kohle für Eure politische Arbeit und lege zusätzlich eine Spende bei.
- ❋ Ich interessiere mich für eine Mitarbeit bei Euch. Setzt Euch mit mir in Verbindung.

Meine Adresse:

_____

_____

_____

_____

Einsenden an:
Ökologische Linke, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien

Kurzmeldungen

TierRECHTlerInnen folterten Journalisten

Der 43-jährige Journalist Graham Hall - ein preisgekrönter Fernsehreporter - soll Anfang November nach Berichten verschiedener londoner Zeitungen, sowie der taz - von einem Kommando der Animal Liberation Front (ALF) entführt und zwölf Stunden festgehalten worden sein. Aus Rache für einen ALF-kritischen Bericht wurden dem Journalisten mit einem glühenden Eisen die Initialen der TierRECHTlerInnen in den Rücken gebrannt.
Kurz zuvor war Graham Hall für eine Sendung über die Methoden der ALF ausgezeichnet worden.
- red -

Mahnwache gegen den Krieg in Tschetschenien

In Wien fand Anfang November eine kleine Mahnwache vor der Russischen Botschaft statt, die von der ÖKOLI gemeinsam mit dem Internationalen Versöhnungsbund, der Friedensbewegung, der Arge Wehrdienstverweigerung und der Rosa Antifa Wien getragen wurde. Eine Delegation der Kundgebung wurde schließlich von der Botschaft empfangen und konnte eine Resolution übergeben, in der die Russische Regierung aufgefordert wurde "ihre Probleme mit der tschetschenischen Führung [...] nicht mit militärischen Mitteln, sondern mit Verhandlungen zu lösen und von jeder rassistischen Politik gegen Menschen aus dem Kaukasus oder andere Minderheiten Abstand zu nehmen."
-red-

Unsichere AKWs

Eine Untersuchung des japanischen Arbeitsministeriums ergab, daß nur in 2 der 17 japanischen Atomanlagen, die vorgeschriebenen Sicherheitsstandards eingehalten würden. Der jüngste AKW-Unfall in Tokaimura - von dem 300.000 Menschen betroffen waren - war dadurch entstanden, daß drei ArbeiterInnen zuviel Uranlösung in einem Stahlbehälter gemischt hatten, weil sie eine illegale Gebrauchsamweisung befolgt hatten.
-sch-

Sechs Tote bei Gentherapie

In der USA sind bei Gentherapie-Studien in New York, sowie in Boston und Pennsylvania sechs Menschen ums Leben gekommen. Bei einem Versuch in New York hätten um blockierte Blutklappen neue wachsen sollen. Nun wurde nach weiteren Todesfällen dem Pharma-Konzern Schering-Plough von der nationalen Gesundheitsbehörde untersagt weitere Versuche durchzuführen.
-red-

Anti Mc´Donalds Kundgebung in Wien

Recht spärlich besucht fiel eine Kungebung vor einem Mc´Donalds in Wien aus, die anläßlich des internationalen Anti-Mc´Donalds Tages organisiert worden war. Gerade 30 - 40 Personen hatten den Weg vor die älteste Filiale der Fast-Food-Kette in Wien, am Schwarzenbergplatz gefunden. Unter den AufruferInnen und OrganisatorInnen der Kundgebung fanden sich neben einigen Linken Gruppen auch AktivistInnen antispezizistischer und holocaustrelativierender TierRECHTSgruppen.

Besuch aus West-Papua

Sam Karoba, Mitglied einer der unzähligen Gruppen der OPM (Organisasi Papua Merdeka, Organisation zur Befreiung Papuas) tourt zur Zeit quer durch Europa, um über die Situation in der 1962 von Indonesien besetzten westlichen Hälfte der Insel Neuguinea zu informieren. Anfang März trafen wir uns mit ihm in Wien.
Indonesien hatte in West-Papua jahrzehntelang die Bevölkerung mit Massakern und Bomben verfolgt, die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört, und durch von der Weltbank mitfinanzierten „Transmigrasi"-Projekten versucht, die Insel unter ihre Kontrolle zu bringen. Interessen europäischer und US-Konzerne, die den Bergbau West-Papuas kontrollieren, führten immer wieder zur Unterstützung dieser Politik der indonesischen Regierung durch Europäische Staaten. Nun ist seit dem Rücktritt Suhartos erstmals Bewegung in die festgefahrenen Fronten gekommen.
Die Bevölkerung West-Papuas hat nach der Volksabstimmung in Ost-Timor erstmals Hoffnung auf die Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Während der bewaffnete Kampf einer mit Pfeil und Bogen bewaffneten Guerilla gegen eine hochmoderne Armee nicht zum militärischen Sieg führen konnte, hoffen die Menschen West-Papuas nun ihre Freiheit mit Verhandlungen zu erreichen.
Wer sich näher für diese Entwicklungen interessiert, kann auf zwei neuen Internetseiten Infos über die OPM und ihren Kampf erfahren:
www.westpapua.net www.fpcn-global.org
Wir werden jedenfalls weiterhin in Kontakt mit Sam bleiben und in einer unserer nächsten Ausgaben einen längeren Artikel zur Situation in Westpapua veröffentlichen.

Battle in Seattle

Das gescheiterte WTO-Treffen in Seattle am 30. 11./1. 12. 1999 wurde zu einem der größten Widerstandsevents der letzten zehn Jahre. Zehntausende aus aller Welt angereiste DemonstrantInnen legten die Stadt für zwei Tage lang lahm. Die US-Sicherheitsbehörden wußten sich nur mehr mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über die Stadt und einem massiven Einsatz von Polizei und Militär zu helfen. Dabei wurde jedoch das eingesetzte Tränengas schon einmal in die Konferenzräume geweht, in denen sich die TeilnehmerInnen am WTO-Treffen befanden. Der Widerstand gegen das WTO-Treffen wurde jedoch nicht nur von linken Gruppierungen, sozialen Bewegungen und ökologischen Gruppen getragen, sondern auch von RechtsextremistInnen unterstützt, die der "Globalisierung" ihre "nationale Identität" und ähnliche reaktionäre Identifikationen gegenüberstellten. Die Abgrenzung gegenüber solchen Argumentationen war dabei auch für an sich fortschrittliche Gruppierungen nicht immer gegeben.
-pet-

Baubeginn für B 301?

Die B 301 - eine autobahnähnliche Verbindungsspanne zwischen Süd- und Ostautobahn, die im Süden Wiens von Vösendorf nach Schwechat die A2 mit der A4 verbinden soll, könnte schon in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Mitte Dezember wurden die öffentlichen Erörterungen des Umweltverträglichkeitsgutachtens durchgeführt. Während eine neue Studie der TU-Wien erklärte, daß die B 301 die Verkehrsprobleme im Süden Wiens nicht lösen könne, hofft die Betreiberin des Projektes, die ÖSAG (Österreichische Autobahnen und Schnellstraßen Aktiengesellschaft), schon bald mit dem Bau beginnen zu können. Für 2015 werden für die B 301 50.000 Fahrzeuge pro Tag prognostiziert. Insgesamt wird der Verkehr - wie bei allen neuen Straßen - wachsen, statt zurückgehen.
-red-

Gewaltlosigkeit oder Legalismus

Der teilweise falschen und manipulativen Darstellung der Ereignisse der letzten Tage–Insbesondere der Auseinandersetzungungen vom Freitag, den 4.2.- in den österreichischen Medien, scheinen nun auch einige GegnerInnen des neuen Regimes aufgesessen zu sein.

Dabei waren die Informationen der medien so falsch, daß sich die Kronenzeitung sogar erlauben konnte am 5.2. vom einem Sprengsatz als einer mit Trockeneis gefüllten Flasche zu schreiben, während die meisten Medien wenigstens nur das Märchen bom Sprengsatz weitererzählten, ohne gleich im selben Satz die Unwahrheit der eingenen Behauptung unter Beweis zu stellen. Wer hat schon einmal versucht, Trockeneis zum Brennen zu bringen?

Tatsache ist, daß Österreich seit dem 4. Februar von einer Koalition regiert wird, in der eine rechtsextreme* Partei das Sagen hat, die seit Jahren geistige Brandstiftung gegen MigrantInnen, Jüdinnen und Juden, Arbeitslose, DrogenkonsumentInnen, etc. betrebt. Daß gegen diese Regierung Widerstand geleistet wird ist gut, richtig und wichtig. Dieser Widerstand muß angesichts der massiben strukturellen und staatlichen Gewalt, die vom neuen Regime ausgeht, kräftig, kreativ, entschieden und bunt sein. In einem solchen Widerstand müssen verschiedene Aktionsformen Platz haben. Was gemeinhin so als "Gewalt" bezeichnet wird ging bei den Demonstrationen vom Freitag jedoch kaum von den DemonstrantInnen aus. Überall dort, wo die Polizei präsent war, bzw. die DemonstrationsteilnehmerInnen nicht provoziert oder attakiert wurden,

kam es zu keinerlei "Ausschreitungen". Diese eskalierten erst lange nachdem die Polizei beider völlig friedlichen, zeitweiligen Besetzung des Sozialministeriums Prügelexzesse an wehrlosen demonstrantInnen veranstaltete. Erst nach diesen ersten Prügeln wurden dort

Polizeibeamte mit allem möglichen beworfen, das sich in der Nähe befand.

Die abendlichen Auseinandersetzungen waren wohl auch eine Folge dieser Polizeiprügel des Nachmittags. Wie seit Tagen üblich, versuchte die Polizei erneut die DemonstrantInnen von der Zentrale der FPÖ in der Kärntnerstraße fernzuhalten. Dabei wehrten sich viele DemonstrantInnen gegen die massiv eingesetzte Staatsgewalt, wobei auch Wurfgeschosse gegen die PolizistInnen und deren Autos flogen. Die Polizei ragierte mit dem ersten Wasserwerfereinsatz seit 10 Jahren und knüppelte auf alles nieder was nach DemonstrantIn aussah. Dabei wurden v.a. auch am Boden sitzende, völlig wehrlose DemonstrantInnen exzessiv verprügelt. Eine Reihe von verletzten DemonstrantInnen mußte ins Spital gebracht werden. Eine noch nicht feststehende Zahl von DemonstrantInnen wurde verhaftet.

Diesen Prügelorgien der Polizei folgten jedoch keine verbalen Angriffe auf die Polizei, sondern Distanzierungen von und Diffamierungen der DemonstrantInnen, von "eingeschleusten Chaoten und Berufsdemonstranten" aus Deutschland war hier im ORF und einigen Tageszeitungen die Rede. SOS-Mitmensch-Sprecher Max Koch distanzierte sich nicht nur von der Demonstration, sondern miente im ORF-Mittagsjournal auch gleich noch, daß Polizeieinsätze gegen solche DemonstrantInnen gerechtfertigt wären und auf der Demo vom 19.2. ein eigens engagierter Ordnerdienst gegen "gewaltbereite Demonstranten" vorgehen werde. SOS-Mitmensch will also eigene DemopolizistInnen aufstellen, die der staatlichen Polizei in die Hände arbeiten soll.

Die Propaganda gegen "gewaltbereite Chaoten" ermöglichte es schließlich auch auf der völlig gewaltlos verlaufenden Demonstration am folgenden Tag, noch einmal exzessiv auf die DemonstrantInnen einzuprügeln. Obwohl SOS-Mitmensch ihre offizielle Demo absagte, demonstrierten wiederum rund 10.000 DemonstrantInnen spontan und unangemeldet durch Wien, darunterwieder viele Jugendliche und "Gewaltfreie". Die zahlreichen Transparente der "Gewaltlosen" schrieben Sprüche wie z.B. "Frieden und Menschenrechte kann man mit Gewalt nicht erkämpfen". Gegen DemonstrantInnen, die Eier werfen wollten, oder mit Sprays Sprüche an die Mauern des Parlaments oder des Bunderkanzleramtes malen wolten, gingen sie verbal aber auch handgreiflich vior. Ein Mädchen, daß vor einer ganzen Reihe schwerstbewaffneter Polizisten stand und ihnen ihre Wut ins Gesicht schrie, zerrten die "Gewaltlosen" buchstäblich weg. Einige "Gewaltfreie" stellten sich zdem schützend vor die Polizei und betätigten sich somit auch als Polizeihilftruppe. "Widerstand ja, Gewalt nein!" konnte frau dann auf deren Transparenten weiter lesen.

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Thema "Gewalt" scheinen solche Gruppierungen nie geführt zu haben, da strukturelle Gewalt uns Staatsgewalt nicht hinterfragen. Wenn etwa DemonstrantInnen PolizistInnen ihre Knüppel entwenden oder entreissen – wie dies am Freitag vorgekommen ist, so ist dies zwar illegal, aber trotzdem wohl weit eher eine Entwaffnung eines (staatlichen) Gewalttäters.
Wenn diese Sorte von "Gewaltfreien" dann auch noch gegen AktivistInnen vorgehen, die Parolen gegen die FPÖVP-Regierung an Wände sprühen, zeigt sich endgültig, daß es ihnen in ihrer "Gewaltdebatte" eigentlich gar nicht um "Gewalt" geht, sondern um Legalismus. Was für solche Personen und Organisationen legal ist, ist für sie "gewaltfrei", was illegal ist, ist "Gewalt".

Mit einer olchen Gleichsetzung wird – bewußt oder unbewußt – eine Vermischung von Begrifflichkeiten herbeigeführt, die unhinterfragt Kriterien der bürgerlichen Medien übernimmt. Wer dafür ist nur legale Methoden im Kampf gegen den Rechtsextremismus an der Macht anzwenden, solte hingegen dies auch genau so deklarieren, und sich nicht hinter dem moralisierenden Begriff der "Gewaltlosigkeit " verstecken.

Wer nämlich wirklich gegen "Gewalt" ist, muß auch strukturelle Gewalt und muß schließlich auch Staatsgewalt bekämpfen – genau jene Staatsgewalt, die seit Tagen jene Menschen verprügelt, die ihren Widerstand gegen das neue Regime auf die Straße tragen.

Ökologische Linke, Rosa Antifa Wien

Ständig aktuelle Infos über die neue Regierung und den Widerstand dagegen gibt es auf der Internet-Homepage: http://gegenschwarzblau.cjb.net

* Rechtsextremismusdefinition nach HOLZER, Willibald: in Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 1993

Neue ÖKOLI-Gruppe in Salzburg

Eine Genossin aus Salzburg will nun eben dort eine neue Gruppe der Ökologischen Linken (ÖKOLI) aufbauen und sucht noch weitere Interessierte, die sich an diesem Aufbau beteiligen wollen.
Die vorläufige Kontaktadresse lautet:
ÖKOLI Salzburg
Schlossergasse 1 / 2
5020 Salzburg

Was ist die Ökologische Linke?

Unsere politische Gruppierung gibt es in Österreich seit Herbst 1998. Bisher sind wir v.a. publizistisch mit unserer Zeitschrift radiX und einer Reihe von aktuellen Flugblättern tätig. Demonstrationen und Veranstaltungen aller Art organisieren wir oft mit befreundeten Gruppen gemeinsam. Auch Flugblätter haben wir immer wieder in Zusammenarbeit mit anderen linksradikalen Gruppierungen hergestellt. Kleine Gruppen der ÖKOLI gibt es in Wien, Tirol und Vorarlberg.
Da Ökologie für uns eng mit politischen und ökonomischen Fragen zusammenhängt, wollen wir keine "linke Ökoorganisation" sein, sondern einen gesamtpolitischen Anspruch erheben. Unseren LeserInnen wollen wir insbesondere die Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus vor Augen führen. Daraus ergiebt sich eine eindeutig antikapitalistische Ausrichtung unserer Politik, was uns deutlich von den Grünen unterscheidet.
Statt des bestehenden Kapitalismus streben wir einen antistaatlichen, herrschaftslosen Sozialismus an, in dem die Menschen ihre Bedürfnisse selbstständig regeln können.
In unserer politischen Arbeit wollen wir Theorie und Praxis miteinander verbinden. Wir sehen uns dabei ganz in der Tradition der kulturellen Moderne und Aufklärung und vertreten damit ein sekulares, rationales Weltbild. Mit vormodernem Naturromantizismus oder Esotherik-Wahn verbindet sich unser Ökologiebegriff keinesfalls.
Unser Ökologiebegriff geht von der Notwendigkeit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit aus und nicht von einer Flucht der Menschen zu einer "Beseelten Natur" im esotherischen Sinne oder anderen romantischen Schwärmereien.
Eine intensivere Auseinandersetzung mit rechtsextremen und antisemitischen Strömungen in der Ökologiebewegung nimmt in unseren Publikationen immer wieder einen wichtigen Platz ein.
Obwohl wir als antinationale Gruppierung gegen jedes Konstrukt von "Volk" oder "Nation auftreten, gilt unsere internationale Solidarität all jenen Menschen, die auch sonstwo auf dieser Erde für wirkliche Befreiung kämpfen. Darin sehen wir keinen Widerspruch zu unserer antinationalen Haltung. "Nationale Befreiungsbewegungen" können so aber sicher nur unsere kritische Solidarität erwarten, Gruppierungen, die im Namen der Befreiung Kreigsverbrechen an Zivilbevölkerung oder anderen Linken begehen oder einen fanatischen Nationalismus predigen, sicher gar keine.

Natürlich treten wir - wie hoffentlich die meisten Linken gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und jede Staatsgewalt auf.
Letztlich ist uns ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen unter lebenswerten materiellen und ökologischen Bedingungen ein Hauptziel!

Ökologische Linke (Ö)
Postfach 28
1153 Wien
e-mail: Oekologische.Linke@reflex.at

Ökologische Linke Wien
Postfach 28
1153 Wien
e-mail: oekoli@swi.ml.org

Ökologische Linke Vorarlberg
Postfach 73
6800 Feldkirch
e-mail: oekoli.vlbg@gmx.li

Ökologische Linke Tirol
e-mail: Oekoli.Tirol@reflex.at

Ökologische Linke (BRD)
Manfred Zieran
Neuhofstraße 42
D-60318 Frankfurt/Main

Impressum:
Verlegerin, Herausgeberin und Herstellerin:
Ökologische Linke (ÖKOLI), Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien
Redaktion: ebendort
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Die radiX befindet sich zu 100% im Eigentum der Politischen Partei Ökologische Linke (ÖKOLI) und wird vom Exekutivkomitee derselben herausgegeben.
Grundsätzliche Richtung lt. Satzungen der Politischen Partei "Ökologische Linke" (ÖKOLI): Die Ökologische Linke strebt eine herrschaftsfreie, ökologische, radikaldemokratische Gesellschaft ohne Krieg, Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kapitalismus, Sexismus und Militarismus an.